

Werner-Grübmeyer-Archiv



Band 4

1980 – 1981

**Der
Landtags-
abgeordnete
Werner
Grübmeyer**

| Angaben: Archiv „Werner Grübmeier“ – von Renate Funke für die Stadt Braunlage / St. Andreasberg | | |
|--|---|--------------------------------------|
| Nr. | Betrifft / Titel | Art des Materials |
| 4 | Band 4: 1980 – 1981 Der Landtagsabgeordnete Werner Grübmeier | Klemmmappe / Zeitungsartikel / Fotos |

Fotos : Schaubude mit Catharina Valente etc.

Fotos: 125 Jahre Bad Lauterberger Tageblatt

05.01.1980: Goslarsche Zeitung - Zum Jahreswechsel: Dennoch mit Dankbarkeit an die 70er Jahre denken

30.01.1980: Hochschule für Fernsehen und Film / Anfrage Gastvortrag

12.03.1980: Niedersächsischer Landtag – Stenographischer Bericht / vollständig im Originalband einsehbar

18.03.1980: Anfrage Grübmeier an Justizminister Prof. Dr. Schwind zu: Errichtung eines Abenteuer-Spielplatzes in St. Andreasberg

18.03.1980: BBC-Schreiben / London wegen 30-Minuten-Hörfunk-Sendung „Finkenmanöver im Harz“ (** siehe auch: 10.06.1980)

19.03.1980: Protestschreiben Direktor Funkhaus Hannover (Werner Hill) wegen Grübmeier-Rede im Landtag am 12. März 1980

14.04.1980: Niedersächsischer Landtag / Stenographischer Bericht – NDR / Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag – gemeinsame Rundfunkanstalt der Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein – Grübmeier: ab Seite 4505 – nur im Originalband einsehbar

06.05.1980: Antwort Justizminister Schwind zu: Bau eines Abenteuer-Spielplatzes durch Strafgefängnis in St. Andreasberg

10.06.1980: BBC – Dankesschreiben wegen Grübmeier-Betreuung „Finkenmanöver“ und Polsterbergtreffen **

(??) Big Band des Polizeikorps Nieders. – Grübmeier als „Dirigent“ / Bergwacht-Grillplatz eingeweiht (Franz/Dr. Walder/Dr. Steglich)

Mai 1980: Fotos Arbeitskreis Zonenrand und Kultusausschuss des Niedersächsischen Landtags in St. Andreasberg

Bundestagswahl 1980: Fotos mit Franz-Josef Strauß / Fotos: Besuch Bad Lauterberger Tageblatt

14.06.1980: Fotos Harzer Heimattag – Braunlage: Neues Kurhaus mit BM Wickenhagen und Grübmeier – Harzclub Trachtenfest

Juli 1980: Intendant des NDR Friedrich Wilhelm Räufer bedankt sich zu den Glückwünschen anlässlich seiner Berufung

16. Juli 1980: Osteröder Kreis-Anzeiger: Leserbrief / Grübmeier – der Retter

Fotos: Arbeitskreis Wissenschaft und Kunst des Landtages besucht Spielbank in Bad Zwischenahn

21.07.1980: Luftwaffenausbildungsregiment 5 / Kommandeur Dankes-Schreiben für Einladung und herzliche Gastfreundschaft

25.06.1980: Ministerpräsident Ernst Albrecht bedankt sich für historisches Exemplar Grubenlicht zum 50. Geburtstag

27.08.1980: NDR-Leitung - Unterhaltung wegen Reichsbund – OV Oberharz / Grübmeier: Festsaal des Kurhauses „Bunter Abend“

27.09.1980: BILD-Zeitung Bundespräsident Carstens – Wanderung im Harz. Foto mit Grübmeier

Kopien: Bundespräsident Carstens machte Rast an „König Heinrichs Vogelherd“

07.11.1980: Foto MP Albrecht / Grübmeier – Schreiben Niedersächsischer Ministerpräsident: Bestätigung Gesprächstermin
Schreiben Grübmeier an MP Ernst Albrecht: Bemerkungen zur aktuellen Situation des Funkhauses Hannover

09.01.1981: Foto-Zeitung - MdL Grübmeier und Journalist Herbert Ahrens

- 12.02.1981: Schreiben Grübmeier an MP Ernst Albrecht: Strukturelle Veränderungen des Funkhauses Hannover
- 1981 (??) Grübmeier - Berufung in den Fernsehrat des ZDF
- 16.04.1981: Rat beschließt Zweitwohnungssteuer
- 16.04.1981: Volksbank Lauterberg Gratulationsschreiben zu 20 Jahre Ratstätigkeit im Dienste der Bürger St. Andreasbergs
- 16.04.1981: Grübmeier und Manfred Büntge - mehrere Zeitungsartikel zu „20 Jahre im Dienst der Bürger“ – auch Fotos
- Kommunalwahl 1981: div. Zeitungsfotos u.a. mit Walther Leisler Kiep, Kultusminister Werner Remmers
- Fotos Grübmeier auf dem Tennisplatz
- 12.05.1981: Alfelder Zeitung: Schulträger in der Flut der Erlasse
- 16.06.1981: Werner Grübmeier, MdL, einstimmig zum Landtagskandidaten nominiert
- August 1981: MP Dr. Ernst Albrecht's letzte Harzbereisung mit Grübmeier – Foto
- 17.06.1981: Presse-Information Hans-Werner Ohlsen „CDU-Frühschoppen mit MdL Grübmeier“
- 02.07.1981: Wahlkreis 15 – Seesen – Schreiben von Uwe Schwenke de Wall an Grübmeier/ Problem Nominierung Wahlkreis
- 04.07.1981: Gespräch der Polizei mit Landtagsabgeordneten in St. Andreasberg
- 04.07.1981: Fremdenverkehrsexperten der CDU-Fraktion vor Ort – DEHOGA – Probleme des Harzer Fremdenverkehrs

23.07.1981: Artikel zu Fremdenverkehr

1981 – Kommunalpolitische Blätter-Artikel: „Ein Politiker, der kämpfen kann“

27.07.1981: Artikel „CDU-Mannschaft für die Wahl zum St. Andreasberger Stadtparlament nominiert! Div. Fotos mit Leisler-Kiep

17.08.1981: NDR-Funkhaus-Direktor Köhler zu Hörfunk-Sendung „Die Wasserversorgung und der Harz“

29.08.1981: Artikel Kiep: Die Leistung muss sich wieder lohnen – „heiße Wahlkampfphase“ mit Grübmeier

29.08.1981: SPD legte ihr Wahlprogramm fest

14.09.1981: Präsident der Klostermann Hannover von Campenhausen: Zusage 5.000, - EUR für St. Andreasberger Blaskapelle/Tuba

Herbst 1981: Fotos mit/bei Innenminister Dr. Egbert Möcklinghoff - Foto: Hasselmann-Grübmeier

19.09.1981 – Fotoseite „Aktuelle Schaubude“ - div. Fotos „Aktuelle Schaubude“ mit Carlo von Tiedemann

10.10.1981: Der Deutsche Skiverband tagt in St. Andreasberg – Artikel und Fotos

FDP – Ortsverband St. Andreasberg, Die sieben Aufrechten – längere Informationsschrift

CDU – Wahlwerbung „Werner Grübmeier und seine Mannschaft“ – ausführlicher Brief Bürgermeister Grübmeier an alle Bürger
Fotos vor Kurhaus – Schärper

16.10.1981: NDR- Schreiben/Zusage von Henri Regnier zur Veranstaltung „NDR-Tanzparty“ mit Peter Petrell für Nov. 1982

18.10.1981: Dankeschreiben von Birgit Breuel, Wirtschaftsministerin

Nov. 1981: Grübmeier, Rede „Konstituierung des Kreistags“

07.11.1981: Artikel: Werner Grübmeier bleibt Bürgermeister von St. Andreasberg – Verleihung Bürgermeisterkette

Nov. 1981: Schreiben Grübmeier: Nach der Wahl Mitglieder Verwaltungsausschuss / Verabschiedung Willi Ulrich

Okt. 1981: Volkswandertag – Aufruf und Beschreibung

23.11.1981: Hochschulstreit zwischen Linde und CDU

05./06.12.1981: „Rhüdener Sozialdemokraten zogen Bilanz“ - mit Landtagskandidat Peter Kopischke

Fotos Gegenbesuch zu Holländischer Partnerstadt Hacksbergen

08.12.1981: Öffentl. Anzeigen - Krankenhausrahmenplan schlägt Neuordnung des Krankenhauswesens im Landkreis Goslar vor

08.12.1981: Goslarsche Zeitung - Kein Kahlschlag bei den Krankenhäusern

09.12.1981: Leserbrief – Harzer Zeitung - Dr. Jürgen Linde besser informiert

09.12.1981: Seesener Beobachter – CDU-Politiker/Zonenrandförderung /befristete Bestandssicherung der Schwesternausbildung!

10.12.1981: Braunschweiger Zeitung: „Über politische Arbeit im Parlament informiert“ – Grübmeier

10.12.1981: Goslarsche Ztg: Einigkeit über Ausbau der B 82 - Artikel- Foto: Besichtigung der Berg- und Hüttenschau in Langelsheim/Lautenthal / Fotos Stadtbesichtigung Wolfshagen, Harzclub Wolfshagen

11.12.1981: Öffentlicher Anzeiger – Graneseer nicht erhöhen – Landtagskandidat Kopischke

- 11.12.1981: Seesener Beobachter – SPD-Landtagskandidat Peter Kopischke „Antrittsbesuch in der Samtgemeinde Lutter“
- 11.12.1981: Öffentlicher Anzeiger - CDU-Landtagsabgeordneter Grübmeier „Umgehungsstraße, Erhöhung Granestaudamm, Klärschlammbeseitigung“ und Foto
- 13.12.1981: Goslarsche Zeitung: „Keine Argumente?“ – Thema: Verbraucherberatung – kein Geld mehr?
- 16.12.1981: Goslarsche Zeitung: Gemeinde will die Einrichtungen der Wasserversorgung sanieren – Peter Kopischke
- 16.12.1981: Information vor Ort gesucht – Peter Kopischke
- 22.12.1981: Harzer Panorama – Artikel „Das Land der Bibel – Herrscht hier etwa Frieden? Ein Reisebericht von W. Grübmeier
- 27.12.1981: Anfrage Grübmeier an NDR-Hörfunk: Verein zur Förderung des Heimatmuseums/Langelsheim wegen „Plattenkiste“
- 31.12.1981: Grübmeier - Gruß an die Bevölkerung zur Weihnachtszeit und zum Jahreswechsel





„Dennoch mit Dankbarkeit an die 70er Jahre denken!“

Bürgermeister Werner Grüb Meyer zum Jahreswechsel

Ein paar Gedanken zum Jahreswechsel und zum Eintritt in ein neues Jahrzehnt wollten wir von St. Andreasbergs Bürgermeister Werner Grüb Meyer, Landtagsabgeordneter der CDU für diesen Wahlkreis, hören und trafen uns darum mit ihm zu einem kleinen Interview.

Hier nun sind die Überlegungen unseres Gesprächspartners:

Frage Heimatzeitung:

Herr Grüb Meyer, die 70er Jahre gehören nun endgültig der Vergangenheit an. Für Sie als Bürgermeister dieser Bergstadt und als Landespolitiker war das zurückliegende Jahrzehnt von entscheidender Bedeutung. — Sie haben immerhin das Schicksal unserer Heimatgemeinde wesentlich mitgeprägt — doch die 80er Jahre werden sicher nicht weniger „interessant“ sein. Oder sollte man besser sagen: sie werden insgesamt schwieriger sein, wenn man an die Lösung der vielen anstehenden Probleme für unseren Heimatraum denkt?

Bürgermeister Grüb Meyer:

Bevor ich mich an einen Blick in die Zukunft wage, möchte ich bei dieser Gelegenheit einen Blick zurückwerfen — und zwar nicht im Zorn, wie bekanntlich ein Buchtitel lautet —, sondern letztlich doch voller Dankbarkeit. Dieser Ausdruck „Dankbarkeit“ ist heute, wie man so sagt, etwas aus der Mode gekommen. Und damit rühre ich vielleicht schon an einen Teilaspekt, der mir typisch erscheint für die vergangenen zehn Jahr: Viele Trends, und damit meine ich modische Zeiterscheinungen, sind über uns hinweggerollt, es war alles recht schnelllebig, beinahe hektisch; Bewährtes und — im positivsten Sinne — Traditionelles wurde belächelt und sogar als altmodisch verachtet.

Viele Schlagworte und Versprechungen sind um die Welt gegangen, deren Folgen zunächst

Erholung, Freizeit und Sport, Kultur, aber vor allem auch durch verstärkte Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze zu ergänzen.

Denken Sie weiter an die „Schulfabriken“, die in kurzer Zeit leer stehen werden. Manches dieser kommunalpolitischen Denkmäler hätte vermieden werden können!

Denken Sie auch an den mehrfach versprochenen Krankenhaus-Neubau in Clausthal-Zellerfeld, den manche Politiker (auch örtliche!) am liebsten nicht mehr wahrhaben möchten.

Denken Sie an die jüngsten Aussagen eines harzbekannten Bundespolitiklers, der das Bild einer neuen Harz-Eisenbahn den Mitbürgern meinte vorgaukeln zu sollen. — Diese Beispiele ließen sich fortsetzen!

Das was ich eben anhand weniger Fehlplanungen exemplarisch deutlich zu machen versucht habe, kann man auch auf die sogenannte „hohe Politik“ übertragen. Was ist von der Euphorie geblieben, die den Bürger aufgrund der vielen großartigen Versprechungen erfassen mußte; ich erinnere mich noch sehr gut an Schlagworte wie z. B. „Weniger Arbeit — mehr Freizeit — noch bessere Lebensqualität — mehr Urlaub — optimale Bildung für alle — schier endlose Energiequellen — konstant wirtschaftliches Wachstum — gesunde Finanzen des Staates und der Sozialträger — usw.“

Und was ist von der Aufbruchstimmung übriggeblieben, mit der die 70er Jahre hoffnungsvoll begannen. Wie viele zerplatzte Illusionen und vom Sockel gestoßene scheinbare Gewissheiten blieben auf der Strecke? Was geblieben ist, steht mehr unter dem Zeichen bescheidener Hoffnung, um das Erreichte wenigstens erhalten zu können.

Frage HZ: Sie haben zu Beginn unseres Interviews davon gesprochen, daß Sie letztlich doch voller Dankbarkeit an die vergangenen Jahre zurückdenken. Wie haben Sie das gemeint, Ihre bisherigen Aussagen waren doch eher kritisch?

chen, daß wir eine selbständige Gebietskörperschaft geblieben sind!

Objekte, die für uns wenige Jahre vorher noch Wunschträume waren, haben die Attraktion unseres Ortes noch verstärkt. Allein im vergangenen Jahr konnten u. a. die Kanalisation im Stadtgebiet, der Ausbau nahezu aller Ortsstraßen abgeschlossen werden; außerdem wurde das Kurverwaltungsgebäude renoviert und das Betriebsgebäude für unsere Werke errichtet. Das Glockenturmgebäude und die Hauptkläranlage wurden saniert, die Grundstücke im Kälbertal und am Bundesbahnhof konnten erworben werden. Nicht unerwähnt lassen möchte ich den Kauf der Sportplatz-Grundstücke und den Neubau des Sportplatzes. Aber auch unsere zwanzigjährigen Bemühungen, die unbefriedigende Umwelt-Situation im Ortsteil Oderbrück zu verbessern, hatten endlich Erfolg.

Dankbar bin ich aber auch für die Tatsache, daß es in und um St. Andreasberg Menschen gegeben hat und auch heute noch gibt, die bereit sind, für Mitmenschen aktiv tätig zu sein, die ideell und materiell geholfen haben.

Danken möchte ich auch den Vereinen, Institutionen und Gruppen, die zum Leben in einer Gemeinde mit den vielfältigen Aufgaben wesentlich beitragen.

Danken möchte ich darüber hinaus all jenen Mitbürgern, die mir mit Rat und Tat immer wieder zur Seite gestanden haben, für die negative und — natürlich auch — positive Kritik.

Frage HZ: Wie sieht Ihre Prognose aus für die nahe Zukunft unserer Bergstadt?

Bürgermeister Grüb Meyer: Lassen Sie es mich so sagen: Da ich mich nicht in der Kunst des Kartenlegens auskenne bzw. nicht aus dem „Kaffee-Satz“ zu lesen vermag, kann ich nur realistisch an die Zukunft herangehen. Ich persönlich glaube an eine gute Zukunft dieser Bergstadt, weil ich der Kraft und dem guten Willen



„Stern“ gab dem vergangenen Jahrzehnt die Überschrift „... die bösen 70er“ und zeichnet die Bilanz von Suchtwellen, Terrorismus, Kriegen, Hunger und gesellschaftlichen Mißständen auf.

Und wenn wir uns fragen, wer verantwortlich ist für die Fehlentwicklungen, dann müssen wir offen sagen: Nicht nur die Jugendlichen haben sich beeinflussen lassen, auch gestandene Politiker haben sich auf Landes- und Kommunalebene von neuen Trends beeindruckt lassen. die sich oft im Nachhinein als sogenannte „Kuckuckseier“ herausstellten.

Frage HZ: Herr Bürgermeister Grüb Meyer, können Sie diese allgemeinen Bemerkungen an Beispielen verdeutlichen, die unseren näheren Bereich betreffen?

Bürgermeister Grüb Meyer: Natürlich, dafür gibt es ausreichend Beispiele! Lassen Sie mich nur wenige aufzählen:

Denken Sie doch einmal an die Hotel-Großbauten, die hier im Harz ihre Pleiten erlebt haben. Auf unsere Warnungen im Stadium der Planung wollte man nicht hören. Unser Harz braucht keine landschaftszerstörenden Mammutbauten, sondern allenfalls vernünftige, Atmosphäre ausstrahlende Fremdenverkehrseinrichtungen, die das vorhandene Angebot sinnvoll abrunden. Nur auf diese Art kann es uns gelingen, die sensible Infrastruktur des Harzes als gemeinsame Zukunftsaufgabe zu bewältigen und behutsam in den Bereichen Gesundheit und

Bürgermeister Grüb Meyer: Ich meine, daß sich Dankbarkeit und kritische Reflexion keinesfalls gegenseitig ausschließen. Dankbar bin ich aus verschiedenen Gründen, lassen Sie mich dies in zwei großen, wenn auch sehr unterschiedlichen Komplexen deutlich machen:

Zunächst bin ich dankbar dafür, daß St. Andreasberg weitgehend verschont geblieben ist von den Negativ-Entwicklungen und den „großen“ Krisen. Unser Sankt ist doch für uns noch so etwas wie eine kleine Insel oder ein Stück „heile Welt“.

Trotz vieler Schwierigkeiten konnten wir errei-

menet Mitbürger für ein gemeinsames Mit-

einander auch weiterhin vertraue. Sicher wird die Aufbau-Arbeit nicht immer im gleichen Tempo weitergehen, die schlechte finanzielle Lage des Bundes und die Finanzschwäche werden wir bei all unseren Wünschen und Überlegungen berücksichtigen müssen.

Es kann aber dessen ungeachtet erfolgreich weitergehen, wenn wir wie bisher aufgeschlossen, vertrauensvoll und uneigennützig in unserer Gemeinde zusammenarbeiten.

Heimatzeitung: Diesen ihren Wünschen für das neue Jahrzehnt dürfen wir uns gern anschließen. ... cher

HOCHSCHULE FÜR FERNSEHEN UND FILM

8000 MÜNCHEN 40 · OHMSTRASSE 11 · FERNRUF 287056

Herrn
Abgeordneten RD Grübmeier
Niedersächsischer Landtag
(CDU-Fraktion)
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1

3000 Hannover

München, den 30.01. 1980
V3-02/73

Lehrauftrag /Gastvortrag (Colloquium)

Sehr geehrter Herr Grübmeier,

Sie haben sich freundlicherweise bereit erklärt im ~~XXXXXX~~/
Wintersemester 1979/80 im Rahmen der Abteilung I -
- KOMMUNIKATIONSWISSENSCHAFT UND ERGÄNZUNGSSTUDIUM -
eine Lehrtätigkeit an der Hochschule für Fernsehen und Film
zu übernehmen. Hierfür möchte ich mich herzlich bedanken.

Ich erteile Ihnen einen Lehrauftrag für
"Norddeutscher Rundfunk im Widerstreit: Die Sicht der CDU-Fraktion
im niedersächsischen Landtag"

Honorar: DM 480,--

Fahrtkosten: DM 260,--

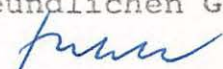
Zeit: 4 E (10.01.1980)

(ausschließlich Taxikosten)

(Tage- und Übernachtungsgelder können von der Hochschule
nicht erstattet werden.)

Sollten Sie aus einem dringenden Grund ganz oder teilweise
verhindert sein den Lehrauftrag wahrzunehmen, bitte ich Sie,
die zuständige Abteilung der Hochschule so früh wie möglich
zu benachrichtigen. Ich bitte Sie außerdem um Verständnis,
daß die Vergütung, die nur nachträglich bezahlt werden kann,
entsprechend geändert werden müßte, falls Stunden ersatzlos
ausfallen sollten - außer bei kurzer Krankheit oder höherer
Gewalt. Darüberhinaus möchten wir darauf hinweisen, daß das
Honorar für Gäste, die Sie zu Ihren Veranstaltungen hinzu-
ziehen, aus der Ihnen zustehenden Vergütung beglichen wer-
den muß.

Mit freundlichen Grüßen


(Prof. Dr. Helmut Jedele)
Präsident

Anlage

1 Personal- und Hinweisblatt

Grübmeier

rundweg bestreiten. Ist dies das Ergebnis unserer Bildungsexpansion, unserer vielen Reformen im Schul- und Hochschulwesen? Haben wir die Erziehung des jungen Menschen zu einem kritischen und mündigen Bürger bereits vollends abgeschrieben, um nunmehr Bevormundung wieder moralisch zu begründen? Ich glaube, wir sollten uns vor Extrempositionen hüten. Weder hilft uns die Reformeuphorie mit einem utopischen Menschenbild weiter, die Sie ja oft vertreten, noch sollten wir mit dekadent-pessimistischer Geste unsere Wertziele und Tugenden, unsere kulturellen Bestrebungen in Zweifel ziehen. Es fehlen politische und moralische Glaubwürdigkeit, wenn ausgerechnet jene, die uns seit Jahren schon von der Erziehung zur Kritikfähigkeit und Mündigkeit der Bürger, von der Demokratisierung aller Lebensbereiche, vom Wagnis zu mehr Demokratie als den gesellschaftlichen Aufgaben künden, hier auf einmal der staatlichen Reglementierung das Wort reden.

In Wahrheit kämpft hier ein in Politik und elektronischen Medien beheimatetes Establishment um seine überholten Privilegien und schützt dabei in echt aristokratischer Manier die Verantwortung vor, das unwissende Volk und seinen verheerenden Geschmack vor der Versuchung eigener Freiheit und Selbstbestimmung zu bewahren. Man fühlt sich wahrhaft in vergangene Jahrhunderte zurückversetzt. Meine Damen und Herren, wir sind entschlossen, uns dieser Herausforderung zu stellen. Wir sind der Meinung, daß durch den technischen Fortschritt auf dem Gebiet der Telekommunikation, die bisher nur eine relativ eindimensionale Massenansprache erlaubt hat, eine zunehmende Pluralität ermöglicht wird. Deshalb sollten auch Sie in dem neuen Medienansatz weniger eine Gefahr denn eine Chance im Sinne einer Herausforderung der künftigen Generationen sehen. Deshalb bitten wir Sie, uns die Möglichkeiten, die der neue

Staatsvertrag bietet, zu eröffnen und uns bei ihrer Nutzung zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Bosse:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir stehen damit am Ende der Beratung. Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen zur federführenden Beratung und dem Ausschuß für Haushalt und Finanzen zur Mitberatung zu überweisen.

Ich sagte bereits vorhin, daß der Ältestenrat übereingekommen war, die Beratungen am heutigen Tage um 19 Uhr abzuschließen. Wir sind in der Zeit. Das Präsidium ist übereingekommen, die Beratungen des heutigen Tages an dieser Stelle abzuschließen. Wir setzen die Sitzung morgen um 9 Uhr mit der weiteren Beratung zu Punkt 3 – Schwermetallbelastung im Raum Oker-Harlingerode – fort. Dazu liegen noch drei Wortmeldungen vor.

Über die Überweisungsvorschläge des Ältestenrates müssen wir nun noch abstimmen. Den federführenden Ausschuß und den mitberatenden Ausschuß, an welche der Gesetzentwurf überwiesen werden soll, habe ich bereits genannt. Wer dieser Ausschußüberweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer Enthält sich? – Wer ist dagegen? – Die Ausschußüberweisung ist mehrheitlich beschlossen.

Die Sitzung des heutigen Tages ist damit beendet.

Ich wünsche Ihnen, sofern Sie nach Hause fahren, einen guten Heimweg und allen einen guten Abend. Auf Wiedersehen!

Schluß der Sitzung: 18.43 Uhr.

CDU-Landtagsfraktion, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 3000 Hannover 1

An den
Minister für Justiz
Herrn Prof. Dr. Schwind
-persönlich-
Am Waterlooplatz

3000 Hannover 1

18.3.1980
3000 HANNOVER 1, den
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
(Leineschloß)
Telefon: (0511) 32 66 51
Telex: 09 234 90

Ab 26. 8. 1979
Neue Ruf-Nr. (0511) 1930-1
Durchwahl (0511) 1930.....

Betr.: Errichtung eines Abenteuer-Spielplatzes in St. Andreasberg

Sehr geehrter Herr Minister,

im Bereich des Sport- und Freizeitzentrums in St. Andreasberg würde ich gern einen "Abenteuer-Spielplatz" einrichten.

Diese Spielstätte soll einheimischen Mädchen und Jungen, aber auch den Kindern unserer Kurgäste als Begegnungs- und Freizeitangebot zur Verfügung gestellt werden. Eine solche Einrichtung wurde bisher vermißt.

St. Andreasberg, eine Bedarfszuweisungsgemeinde im engeren Zonenrand-Gebiet, ist aus eigenen Mitteln nicht in der Lage, diesen Spielplatz zu erstellen.

In Gesprächen mit Ihnen habe ich dieses Faktum mehrfach erwähnt.

Dankbar wäre ich daher, wenn Sie eine Möglichkeit sehen würden, dieses Vorhaben für Kinder im Rahmen Ihres Resozialisierungs-Konzeptes durch Strafgefangene erbauen und einrichten zu lassen.

Selbstverständlich würde ich Ihnen im Falle einer Zusage genaue Unterlagen für eine solche Anlage zur Verfügung stellen.

Als Bürgermeister der Bergstadt St. Andreasberg wäre ich froh, wenn diese Maßnahme noch im Spätsommer bzw. Herbst d. J. abgeschlossen werden könnte. Daran erinnern möchte ich in diesem Zusammenhang, daß für den Fall einer möglichen Übergabe dieses Abenteuer-Spielplatzes eine Einweihung durch Frau Dr. Albrecht und Sie bereits angesprochen worden ist.

Mit freundlichen Grüßen

W. Grübmeier



BRITISH BROADCASTING CORPORATION

BROADCASTING HOUSE LONDON W1A 1AA

TELEPHONE 01-580 4468 TELEX: 265781

TELEGRAMS AND CABLES: BROADCASTS LONDON TELEX

Room 437

Herrn
Werner Gruebmeier, MdL
Quellenweg 9
3424 St. Andreasberg/Harz
W. GERMANY

den 18.3.80

Lieber Herr Gruebmeier!

Wie ich Ihnen gestern bereits am Telephon sagte, haben wir unseren Programmplanern die Finkenmanöver im Harz derartig schmackhaft gemacht, dass sie mich jetzt beauftragt haben, eine Hörfunk-Dokumentarsendung daraus zu machen - und zwar wieder zusammen mit Erik de Mauny, der ja auch der Autor unserer Sendung über die "Schreckensgrenze" war. Als Sie uns damals von diesen Wettbewerben erzählten, wussten wir gleich, dass es sich hier um einen erstklassigen Stoff für das Hörfunkmedium handelt. Man muss dann in solchen Fällen allerdings lange auf die richtige Gelegenheit warten.

Geplant ist eine 30-Minuten-Sendung für unser Viertes Programm "Radio 4" (unser Hauptkanal für Zeitfunk- und Wortsendungen). Sendetermin ist ausgerechnet Freitag, der 13. Juni. Abergläubischen Spukgeschichten aus dem Harz stehen also die Atherwellen offen.

Wenn es sich machen lässt, möchten wir gern dreierlei verarbeiten: erstens Originalton und Originalgeräusche (Vogelstimmen, Musik usw.); zweitens den historischen Hintergrund (Landschaft, Bergbau, Tradition der Singvogelwettbewerbe usw.); und schliesslich den heutigen sozialen Hintergrund (wer sind die Teilnehmer? woher kommen sie? wie sieht ihr tägliches Leben aus? usw.).

Wir brauchen also:

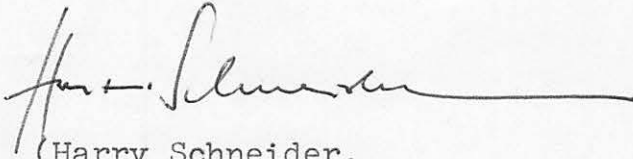
1. Die Genehmigung, bei den beiden Hauptereignissen (Pfingstmontag und am Sonntag davor) Tonaufnahmen machen zu dürfen.
2. Besuche bei einigen Teilnehmern zu Hause und am einen oder anderen Arbeitsplatz.
3. Tonband-Interviews mit Teilnehmern, Organisatoren, Preisrichtern sowie sachlich und geschichtlich Kundigen.

Natürlich dürfte es schwierig sein, für jedes Interview jemanden zu finden, der englisch spricht. Ich könnte mir aber vorstellen, dass es zum Beispiel Lehrer oder ähnliche Personen gibt, die sowohl englisch sprechen als auch mit der Sache genügend vertraut sind, so dass wir nicht alle Originalstimmen nachher übersetzen müssen.

Es wäre sehr nett von Ihnen, wenn Sie mir im Laufe der nächsten paar Wochen schon den einen oder anderen Namen von Leuten nennen könnten, mit denen ich mich im voraus in Verbindung setzen kann, um die oben genannten Voraussetzungen für unseren Besuch zu schaffen.

Ich habe das Gefühl, dass ich Ihnen mit all diesen Wünschen furchtbar viel Arbeit verursache. Aber Sie haben eben das Missgeschick, uns für Ihre merkwürdigen Bräuche im Harz begeistert zu haben. Wir freuen uns jedenfalls, dass wir auf diese Weise unsere Bekanntschaft auffrischen können. Mein Kollege de Mauny geht im September in Pension. Mit Recht wird man diese Sendung als seinen "Finkengesang" bezeichnen können.

Vorläufig vielen Dank im voraus
und mit den besten Grüßen,

A handwritten signature in cursive script, appearing to read "Harry Schneider". The signature is written in dark ink and is positioned above the typed name.

(Harry Schneider,
Producer,
"World Tonight")

NDR

Herrn
Werner Grübmeier MdL

Quellenweg 9
3424 St. Andreasberg

FUNKHAUS HANNOVER
Der Direktor
den 19.3.1980
hi/schwi

Lieber Herr Grübmeier,

einige Passagen Ihrer Landtagsrede vom 12. März haben Mitarbeiter des Funkhauses Hannover zu einer Anfrage an mich veranlaßt. Diese Anfrage kann ich nur dann beantworten, wenn ich von Ihnen einige Auskünfte zu Ihrer Rede erhalte.

Sie haben erklärt, daß Sie sich die Mühe gemacht hätten, Tage und Wochen in die Sender hineinzugehen, Redakteuren, Kameraleuten und Cuttern bei der Arbeit zuzuschauen, sich mit ihnen zu unterhalten und sich von ihnen darstellen zu lassen, wie sehr sie sich oft im Stich gelassen fühlen.

Dazu habe ich folgende Fragen:

- 1.) Beziehen sich diese Angaben überhaupt auf das Funkhaus Hannover? Sollte dies der Fall sein, so müßte ich Sie darauf hinweisen, daß Sie bei mir zu keiner Zeit mündlich oder schriftlich um die Erlaubnis nachgesucht haben, Mitarbeiter des Funkhauses über ihre Arbeitssituation in Ihrer Eigenschaft als Abgeordneter zu befragen. Sie haben mir auch nicht etwa angekündigt, daß Sie so etwas tun wollten. Vielmehr haben Sie, als einige Cutter sich nach dem Grund Ihrer Anwesenheit an Drehorten bzw. im Schneiderraum erkundigten, dies ausschließlich mit privaten Gründen erläutert. Sie haben, wie Sie sagten, einer freien Mitarbeiterin, die Sie persönlich kannten, geholfen, einen Film rechtzeitig zum Funkhaus Hannover zu bringen und den Schneiderraum, in dem sich diese Mitarbeiterin befand, haben Sie, wie Sie sagten, praktisch gar nicht betreten. Ich habe deshalb der Anfrage

der Filmcutter weiter keine Bedeutung beigemessen und die Sache für erledigt gehalten.

Ich halte es im übrigen nicht für illegitim, daß sich ein Abgeordneter für die Arbeitsbedingungen von Rundfunkmitarbeitern interessiert, aber das muß dann in voller Offenheit geschehen und so, daß die leitenden Mitarbeiter unseres Hauses und insbesondere auch ich Gelegenheit haben, zu prüfen, ob es zweckmäßig ist, bei solchen Unterredungen zugegen zu sein und ggf. zusätzliche Erklärungen abzugeben. Sollten Sie also den Wunsch haben, sich mit Mitarbeitern des Funkhauses Hannover zu unterhalten, so lassen Sie mich das bitte wissen.

- 2.) Sollten sich Ihre Angaben im Landtag auch auf das Funkhaus Hannover beziehen, so bitte ich Sie, mir mitzuteilen, mit welchen Redakteuren, Kameraleuten und Cuttern Sie sich unterhalten haben. 6 Mitarbeiter des Funkhauses Hannover, insbesondere Cutterinnen und Cutter haben mir mitgeteilt, daß keiner bzw. keine von ihnen sich mit Ihnen unterhalten habe und folglich jedenfalls von ihnen die Information nicht stammen könnte, die Sie dazu veranlaßt hat, von einem "im-Stich-gelassen" im Landtag zu sprechen.
- 3.) Nicht deutlich ist mir im übrigen, was Sie mit dem "im-Stich-gelassen-Fühlen" überhaupt meinen. Ich würde mich freuen, wenn Sie mir diese Formulierung näher erläutern könnten.

Mit freundlichem Gruß

W. Werner

Prof Dr. Hans-Dieter Schwind
Niedersächsischer Minister der Justiz

452o I - PF o1.1

3000 Hannover 1 , den 22.5.80
Am Waterlooplatz 1
Telefon (0511) 190-6701

Herrn
Werner Grüb Meyer
Mitglied des Niedersächsischen Landtages
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1

3000 Hannover

Betrifft: Bau eines Abenteuer-Spielplatzes durch Strafgefangene
in St. Andreasberg

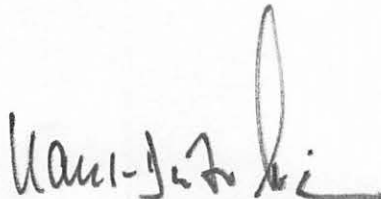
Bezug: Ihr Schreiben vom 18.3.1980

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Selbstverständlich bin ich gerne bereit, Sie bei dem o. a. Vorhaben zu unterstützen: 5-8 Strafgefangene der Justizvollzugsanstalt Göttingen, Vollzugsabteilung Osterode, werden diese Aufgabe als freiwilligen, unentgeltlichen Arbeitseinsatz an Wochenenden - ggf. auch in den Abendstunden - übernehmen.

Zur weiteren Planung wäre ich dankbar, wenn Sie mir die in Ihrem Schreiben erwähnten Unterlagen übersenden würden.

In der Hoffnung auf ein gutes Gelingen
mit freundlichem Gruß



(Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind)



BRITISH BROADCASTING CORPORATION

BROADCASTING HOUSE LONDON W1A 1AA

TELEPHONE 01-580 4468 TELEX: 265781

TELEGRAMS AND CABLES: BROADCASTS LONDON TELEX

Room 437 B.H.

Herrn
Werner Gruebmeier, MdL
Quellenweg 9
3424 St. Andreasberg/Harz
W.GERMANY

den 10.6.80

Lieber Herr Gruebmeier!

Da wir uns im Menschengewühl des Polsterbergtreffens zum Schluss nicht mehr gesehen haben, möchten wir Ihnen doch auf schriftlichem Wege noch einmal herzlich für Ihre Unterstützung bei unserem Harzbesuch danken.

Sie haben uns nicht nur einige Türen geöffnet, sondern uns durch Ihre persönlichen Anmerkungen auch geholfen, das Gesehene und Gehörte besser (so hoffen wir) zu verstehen. Wenn jetzt Fehler gemacht werden, sind es unsere eigenen.

Das Angebot, bei einem Informationsbesuch in Rundfunksachen auf unserem eigenen Territorium behilflich zu sein, ist wirklich ernst gemeint. Wir haben uns bereits mit einem Kollegen aus unserer Abteilung für Auslandsbeziehungen über die Möglichkeiten unterhalten. Er spricht fließend deutsch und wäre bereit, die Beratung und Führung bei einem derartigen Besuchsprogramm zu übernehmen.

Es würde uns freuen, wenn wir uns in bescheidener Weise revanchieren könnten.

Inzwischen verbleiben wir mit den besten Wünschen und Grüßen,


Hartmut Schmeider


Erin de Bruin

Ein
neuer
Karajan?



Eine der zahlreichen Premieren des Abends, der Bürgermeister als Kapellmeister. ZA-Fotos

 Trig Band
des

 Polizeikorps Niedersachsen 1980

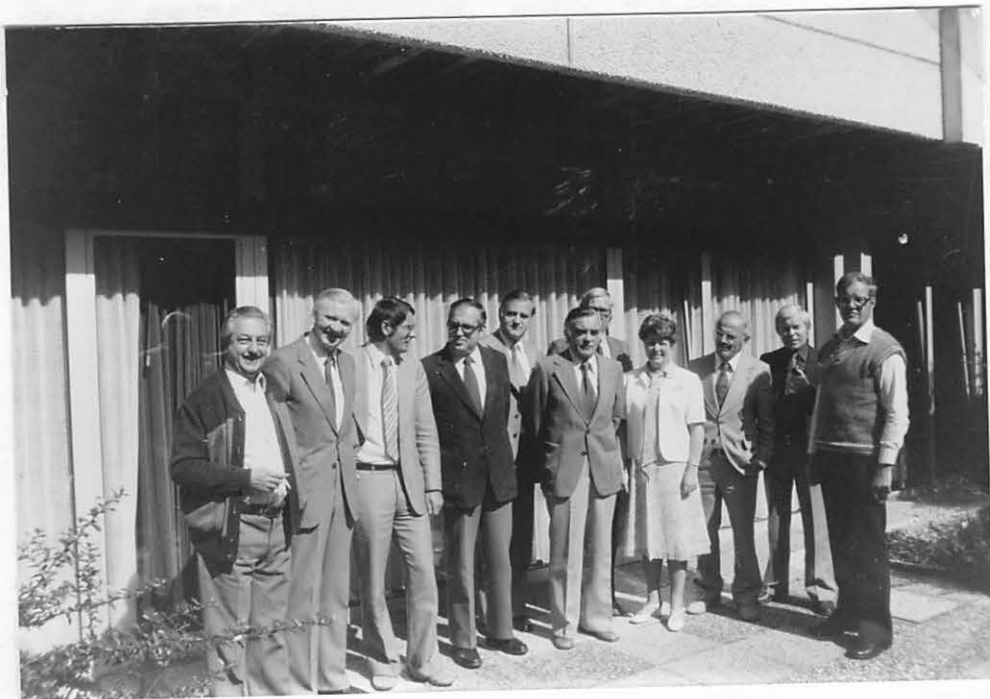


Bergwacht-Grillplatz zünftig eingeweiht.

Die prächtige Sitz- und Grillecke, die sich die St. Andreasberger Bergwacht in unmittelbarer Nähe ihrer Schutzhütte und Unfallstation errichtet hatte, wurde jetzt zünftig eingeweiht. Dazu hatte man sich einige Freunde aus Rat und Verwaltung der Bergstadt eingeladen. Dabei waren aber auch sozusagen drei „Generationen“ DRK-Ortsvereins-Vorsitz. Neben dem derzeitigen Vorsitzenden Eugen Franz, waren auch sein Vorgänger Dr. Dr. Kurt Walder und dessen Vorgänger wiederum, Dr. Steglich, mit von der Party. – Und da auch der Wettergott so herrlich mitspielte, war es geradezu selbstverständlich, daß es ein netter Abend wurde.



Vorbereitung Kommunalschulbesuch (1981)
1980



Kultusschussbesuch Bericht H. Andreasberg 1980



Schnapp-Schlüsse
aus dem Arbeitskreis "Zonenrand"
im Mai 1980

Wörter-Tagebuch der Funktionäre im
Zonenrand 1980





Das Bild zeigt die Konferenz
im Jahr 1980

Klämer-Tagung der Tradition in
Bad Bevensen 1980





Bündestagswahl 1980
Kanzler - Kandidat: Franz-Josef Strauß





14. 6. 1981

Herzer
Heimattag

Braunlage: Neues Kirchlein's
Herzlieb-Trachtenfest

← Bürgermeister
Wickenhagen



Konstanz



Herrn
Grübmeyer, MdL
CDU-Fraktion
Niedersächsischer Landtag
Planckstr. 2
3000 Hannover

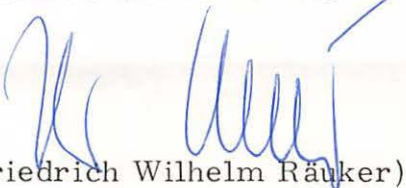
Der Intendant

Im Juli 1980

Sehr geehrter Herr Grübmeyer,

für Ihre Glückwünsche zu meiner Berufung zum Intendanten
des NDR danke ich Ihnen sehr herzlich. Ich werte sie als
Zeichen der Verbundenheit und als eine Ermutigung für den
vor mir liegenden - wie Sie wissen - nicht leichten Weg.

Mit freundlichen Grüßen



(Friedrich Wilhelm Räufer)



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG
Abgeordneter

3 HANNOVER, den
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
Postfach 4407
Fernruf (05 11) 1 93 01

Osteroder Kreis-Anzeiger

Mittwoch, 16. Juli 1980

Leserbrief

Grübmeyer – der Retter

Nun hat er es also geschafft. Er, das ist der CDU-Landtagsabgeordnete Werner Grübmeyer. Kurz und trocken – wenn man dem CDU-Artikel vom 9. Juni trauen darf – hat er in Gittelde durch seinen ungeheuren Einfluß das geschafft, wovor Schulleitung und Schulaufsicht anscheinend kapitulieren mußten. Er, der stets Hilfsbereite, hat den Ausfall von Schulstunden an der Grundschule Gittelde innerhalb von 3 Tagen beseitigt und für eine Ersatzlehrkraft gesorgt, wozu nach CDU-Darstellung niemand sonst fähig gewesen wäre. Das verdient Anerkennung! Anerkennung deshalb, weil Grübmeyer, der ja einschlägige Erfahrungen im Schuldienst sammeln konnte, sich außer bei gesellschaftlichen Ereignissen und bayerischen Bierabenden nun zum ersten Mal politisch,

ja auch noch schulpolitisch in Szene setzen konnte. Lob aber auch deshalb, weil Grübmeyer imponierenderweise der einzige ist und wohl auch bleibt, der die Schulbürokratie auf Trab bringen kann.

Wenn man bedenkt, wie lange er auf diesen seinen Auftritt warten mußte, so ist ihm dazu zu gratulieren, daß er nun endlich aus seinen vertrauten Harzbergen hervorgekommen und in seinen Wahlkreis herabgestiegen ist, um sich mit seinem Gehilfen Metje darzustellen und wie St. Nikolaus Gittelder Kindern und Eltern eine echte Bescherung zu bieten.

Was bleibt: Zeigt sich nicht gerade in dieser Situation die Fragwürdigkeit der CDU-Schulpolitik, die einzig und allein darauf gerichtet ist, Sparmaßnahmen im Personalbereich vorzunehmen, die aber dann aufgrund dieser Maßnahmen ständig auftretenden Engpässen (Krankheit, Schwangerschaftsurlaub) derart hilflos gegenübersteht, ja stehen muß, so anscheinend nur das eindrucksvolle Eingreifen eines Landtagsabgeordneten hier weiterhelfen kann.

Kann nicht Gittelde froh sein, solch prächtige Politiker zu haben, die zwar nur dann in Erscheinung treten, wenn die Lösung eines Problems ihrer Selbstdarstellung dient, aber dann: mit welchem einzigartigem Erfolg? Ist das Talent W. Grübmeyers nicht verschenkt, wenn er nur im Harzraum für Furore sorgt, braucht nicht das ganze Land diesen Mann? Auf zu neuen Taten, Herr Grübmeyer!

Eberhard Wauge
Schlungweg 7
3362 Windhausen



AK Wissenschaft und Kunst: Bericht der



SPIELBANK im Bad Zrinshevanu





Luftwaffenausbildungsregiment 5
Kommandeur

338 Goslar, 21. Juli 1980

Fliegerhorst A

Tel.: ~~2117-349~~ App.: 280

(05321) 8 00 81 - 85

App.: 200

Herrn
Bürgermeister Grübmeier
Stadtverwaltung

3424 St Andreasberg

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Besuch der ehrwürdigen Bergstadt St Andreasberg hat meine Herren und mich in angenehmer Weise beeindruckt. Sowohl der Empfang im Rathaus als auch die "Wanderung" zum Glockenberg mit dem schönen Blick auf St Andreasberg mit seinen attraktiven Kur- und Sportanlagen werden uns dank Ihrer und des Stadtrates fachkundiger Führung in Erinnerung bleiben.

Während des gemütlichen Beisammenseins im "Berghotel Glockenberg" hatten wir Gelegenheit, mit Ihnen und mit Herren des Stadtrates einen anregenden und freimütigen Gedankenaustausch zu pflegen. Besonderes Interesse haben die sehr informativen Ausführungen von Herrn Stadtdirektor Baumgarten über die Geschichte der Stadt St Andreasberg gefunden; waren sie doch sozusagen für uns Soldaten ein "Unterricht in Heimatkunde" unserer Wahlheimat Harz.

Ich hoffe, sehr geehrter Herr Bürgermeister, daß Ihre Einladung und Ihre so herzliche Gastfreundschaft den Beginn des kameradschaftlichen Kontaktes zwischen St Andreasberg und dem Luftwaffenausbildungsregiment 5 bedeuten.

Ich darf Sie deshalb bitten, schon heute den 26. September (Standortball) und den 6. November (Großer Zapfenstreich) in Ihrem Terminkalender vorzumerken.

Auch im Namen von Generalmajor Haseloff und meinen Herren darf ich Ihnen nochmals für den so gelungenen Abend danken und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

K. Kilian

K i l i a n
Oberst

1945

DR. ERNST ALBRECHT
NIEDERSÄCHSISCHER MINISTERPRÄSIDENT

HANNOVER, DEN 25. Juli 1980
PLANCKSTRASSE 2
Br

Herrn
Werner Grübmeier MdL
Quellenweg 9

3424 St. Andreasberg

Lieber Herr Grübmeier,

über Ihre Glückwünsche zu meinem 50. Geburtstag und
über das schöne alte Grubenlicht habe ich mich ganz
besonders gefreut. Es muß sicher schwer sein, sich
von einem solchen historischen Stück zu trennen.
Um so mehr weiß ich Ihr wertvolles Geschenk zu würdi-
gen, und ich möchte Ihnen sehr herzlich dafür danken.

u

Ernst Albrecht

5. Der Reichsbund der Kriesopfer, Kreisverband Oberharz gestattet dem NDR die kostenlose Benutzung des vorhandenen Flügels, der so gestimmt werden muß, daß der Kammerton A = 886 Schwingungen erhält.
6. Das gesamte Arrangement der Veranstaltung wird vom Reichsbund der Kriesopfer, Kreisverband Oberharz auf eigene Rechnung durchgeführt und der NDR von allen nicht mit dem Programm zusammenhängenden Kosten ausdrücklich freigestellt. Das betrifft auch die evtl. GEMA-Gebühren der öffentlichen Veranstaltung. Die GEMA-Gebühren für die Rundfunkübertragung werden vom NDR direkt mit der GEMA abgerechnet.
7. Die Veranstaltungshaftpflicht obliegt dem Reichsbund der Kriesopfer, Kreisverband Oberharz als Veranstalter. Zu Lasten des NDR gehen nur solche Schäden, die Dritten durch NDR-Mitarbeiter schuldhaft zugefügt werden.

Wir bitten Sie, uns die beigefügte Kopie dieses Briefes zum Zeichen Ihres Einverständnisses unterschrieben zurückzureichen und wünschen allen Beteiligten einen erfolgreichen Verlauf der Veranstaltung.

Mit freundlichen Grüßen
NORDDEUTSCHER RUNDFUNK


(Hansel)


(Oppermann)



THE GREAT OUTDOORS



THE GREAT OUTDOORS

Bild

Reise- Journal

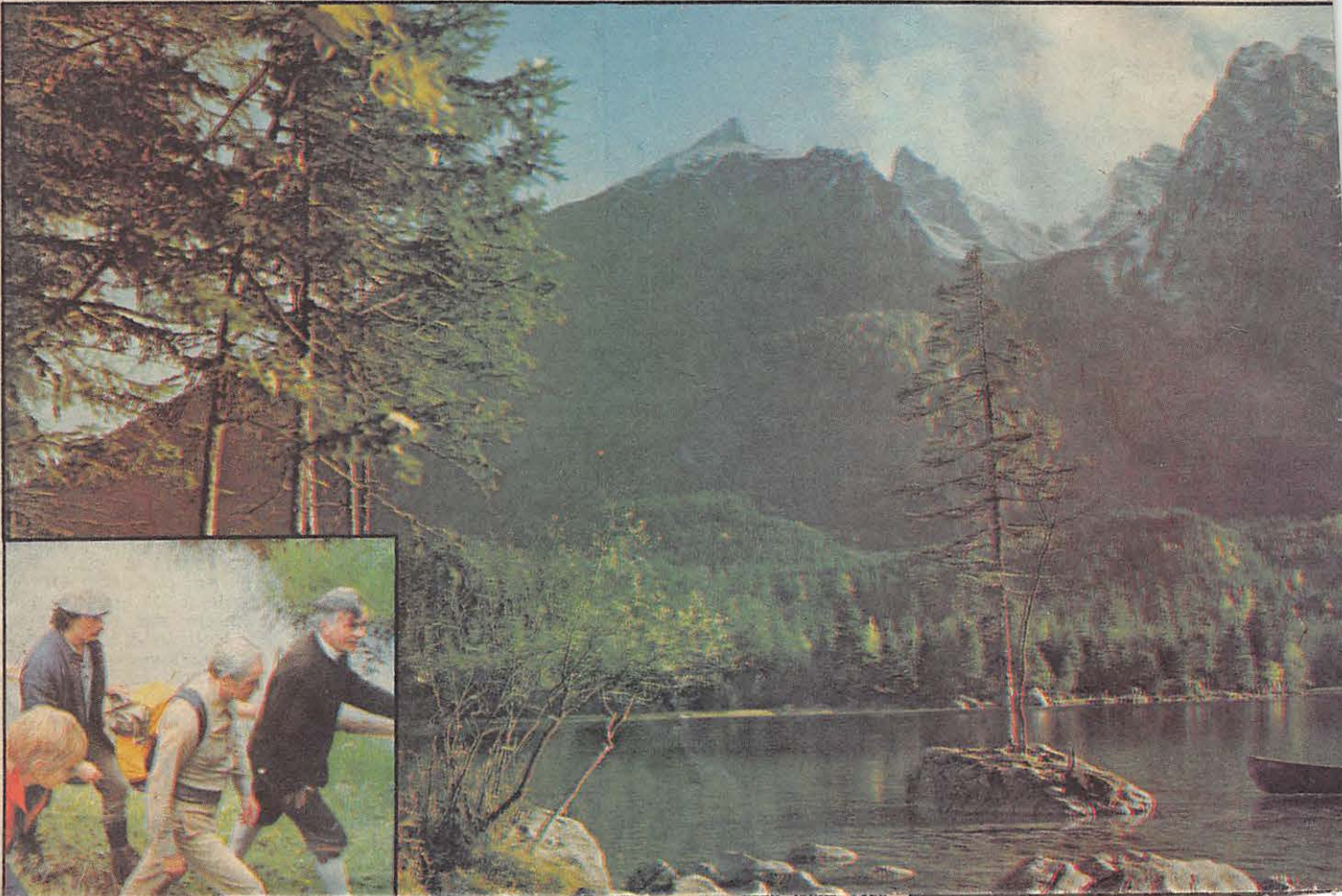
James Last: In der Heide wächst seine glückliche Band

Sein Sound hat ihn berühmt gemacht, aber Bandleader James Last liebt die Stille! Seine Musiker auch. Deshalb baute er ihnen ein Ferienparadies in der Lüneburger Heide. Mit 3000 Quadratmeter Land, eine halbe Stunde mit dem Auto von Hamburg weg. (Seite 2)



Zwischen den gemütlich schnucken in der Lüneburger James Last von den Mammut-Tschwänzigen Schafe, die zwischen

Karl Carstens: Zu alten Silb



Blick

die schneebedeckten Stei-
Wände des Watzmanns
über Kopf hoch in das Berch-

27.09.1980



grasenden Heide-
Heide erholt sich
urneen. Die kurz-
40 und 70 Kilo

wiegen, werden natürlich nicht wegen der „Heide-
Idylle“ gezüchtet. Jedes liefert fast fünf Pfund Wolle
im Jahr. Hinten Wacholderbüsche — die meisten
stehen im „Totengrund“.

Inge Meysel: Wo ich 14000 Puppen und 16 Biere fand

Ich bin ein Mensch, der hastige Ferienfahrten (vom Heimat zum Urlaubsort in einem durch) habt. Eine Rast hier, eine Übernachtung da — so macht mir die Fahrt mit Auto oder Bahn im Urlaub den meisten Spaß. Auf diese Weise lernte ich vor Jahren auch das Frankenland kennen kam per Zufall durch Neustadt (wußten Sie, daß es 41 Neustadt gibt?) Weiter S. 2



Auf vier Seiten
BILD-Reisejour-
nal lesen Sie
unter anderem:

Was Minister-
präsident
Dr. Stolten-
berg so oft an
die Westküste
Schleswig-Hol-
steins zieht...

(Seite 2)



Hans Rosenthal

Wie „Dalli-
Dalli“ aus
einem
waschechten Ber-
liner ein begel-
sterter Nordfrie-
se wird...

(Seite 4)

Warum Bun-
desministe-
rin Antje
Huber so gern in
Deutschland Ur-
laub macht...

(Seite 4)

... und viele,
viele Reise-Tips.

berminen und seltenen Fischreihern

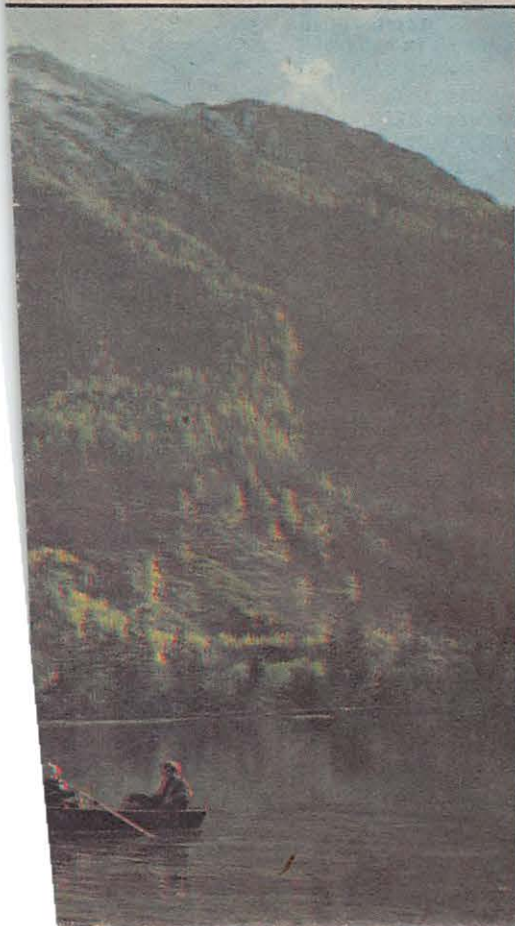


BILD: Herr Bundespräsident, wie sind Sie eigentlich zum Wandern gekommen?

Carstens: Der erste autofreie Sonntag während der Energiekrise 1973 gab den Anstoß. Da wir unseren Wagen nicht benutzen konnten, gingen meine Frau und ich von unserer Wohnung in Bonn drei Stunden zu Fuß zu unserem Wochenendhaus in der Eifel und am nächsten Tag zurück.

Heute ist das Wandern für mich eine Möglichkeit der Entspannung und läßt mich auf einfache Weise etwas für die eigene Gesundheit tun.

BILD: Sie haben nach Ihrer Wahl angekündigt, Deutschland vom Norden bis zum Süden, von der Ostsee bis zum Alpenrand in Etappen zu durchwandern. Wie bereiten Sie sich auf eine solche Wanderung vor? Wie läuft eine solche Etappe ab?

Carstens: Da meine Frau und ich inzwischen einige Übung haben, bedarf es besonderer Vorbereitungen nicht mehr. (Weiter Seite 3)



Anita

Kupsch

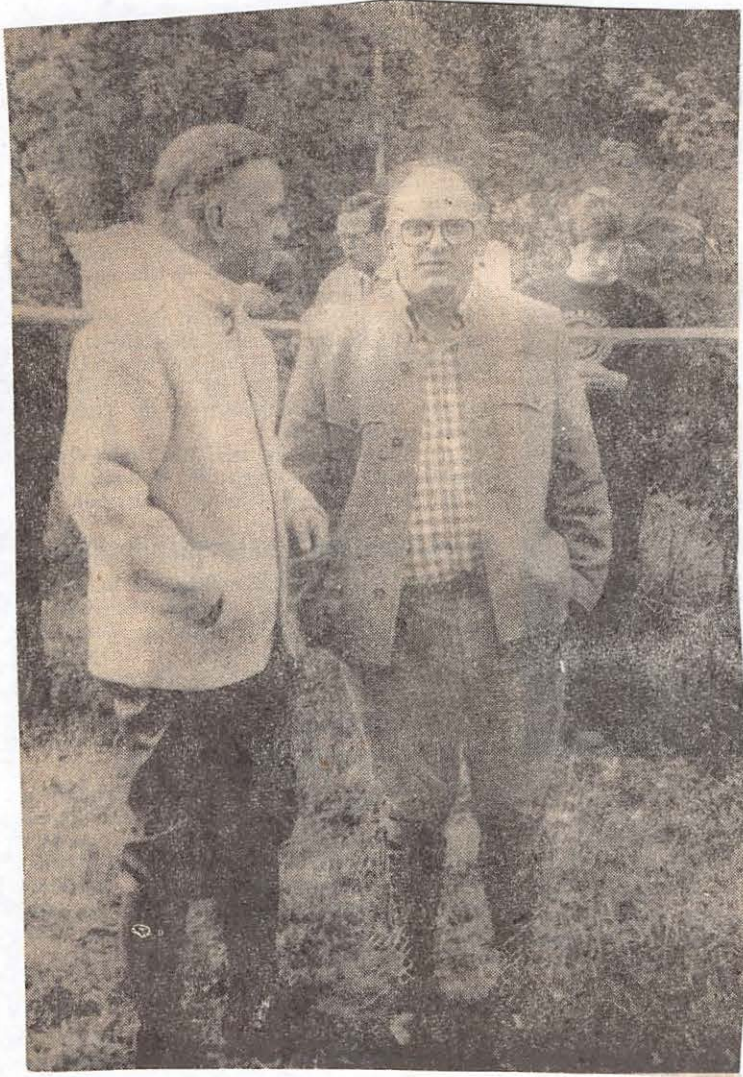
erzählt:

Sylt —

das war

Liebe

auf den



Bundespräsident Carstens machte Rast an „König Heinrichs Vogelherd“

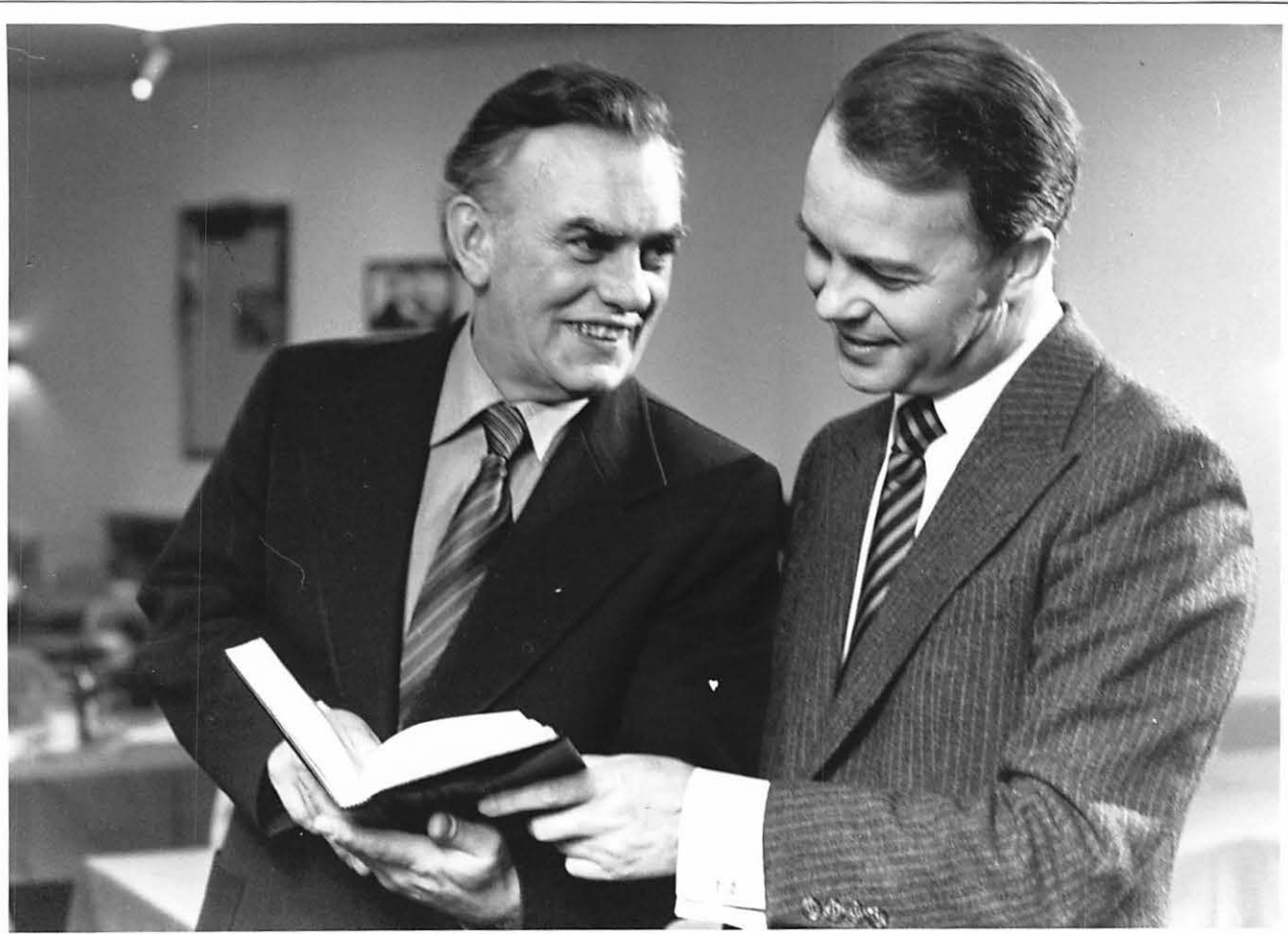
Durchnäßt und hungrig machten Bundespräsident Karl Carstens und seine Frau Veronika bei ihrer Deutschland-Wanderung gestern mittag Rast am „König-Heinrichs-Vogelherd“ in Pöhlde. Mit dem Präsidentenehepaar löffelten über 300 Mitwanderer Nudelsuppe – bei Dauerregen.

Die Wanderetappe endete Sonntag nach einer 24-Kilometer-Strecke des Präsidentenehepaares in Rüdershausen.



Bundespräsident Carstens mit seinem neuen, dem „Goldenen Rucksack“ – ein Geschenk des Leichtathletik-Verbandes.

Foto: Schönfelder



Der Niedersächsische Ministerpräsident

Persönliches Büro

3000 Hannover 1, 7. Nov. 1980

Planckstraße 2, Postfach

Fernsprecher (0511) 19 01

Fernschreiber 9 22 765

Herrn
Werner Grübmeier MdL
Quellenweg 9

3424 St. Andreasberg

Sehr geehrter Herr Grübmeier,

zurückkommend auf unser Gespräch möchte ich Ihnen
hiermit noch einmal den Termin für das Gespräch
mit Herrn Ministerpräsidenten Dr. Albrecht

am Donnerstag, den 20. Nov. 1980, um 10.15 Uhr
in Hannover, im Gästehaus der Landesregierung,
Lüerstr. 5

bestätigen.

Mit freundlichen Grüßen

Petermann

(Petermann)

Bemerkungen zur aktuellen Situation des Funkhauses Hannover

Sehr geehrter Herr Dr. Albrecht,

ich bin enttäuscht, verzweifelt, aber auch erbost über den Dilettantismus und die Lieblosigkeit, mit dem der Sachgegenstand "Funkhaus Hannover" in bezug auf die personelle Leitung von In- und Outsidern der medienpolitischen Szene unserer Partei "bewältigt" wird.

- Da wird für den Hörfunk ein wirklich guter Mann (Behnke) gewonnen und nach kurzer Zeit an Schleswig-Holstein verloren. Anstatt ihn so lange an den Sender zu binden, bis ein geeigneter Ersatz gefunden wird, bekommt der "Stellvertreter" eine weitere Leistungszulage und regiert wie bisher munter vor sich hin!
- Da wird ein Herr Köhler (ein liebenswerter, netter und menschlich integerer Parteifreund) als Funkhauschef ausgeguckt, der weder international noch national etwas gilt, bisher 30 Leute eines Hörfunkstudios "regierte", vom Fernsehen kaum etwas, von der Verwaltung eines so bedeutenden Funkhauses (mit seinen merkwürdigen Affinitäten zum Sender Hamburg) überhaupt keine Ahnung hat und Niedersachsen gar nicht kennt. .
- Da will man sich mit Herrn Stavenow einen "Stellvertreter" in den Pelz setzen, der journalistisch auch nicht gerade bedeutend ist, von Menschenführung nichts versteht, dafür aber gemeinsam mit dem Stellvertreter Hörfunk und einem desolaten Verwaltungsapparat alle Andersdenkenden austricksen wird. Damit wird das Funkhaus Hannover endgültig zur Marionettenbühne der SPD.

Wenn das Fernsehen in Hannover, was ich für falsch halte, der SPD zugespielt werden soll, dann gibt es auch dort bessere und fairere Journalisten. Bsp.: Schmieder (Bremen), Ehmig (Saarl. Rundfunk).

Voraussetzung muß dann aber sein, daß 1. der Leiter des

Funkhauses Hannover im Fernsehpart zumindest mitreden kann und 2. die zur Zeit "vier Sendeleisten" (dreimal Nordschau und Berichte vom Tage) des Fernsehens mit Redaktionsleitern von uns besetzt werden.

Nur so gewinnt man eine Planungsredaktion (Kopfredaktion). Hier müssen Treatments vorgelegt und die Sendungen abgenommen werden; das ist die einzige Chance, auch das Fernsehen in den Griff zu bekommen.

Sehr geehrter Herr Dr. Albrecht, ich bitte Sie noch einmal und nachdrücklich: Lassen Sie es nicht zu, daß uns das Funkhaus Hannover vollends aus der Hand gleitet und damit als ein Instrument der anderen Seite zum irreparablen Schaden für die CDU wird.

Zur Zeit werden Mitglieder der SPD für ihre ^{langjährige} Obstruktionsarbeit aufgewertet bzw. werden sogar höher gruppiert.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr
W. Griebner

FREITAG, 9. JANUAR 1981



MdL. Grübmeier und Journalist Herbert Ahrens

Werner Grübmeier, MdL

12.2.1981

An den
Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen
Herrn Dr. Ernst Albrecht
Planckstr. 2
3000 Hannover

Betr.: Strukturelle Veränderungen des Funkhauses Hannover

Sehr geehrter Herr Dr. Albrecht!

Wie Sie wissen, habe ich mich in den vergangenen Jahren im Rahmen meiner politischen Aktivitäten schwerpunktmäßig mit Fragen der Medienpolitik auseinandergesetzt.

Da die Bewältigung dieses Problemkreises sowohl auf der parteipolitischen wie auch auf der fraktionellen Ebene nicht in dem von mir vorgeschlagenen Sinne angegangen zu werden scheint (u.a. Verzicht auf den Arbeitskreis für Medienfragen), und ich befürchte, daß die Vorbereitung der Fraktion und der Partei auf die zu erwartende Wahlkampf-Diskussion unzureichend sein wird, sehe ich mich veranlaßt, bevor ich endgültig meine medienpolitischen Aktivitäten und Perspektiven ad acta lege, abschließend noch einmal zu den Fragen der Neuorientierung und notwendigen Umstrukturierung des Funkhauses Hannover Stellung zu nehmen.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf mein Schreiben an Sie vom 28.9.1979 und füge als Anlage mein Schreiben an den Geschäftsführenden Vorstand vom Dez. 1980 bei.

Anmerkungen zu dem beigefügten Schema:

Direktor des Funkhauses Hannover

Das Flächenland Niedersachsen benötigt Außenstudios und weitere Einrichtungen, mehr als Kiel und sehr viel mehr als Hamburg. Aus diesem Grunde sollten die zu leistenden Aufgaben des Funkhauses Hannover umfänglicher beschrieben, neu definiert und entsprechend strukturiert werden.

Für die Leitung ergeben sich daher zusätzliche Probleme und Aufgaben, die für die Funkhäuser Kiel und besonders Hamburg nicht von dieser Relevanz sind.

Es verbietet sich daher, daß die Leiter für den Bereich Hörfunk bzw. Fernsehen als stellvertretende Funkhaus-Direktoren tätig sein können.

Der Funkhaus-Direktor des Funkhauses Hannover hat aufgrund des Staatsvertrages eine sehr viel weitergehende Verantwortung für das Programm, als das bisher der Fall war. Er ist darüber hinaus für die erhoffte Verbesserung der "Regionalisierung" in Niedersachsen zuständig.

Darum ist er weitestgehend von der Verwaltung und der Organisation des Innenbetriebes zu entlasten. Diese Aufgabe sollte von seinem Stellvertreter (s.u.) geleistet werden.

Da sich bisher keine überzeugende Lösung anbot, schlage ich, wenn man Herrn Dr. Pries nicht will, eine Übergangslösung vor. Man gewänne damit Zeit für eine spätere und langfristig befriedigendere Lösung. M.E. sollte für die Übergangslösung Herr Horst Seifart (z.Zt. Hauptabteilungsleiter "Regionales Fernsehen in Hamburg) angesprochen werden (parteilos, aber aufgrund seiner journalistischen Überzeugung und seiner Persönlichkeitsstruktur der CDU verbunden).

Horst Seifart, der international den wohl besten Überblick über die privatwirtschaftliche Entwicklung des Rundfunks besitzt, könnte dem Lande außerordentlich hilfreich beim

Aufbau des Privatfunks sein. Seine kritische Distanz zur Intendanz garantiert eine gewisse Eigenständigkeit des Funkhauses Hannover.

Stellvertretender Funkhaus - Direktor (Logistiker)

Um beispielhaft am Funkhaus Hannover Rationalisierungs- und Koordinierungsmöglichkeiten durchzuführen, ist es erforderlich, eine neue Organisationsstruktur zu entwickeln.

Wie aus dem Schema deutlich wird, sollte diese Persönlichkeit verantwortlich sein für alle Aufgaben von der Disposition bis zur Produktion.

Um die Gesamtproblematik kennenzulernen und weitere Vorstellungen in unserem Sinne umsetzen zu können, halte ich es für erforderlich, daß er drei bis vier Monate in Hamburg "hospitiert", damit ihm so alle entsprechenden Stationen (incl. Verwaltung) vertraut gemacht werden können.

Leiter Hörfunk - Leiter Fernsehen

Der Parteien-Proporz sollte für die Öffentlichkeit erst bei den beiden Leitern für Hörfunk bzw. Fernsehen erkennbar sein.

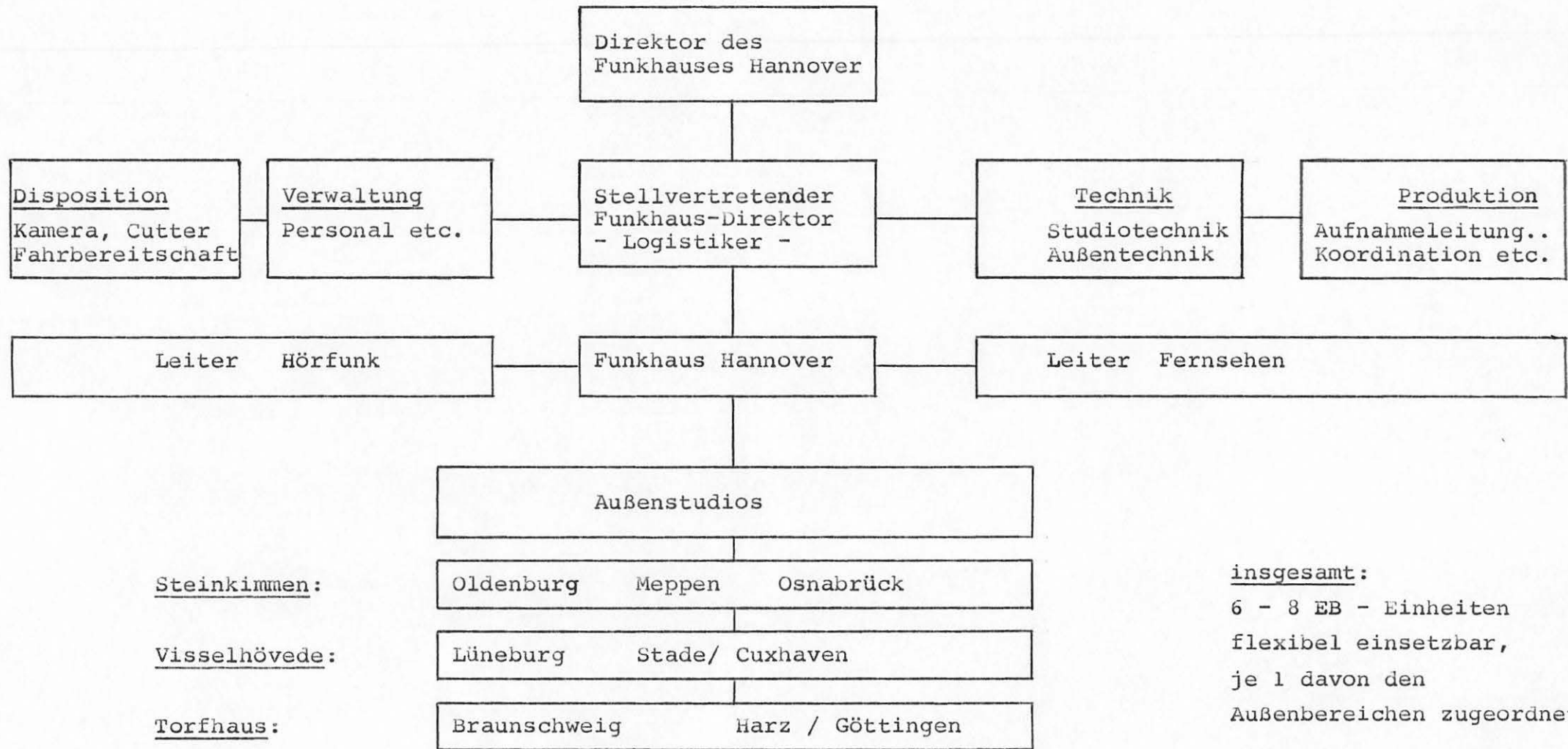
Unvermeidlich ist ein Umsetzen des derzeitigen Leiters für den Bereich Technik. Er ist für einen zügigen Um- und Ausbau technischer Maßnahmen für den gesamten Sendebereich Niedersachsen überfordert.

Das trifft auch für den Leiter der Verwaltung zu. Dieser scheidet allerdings im Laufe des Jahres 1982 aus bzw. kann in den Ruhestand versetzt werden.

Zu den Personal-Veränderungen im Mittleren Management einschließlich der Redaktionsleiter bin ich zu Vorschlägen auf Anfrage gerne bereit.

Mit freundlichen Grüßen

W. Gießmeyer



insgesamt:
 6 - 8 EB - Einheiten
 flexibel einsetzbar,
 je 1 davon den
 Außenbereichen zugeordnet



Empfang im Funkhaus: Funkhausdirektor Wolfram Köhler, Ministerpräsident Ernst Albrecht, Intendant Friedrich Wilhelm Räucher und sein Stellvertreter Jobst Ploog. Foto: Stoletzki

Albrecht: Rang des NDR wahren

„Wir werden den Rang des NDR wahren“ – dieses Versprechen gab Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht gestern Abend beim Jahresempfang des Landesrundfunkhauses Niedersachsen, zu dem Funkhaus-Chef Dr. Wolfram Köhler und NDR-Intendant Friedrich Wilhelm Räucher zahlreiche prominente Gäste begrüßen konnten. Vor dem Hintergrund des gescheiterten Staatsvertrags erklärte Räucher, eine Zerschlagung der ARD sei gleichbedeutend mit einer Verstümmelung des bundesdeutschen Föderalismus.

ca.
1981

1988

St. Andreasbergs Bürgermeister künftig „im Fulltimejob“ vor dem Fernseher?

Werner Grübmeier im Fernsehrat des ZDF

ST. ANDREASBERG. Auf Vorschlag der niedersächsischen Landesregierung hat die Ministerpräsidentenkonferenz unter Vorsitz von Regierendem Bürgermeister Diepgen den St. Andreasberger Bürgermeister Werner Grübmeier in den Fernsehrat des ZDF berufen. In das mit Spitzenvertretern der Parteien, von Verbänden und Vereinigungen besetzten Gremium, in dem das Land auch durch Staatssekretär a. D. Hilmar von Poser repräsentiert wird, rückte Grübmeier für die Präsidentin des Landesarbeitsgerichts, Dr. Hannelore Kühler, nach. Im Programm-ausschuß Familie und Jugend hat Grübmeier inzwischen die Aufgabe bundesweiter Programmebeobachtung der öffentlich-rechtlichen und privaten Sender übernommen.

Vorschlag und Wahl waren kein Zufall. Grübmeier galt bereits als Landtagsabgeordneter als Medienspezialist über die Landesgrenzen hinaus und war als Vorsitzender des Arbeitskreises Medien der CDU-

Fraktion an der Entwicklung der Grundlagen für das Private Fernsehen beteiligt. Im Hochschulwesen spricht Grübmeier nach wie vor ein wichtiges Wort mit, er ist im Präsidium des Niedersächsischen Städtetages vertreten, im Beirat des Niedersächsischen Heimatbundes, im Vorstand des Landesverbandes der Volkshochschulen, neben weiteren Aufgaben auf höherer Ebene nimmt er auch noch das des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Kreistag wahr – „ein typischer Rentner“, sagt seine Ehefrau, „der im Ruhestand erst recht keine Zeit mehr hat.“

Über seine neue Aufgabe macht sich Werner Grübmeier keine Illusionen: „Man sagt, es sei ein Fulltimejob“, weiß er inzwischen. Die Programmebeobachtung hofft er gleichwohl so wahrnehmen zu können, daß er nicht täglich stundenlang im Wechsel von einem Kanal zum anderen vor dem Fernseher sitzen muß. Grübmeier möchte, wie er im Gespräch mit der GZ versichert, auch

auf Echo und Urteil anderer bauen. Was immerhin Hoffnung erweckt, daß er auch künftig noch zu sprechen sein wird, wenn er gerade im Lande ist.

Werner Grübmeier sieht seine Aufgabe im ZDF-Fernsehrat allerdings nicht isoliert von den Interessen, die er für den Harz vertritt. Zunächst einmal sieht er bereits als Mitglied des Fernsehrates Einflußmöglichkeiten: „Ich hoffe, daß sich durch meine Tätigkeit auch die etwas vergessenen Regionen vielleicht einmal im Programm wiederfinden“, meint St. Andreasbergs Bürgermeister mit Blick auf das 2. Deutsche Fernsehen: „Dank der guten Beziehungen eines gewissen Menschen kann können wir uns eigentlich nicht beklagen, soweit es um den NDR geht, aber im ZDF ist der Harz fast ein Fremdwort.“

Darüber hinaus aber glaubt Werner Grübmeier an die Möglichkeit, durch intensiveren Kontakt mit Politikern aus Bonn und den anderen Ländern, darüber hinaus mit Spitzenvertretern von Verbänden, die In-

teressen des Harzes noch vertreten zu können als bisher für die TU Clausthal genehmigt für süddeutsche Bestrebungen Biathlon-Landesleistungszentrum Zellerfeld aufzulösen. In der Anbindung an den Olympiapunkt Hannover-Wolfsbu- soeben ein Gespräch mit zenden des Niedersächsischen verbandes, Karl-Heinz E- dessen Stellvertreter Lam- Leiter des Stützpunktes in Axel Schlotmann geführt. ner Grübmeier dazu fest dem Bundesinnenminister nun im gleichen Ausschuss.

Werner Grübmeier nach Hannover, in Bonn und oder zu Hause vor dem „Meine zweite Liebe geht dien und der TU – mein Bergstadt“ versichert er davon, daß er in der Lage als Bürgermeister von S- berg weiterhin ausfüllen z-

Rat von St. Andreasberg beschließt Zweitwohnungssteuer

Fraktionen taten sich schwer – Hallenbad-Anbau kommt – Ausbau des Weges zwischen Bergstadt und Rehberg-Klinik

Wer da geglaubt hätte, die Distanz zwischen den Betroffenen und dem Beschlußgremium habe den Rat der Bergstadt St. Andreasberg sozusagen beflügelt, die viel diskutierte, umstrittene, aber rechtlich wohl abgesicherte Zweitwohnungssteuer zu beschließen, der hatte sich geirrt. Man tat sich schwer mit dieser neuen Steuer. Das beweist schon die Tatsache, daß man diese unpopuläre Entscheidung eigentlich schon lange vor sich her geschoben hatte. Das wurde aber auch von den Sprechern der beiden Ratsfraktionen mehrfach beteuert. Und auch Stadtdirektor Baumgarten behandelte das Thema während seiner Erläuterungen dazu fast so wie ein rohes Ei und so, als wollte er den Zweitwohnungsinhabern irgendwie Gerechtigkeit widerfahren lassen, zückte er einige Male vorsichtig, aber für die wachsamten Andreasberger deutlich sichtbar, das Schwert „Fremdenverkehrsabgabe“.

Die Zweitwohnungssteuer, seit Jahren im Gespräch, vor allem dort, wo sich eine größere Massierung von Zweitwohnungen ergeben hat, wird inzwischen von einer ganzen Reihe von Gemeinden erhoben. Diese Steuer, die zum Zweck der teilweisen Deckung des Aufwandes für die Herstellung und Unterhaltung öffentlicher Einrichtungen dient, soll denjenigen Einwohnern auferlegt werden, die in der Stadt eine Wohnung innehaben, ohne sich in der Stadt überwiegend aufzuhalten. Ausnahmen bilden hierbei Aufenthalte aus beruflichen Gründen oder zu Ausbildungszwecken. Zur Besteuerung wird demnach nicht nur der Eigentümer, sondern auch der Inhaber oder Mieter einer Zweitwohnung herangezogen.

Aus Gründen der Rechtssicherheit und Praktikabilität wurden für den Entwurf einer Zweitwohnungssteuer-Satzung für St. Andreasberg die Satzung der Stadt Braunlage, die dortigen Bemessungsgrundlagen und die Steuersätze übernommen. Denn in Braunlage ist eine solche Zweitwohnungssteuer bereits seit dem 1. Oktober 1980 in Kraft und wurde durch die Kommu-

nalaufsicht des Landkreises Goslar genehmigt. Durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 26. Juli 1979 wurde außerdem festgestellt, daß die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer nach dem Überlinger Modell verfassungsgemäß und gesetzmäßig ist.

Im übrigen stellte Stadtdirektor Baumgarten in seinen Erläuterungen zu diesem Satzungsentwurf fest, daß die Kommunalaufsicht des Kreises und der Regierung im Hinblick auf die zu erwartende Aktion zur Sanierung der Haushalts- und Finanzlage bei der Bergstadt mehrmals auf die Notwendigkeit der Einführung dieser Steuer hingewiesen hätten. Derzeit, so der Verwaltungschef weiter, seien in St. Andreasberg etwa 700 Zweitwohnungen von dieser neuen Steuer betroffen, einer Steuer, die allgemein als eine Art Luxussteuer angesehen werde.

Für die CDU-Fraktion beteuert Ratsherr Ullrich, daß man es sich in seiner Fraktion wahrlich nicht leicht gemacht habe, daß man sich aber der Notwendigkeit habe beugen müssen. Ähnlich war auch der Tenor der Stellungnahme des Ratsherrn Büntge für die SPD-Fraktion. Ratsherr Bahn von der FDP stellte fest, daß er immer dafür eingetreten sei, die Zweitwohnungsinhaber mehr denn je zur Kasse zu bitten, daß er aber eine neue Steuerart wegen des zu erwartenden zusätzlichen Verwaltungsaufwandes ablehne, sich vielmehr wünsche, die Zweitwohnungen über einen erhöhten Kurbeitrag zu belasten.

Diesem letzten Verlangen des Ratsherrn Bahn mußte Stadtdirektor Baumgarten entschieden entgegnet werden, weil die Erhöhung des Kurbeitrages für ganz bestimmte Personengruppen rechtlich nicht möglich sei. Dagegen können durch Mitwirkung der Finanzämter der Verwaltungsaufwand für die Zweitwohnungssteuer sicher in vernünftigen Grenzen gehalten werden.

Einstimmig, bei der Stimmenthaltung durch den Ratsherrn Bahn, wurde die Zweitwoh-

nungssteuer, die der Stadtkasse etwa den Betrag von 150 000 DM einbringen soll, beschlossen. Für seine Enthaltung mußte sich Ratsherr Bahn von Ratsherr Kehr (SPD) den Vorwurf gefallen lassen, daß eine Stimmenthaltung seiner Meinung nach ein Entziehen aus der Verantwortung bedeute und daß dies nicht unbedingt guter demokratischer Stil sei.

Einstimmig wurde dann die neue Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen beschlossen. Diese Satzung mußte aufgrund laufender Rechtsprechungen der Oberen Verwaltungsgerichte den von den Gerichten geforderten Ansprüchen angepaßt werden. Beim Verteilungsmaßstab sind dabei keine Veränderungen gegenüber der bisherigen Satzung eingetreten.

Ebenfalls einstimmig wurde auch die Festsetzung des Abrechnungsgebietes für den Erschließungsaufwand im Neubaugebiet Neufang/Totenberg beschlossen. Zuvor hatte der Rat zur Kenntnis genommen, daß die SPD-Fraktion den Vorsitz im Bauausschuß nunmehr durch den Ratsherren Büntge besetzt, der an die Stelle des häufig ortsabwesenden Ratsherren Duderstaedt tritt. Einstimmig wurden ferner die über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Haushaltsjahr 1980, bei denen es sich um unerhebliche Ausgaben handelte, die jederzeit durch Wenigerausgaben gedeckt waren, beschlossen.

Der Hallenbad-Anbau kommt

Mit einer Gegenstimme beschloß der Rat den Anbau an das Hallenbad, der Toiletten, Umkleieräume, Duschen für die künftige Nutzung des Hallenbades als sogenanntes Gartenbad, aber auch für Wanderer und Skiläufer sowie eine Erweiterung der Cafeteria enthält. Eingeschlossen in diese Baumaßnahme sind die Errichtung eines Planschbeckens im Freien und die Anlage einer geschützten Liege- und Spielwiese neben dem Hallenbad. Ferner wird im Zuge dieser Komplettierung des „Knöchels“ im oberen Kälbertal ein Rundweg geschaffen und der Fußweg in Richtung Rehberg-Klinik neben der Braunlager Straße ausgebaut. Die zur Zeit zur Verfügung stehenden Mittel von Zuschuß des Landes in Höhe von 1 157 000 DM, Zuschuß Kreis von 112 000 DM und Eigenmittel der Stadt von 255 000 DM gestatten die Durchführung dieser Maßnahmen.

Fremdenverkehrsabgabe in dieser Legislaturperiode nicht mehr

Auf die Frage aus dem Zuhörerkreis, was mit

germeister Werner Grübmeier mit Nachdruck fest, daß dieses Thema in dieser Legislaturperiode nicht mehr auf die Tagesordnung dieses Rates komme und damit auch keinen Bezug zu der Knöchelbaumaßnahme haben könne. Stadtdirektor Baumgarten versprach, daß im Rahmen der Frühjahrsarbeiten des Bauhofes auch der Kinderspielplatz auf der Felicitas renoviert werde.

Volksbank Lauterberg eG · Postfach 2 29
3422 Bad Lauterberg im Harz

Herrn
Bürgermeister
Werner Grübmeier
Quellenweg

3424 St. Andreasberg

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Volksbank Lauterberg eG

Wißmannstraße 27
3422 Bad Lauterberg im Harz
Telefon (0 55 24) * 30 61
Telex 9 65 129 Voba d
Bankleitzahl 263 913 37
S.W.I.F.T.: GENO DE 2H

Postscheckkonto Hannover
(BLZ 250 100 30) 78 98-303

Filialen:
Bad Lauterberg, Bad Sachsa,
St. Andreasberg, Herzberg 4

Vorstand:
Wilfried Graack
Hans J. Twele
Klaus Elsner
Vorsitzender des Aufsichtsrates:
Herbert Fröhlich
Eingetragen:
GenR Herzberg/Harz 103

Unser Zeichen

3422 Bad Lauterberg im Harz

Gr/E.

16. April 1981

Sehr geehrter Herr Grübmeier!

Aus der heutigen Tageszeitung entnehmen wir die Ihnen zuteil gewordene Ehrung für

20 Jahre Ratstätigkeit im Dienste der Bürger St. Andreasbergs

Wir schließen uns diesen Glückwünschen an und gratulieren Ihnen recht herzlich für die hier zum Ausdruck gebrachte Ehrung.

Zugleich dürfen aber auch wir als Bürger von St. Andreasberg –so fühlen wir uns jedenfalls durch unsere langjährige Zugehörigkeit in Ihrer schönen Bergstadt– für Ihren unermüdlichen und selbstlosen Einsatz herzlichen Dank sagen. Sie bemühen sich täglich für alle Bürger die Voraussetzungen für Lebensqualität, zur Sicherung von Arbeitsplätzen, zum Ausbau von Existenzen zu schaffen.


Es kann daher nicht genug gewürdigt werden, wenn Persönlichkeiten, wie Sie sehr geehrter Herr Grübmeier, Ihre Lebensaufgabe auf diesem Wege suchen. Gerade darin bewährt sich unsere freiheitliche Demokratie und darüber können wir froh und dankbar sein.

Gern nehmen wir dieses Schreiben zum Anlaß, Ihnen für die bisher stets angenehme Zusammenarbeit mit unserer Kreditgenossenschaft unsere Reverenz zu erweisen.

Als Ausdruck unserer Wertschätzung überreichen wir Ihnen eine Weinprobe. Sicherlich haben Sie trotz vieler Termine ein wenig Muße im Kreise Ihrer Familie diesen Wein zu probieren,

Mit freundlichen Grüßen
und einem herzlichen
Harzer Glück-Auf

Ihre
Volksbank Lauterberg eG
Bad Lauterberg im Harz



Werner Grübmeier und Manfred Büntge, 20 Jahre im Dienst der Bürger St. Andreasbergs

Am 13. April 1961 fing alles an – Ehrung der Jubilare bei der öffentlichen Ratssitzung



Zwei verdiente und langjährige Ratsherren werden geehrt

ST. ANDREASBERG cher. – Eine seltene Ehrung konnte der stellvertretende Bürgermeister der Bergstadt St. Andreasberg Willi Ullrich während der letzten öffentlichen Ratssitzung am 13. April 1981 im Kurhaus vornehmen. Werner Grübmeier (CDU) und Manfred Büntge (SPD) nämlich waren auf den Tag genau vor 20 Jahren erstmals Ratsherren dieser Bergstadt geworden. – Werner Grübmeier wurde damals Bürgermeister, Manfred Büntge ein überaus aktiver, mit viel Engagement für seine Heimatstadt streitender Mandatsträger.

Willi Ullrich stellte die beiden Jubilare als Vorbilder für kommunalpolitisches, ehrenamtliches Engagement für das Gemeinwesen St. Andreasberg heraus und bescheinigte ihnen, ein Viertel eines Menschenlebens bereits für den Bürger von St. Andreasberg tätig gewesen zu sein.

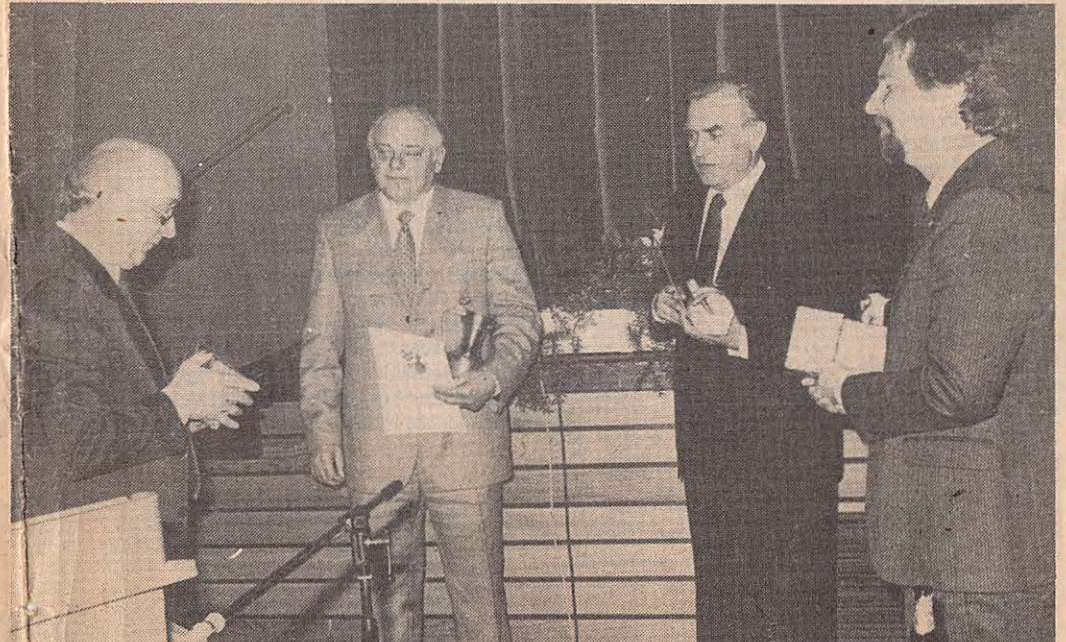
Manfred Büntge, der seit vielen Jahren Fraktions-sprecher der SPD-Fraktion, Mitglied im Verwaltungsausschuß und 2. stellvertretender Bürgermeister ist,

Stadtdirektor Baumgarten dankte den beiden Jubilaren für die überaus gute Zusammenarbeit und die vertrauensvolle Atmosphäre zwischen Rat und Verwaltung, die beide entscheidend mit beeinflusst hätten.

Den Dank für die Ehrung faßte Bürgermeister Grübmeier für beide zusammen und nutzte die Gelegenheit sich einige Gedanken über den Wert der kommunalen Selbstverwaltung zu machen. Dabei stellte er fest, daß dieser Begriff eigentlich irreführend und von wenig Aussagekraft sei, weil er das wichtigste Glied in diesem Begriff, den Bürger nämlich, nicht nenne. Auch sei der heute oft so strapazierte Begriff der Bürgerbeteiligung gar nicht etwas Neues, sondern gute Tradition in unseren Rathäusern. Und Werner Grübmeier bezeichnete die Möglichkeiten der Bürger, an der kommunalen Selbstverwaltung teilzuhaben, als die größte und bewährteste Bürgerinitiative in der Geschichte der gemeindlichen Selbstverwaltung.

Leidenschaftlich wehrte sich der Bürgermeister gegen zunehmende Verkürzungen und Einengungen der Entscheidungsfreiräume von Ratsherren durch gesetzliche Regelungen – noch mehr aber durch unzureichende finanzielle Ausstattung der Gemeinden. Wer kommunale Selbstverwaltung als wichtigen Teil der Demokratie in dieser Republik fordere, der müsse den Gemeinden auch die Mittel in die Hand geben, diese nach den örtlichen Bedürfnissen ausgerichtete Bürgerbeteiligung ausüben zu können.

Bürgermeister Werner Grübmeier dankte für die zahlreichen Glückwünsche zu diesem Jubiläum, auch im Namen seines Ratskollegen Manfred Büntge, dankte seinen heutigen und früheren Ratskollegen für die gute Zusammenarbeit und nicht zuletzt auch den Vertretern der Verwaltung für das vorbildliche Miteinander. Den Bürgern galt sein Dank ebenso wie seine Bitte, auch in Zukunft mögen alle Kräfte dieser Bergstadt zum Wohle St. Andreasbergs zusammenarbeiten.



Passende Geschenke zusätzlich von den Fraktionen

Ärztlicher Notdienst für St. Andreasberg

17., 18., 19., 20. 4. 81
Dr. Baumbach, Glückauf-Weg 6,
Tel. 7 95

Zahnärztlicher Notdienst

für die Orte Braunlage, Hohegeiß
und St. Andreasberg, an Samstagen
Sonntagen sowie an gesetzlichen
Feiertagen von 11 bis 12 Uhr

17. + 18. 4.

Dr. Brehmer-Reiter, Braunlage,
Herz.-Joh.-Albr.-Str. 1, Tel. 0 55 20 / 1391

19. 4.

Dr. Hoffmann, Marktstr. 1, Braunlage
Tel. 0 55 20 / 22 64

20. 4.

Dr. Redeker, Braunlage
Marktstr. 8, Tel. 0 55 20 / 4 61

16. April 1981



Int. Haus Sonnenberg '89

Werner Grübmeier und Manfred Büntge – 20 Jahre im Dienst der Bürger St. Andreasbergs

Am 13. April 1961 fing alles an — Ehrung der Jubilare bei der öffentlichen Ratssitzung

Eine seltene Ehrung konnte der stellvertretende Bürgermeister der Bergstadt St. Andreasberg, Willi Ullrich, während der letzten öffentlichen Ratssitzung am 13. April im Kurhaus vornehmen. Werner Grübmeier (CDU) und Manfred Büntge (SPD) nämlich waren auf den Tag genau vor 20 Jahren erstmals Ratsherren dieser Bergstadt geworden — Werner Grübmeier wurde damals Bürgermeister, Manfred Büntge ein überaus aktiver, mit viel Engagement für seine Heimatstadt streitender Mandatsträger.

Willi Ullrich stellte die beiden Jubilare als Vorbilder für kommunalpolitisches, ehrenamtliches Engagement für das Gemeinwesen St. Andreasbergs heraus und bescheinigte ihnen, ein Viertel eines Menschenlebens bereits für den Bürger von St. Andreasberg tätig gewesen zu sein.

Manfred Büntge, der seit vielen Jahren Fraktionssprecher der SPD-Fraktion, Mitglied im Verwaltungsausschuß und 2. stellvertretender Bürgermeister ist, zeichne sich — so Willi Ullrich — durch große Fairneß im Umgang mit Gegnern, durch entscheidende Mitwirkung an allen Maßnahmen des Rates der letzten 20 Jahre und große Eigeninitiative aus.

Wer über 20 Jahre das Amt des Bürgermeisters bekleide, müsse laut Willi Ullrich über die Tugend verfügen, stets in vorderster Reihe kreativ tätig zu sein und doch den übrigen Ratsmitgliedern stets das Gefühl zu geben, sie selber hätten das alles so und nicht anders getan. Und der stellvertretende Bürgermeister zählte eine ganze Palette von Errungenschaften auf, die während der Amtszeit Werner Grübmeiers als Bürgermeister von St. Andreasberg getätigt worden seien — eine Palette, die von der Fertigstellung der Kanalisation, über die Sicherung der Trinkwasserversorgung, den Straßenausbau bis hin zum Hallenbad, Kurhaus und der Ver- und Entsorgung des Ortsteiles Oderbrück reichten. Dazwischen hätten aber Rückschläge gelegen wie der Abbau der Schulen und der Verlust des Krankenhauses.

Beide, so Willi Ullrich, Werner Grübmeier wie Manfred Büntge, hätten sich um St. Andreasberg verdient gemacht. Und da man im Rat der Bergstadt dazu erzogen sei, nur Nützliches

zu schenken, erhielten beide je einen Zinnkrug als Erinnerungsgeschenk an diesen Tag sowie von den Fraktionen von CDU und SPD noch jeweils einen Zinnbecher dazu.

Stadtdirektor Baumgarten dankte den beiden Jubilaren für die überaus gute Zusammenarbeit und die vertrauensvolle Atmosphäre zwischen Rat und Verwaltung, die beide entscheidend mit beeinflusst hätten.

Den Dank für die Ehrung faßte Bürgermeister Grübmeier für beide zusammen und nutzte die Gelegenheit, sich einige Gedanken über den Wert der kommunalen Selbstverwaltung zu machen. Dabei stellte er fest, daß dieser Begriff eigentlich irreführend und von wenig Aussagekraft sei, weil er das wichtigste Glied in diesem Begriff, den Bürger nämlich, nicht nenne. Auch sei der heute so oft strapazierte Begriff Bürgerbeteiligung gar nicht etwas Neues, sondern gute Tradition in unseren Rathäusern. Und Werner Grübmeier bezeichnete die Möglichkeiten der Bürger, an der kommunalen Selbstverwaltung teilzuhaben, als die größte und bewährteste Bürgerinitiative in der Geschichte der gemeindlichen Selbstverwaltung. Leidenschaftlich wehrte sich der Bürgermeister gegen zunehmende Verkürzungen und Einengungen der Entscheidungsfreiräume von Ratsherren durch gesetzliche Regelungen — noch mehr aber durch unzureichende finanzielle Ausstattung der Gemeinden. Wer kommunale Selbstverwaltung als wichtigen Teil der Demokratie in dieser Republik fordere, der müsse den Gemeinden auch die Mittel in die Hand geben, diese nach den örtlichen Bedürfnissen ausgerichtete Bürgerbeteiligung ausüben zu können.

Bürgermeister Werner Grübmeier dankte für die zahlreichen Glückwünsche zu diesem Jubiläum, auch im Namen seines Ratskollegen Manfred Büntge, dankte seinen heutigen und früheren Ratskollegen für die gute Zusammenarbeit und nicht zuletzt auch den Vertretern der Verwaltung für das vorbildliche Miteinander. Den Bürgern galt sein Dank ebenso wie seine Bitte, auch in Zukunft mögen alle Kräfte dieser Bergstadt zum Wohl St. Andreasbergs zusammenarbeiten.



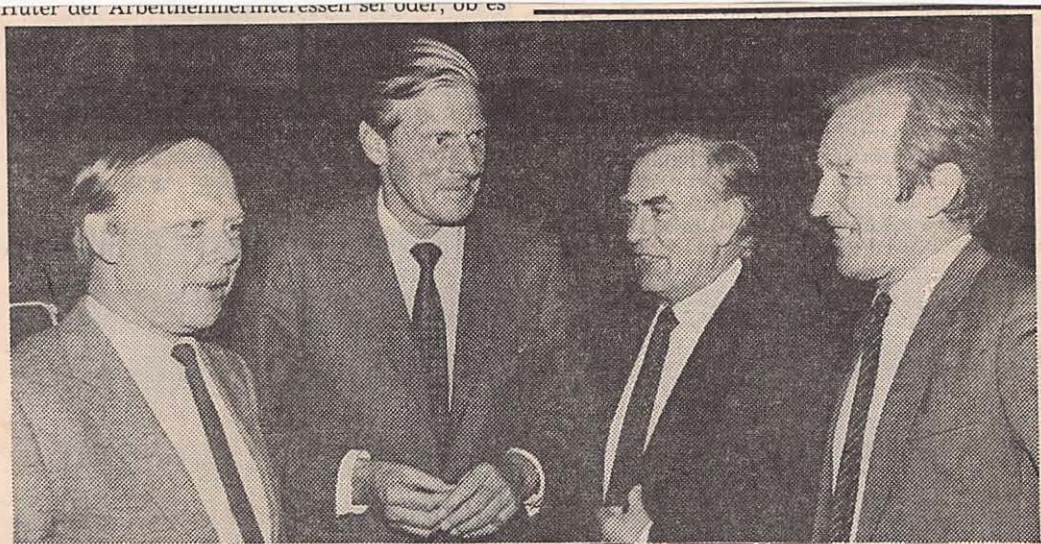
Passende Geschenke zusätzlich von den Fraktionen.



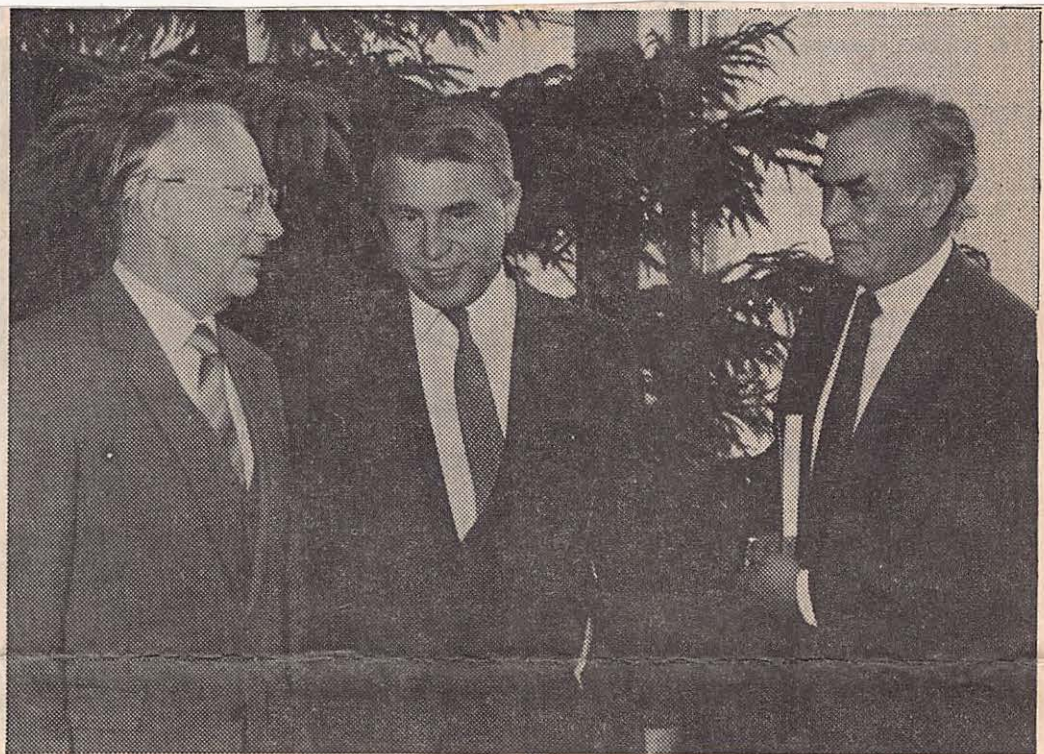
NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG
Abgeordneter

3 HANNOVER, den
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
Postfach 4407
Fernruf (05 11) 1 93 01

Zur Kommunalwahl 1981 - Clausthal - Zellerfeld -



Zwei zukünftige Bürgermeister beim Fachsimpeln? Walther Leisler Kiep, designierter Bürgermeisterkandidat in Hamburg, im Gespräch mit dem CDU-Bürgermeisterkandidaten für Clausthal-Zellerfeld, Heribert Meier. Gute Tips geben MdL Werner Grübmeier und MdB Dr. Rudolf Sprung.



Josef Bienert, Kreistagsabgeordneter, Ratsherr und Rektor der Grundschule Graupenstraße in Clausthal-Zellerfeld, im Gespräch mit dem niedersächsischen Kultusminister Dr. Werner Remmers. Rechts MdL Werner Grübmeier (CDU).



Volkspark Bantenberg 03





Schulträger in der Flut der Erlasse

Schul- und Kulturausschuß des Niedersächsischen Städteverbandes tagte gestern in Alfeld

Mit neuen Gesetzen, Erlassen und Verordnungen müssen sich die Städte und Gemeinden als Schulträger ständig befassen. Das wurde gestern auf einer Sitzung des Schul- und Kulturausschusses des Niedersächsischen Städteverbandes deutlich, der unter Vorsitz von MdL Werner Grübmeier, dem Bürgermeister von St. Andreasberg, im Alfelder Rathaus tagte.

Als Mitglied des Kulturausschusses des Deutschen Städtebundes gehört Stadtdirektor Dr. Toetke zu den ständigen Gästen dieses Ausschusses, er sieht seine Aufgabe darin, die hier gewonnenen Erkenntnisse auch der Diskussion auf Bundesebene nutzbar zu machen. Die Vertreter der Städte stehen häufig in einem heftigen Kampf gegen den Perfektionismus, der auch die letzten Kleinigkeiten durch Gesetze und Verordnungen regeln möchte und dadurch den Ermessensspielraum der Ausführenden unerträglich einengt. Die Geschäftsführung des Städteverbandes war durch den Beigeordneten Rüdiger Goldmann vertreten.

Der Städteverband repräsentiert 4,6 Millionen Einwohner. Die Empfehlungen des Schulausschusses gehen an den Vorstand, zu dessen Entscheidungen dann der Schulausschuß erneut Stellung nimmt. Bei der gestrigen Tagung waren fast alle 15 ordentlichen Mitglieder des Ausschusses anwesend.

Ministerialrat Lattig aus dem Kultusministerium referierte über die Auswirkungen der Rahmenrichtlinien seines Ministeriums auf die Schulträger. Besonders befaßte er sich mit dem Gebiet Arbeit, Wirtschaft und Technik, das auf den Haupt- und Realschulen die alte Arbeitslehre ablösen soll. Die Anschaffungen an Unterrichtsmitteln machten allein für die Stadt Hannover 1,2 bis 1,4 Millionen Mehrausgaben aus, wenn alle schulischen Wünsche erfüllt würden. Schon daraus leiteten die Städtevertreter den Zwang zur Sparsamkeit ab. Sie forderten, in erster Linie die Ausbildung der Lehrer auf diesem Gebiet zu verändern, um sie zu befähigen, mit einfachen Mitteln kreativ zu unterrichten. Bei der Vorbereitung der Richtlinien durch Fachleute sollte man auch die Gemeinde stärker mit einbeziehen und auch an die Folgekosten neuer Richtlinien und Erlasse denken, meinte der Ausschuß.

Rüdiger Goldmann berichtete über Gespräche mit dem Landeselternrat zum Thema Schülerbeförderung. Sie waren notwendig, weil jetzt die Landkreise und kreisfreien Städte für den Schülertransport voll verantwortlich sind. Der Städtebund lehnt die Forderung ab, einen Landesbeauftragten für diese Aufgabe zu ernennen. Er hält es für richtig, daß sich Stadt- und Kreiselternräte stärker damit befassen. Für nicht angemessen hält er es auch, die Elternaufsicht in Schulbussen und an den Haltestellen zu institutionalisieren, d. h. zu einer fest vorgeschriebenen Einrichtung werden zu lassen. Er tritt jedoch für einen intensiveren Verkehrsunterricht ein.

Keinen Anlaß sieht der Städtebund jedoch dafür, Mofa-Kurse in der Schule in großem Stil zu propagieren. Im einzelnen sei diese Frage nur im Einvernehmen mit dem Schulträger zu lösen, wobei auf die hohen Anschaffungskosten für Fahrzeuge und Unterrichtsmittel hingewiesen wurde.

Nicht durch Erlaß geregelt zu werden braucht nach Meinung des Schulausschusses die Frage beweglicher Ferientage. Im Kultusministerium machte man sich Sorgen darüber, wie schulfreie Tage zu Jubiläen und besonderen Stadtfesten von den Ferien nachträglich wieder abgezogen werden können. Man hält das Ministerium nicht für überfordert, wenn es einen oder zwei Tage schulfrei im Jahr bei besonderem Anlaß zusätzlich genehmigt.

Wahlordnungen für Schüler- und Elternver-

Die Absicht des Kultusministeriums, Städte- und Schulpartnerschaften mit dem Ausland nur in den Ferien zu praktizieren, läßt sich nicht verwirklichen. Man empfiehlt, die Dinge hier beweglicher zu handhaben und bei nicht voll gewährleistetem Versicherungsschutz private Versicherungen abzuschließen.

Die Ganztagsbetreuung an Schulen, wegen der jetzt sieben Modellversuche laufen, sollte man nach Meinung des Ausschusses nicht durch Erlaß regeln.

Über die Lage der Stadt- und Kreisbildstellen sollte man örtliche Gespräche führen. Einen Katalog für die Standard-Ausstattung hält man nicht für ratsam.

Das Land hat die Förderung kommunaler Bibliotheken aus Landesmitteln eingestellt. Dadurch kommen auf die Gemeinden, die auf diesem Gebiet sowieso 200 Millionen DM aufbringen müssen, neue Kosten zu. Dagegen wird sich der Städtebund wenden. Nach seiner Auffas-

sung sollten Mittel aus dem Gewinn der Spielbanken weiter für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden. Bemängelt wird, daß eine durchsichtige Konzeption des Landes auf diesem Gebiet fehlt.

Mit dem Musterentwurf für ein Landesschulgesetz, den die Kommission Schulrecht des Deutschen Juristentages erarbeitet hat, soll sich in erster Linie der Deutsche Städtebund befassen. Für interessant hält man das eindeutige Bekenntnis zur kommunalen Schulträgerschaft. Die niedersächsische Regelung wird als ungünstig betrachtet, Städte und Gemeinden wollen nicht nur Geldgeber sein und ihr Mitwirkungsrecht an den Schulen nicht abgebaut sehen.

Für Widersprüche gegen die Nichtaufnahme von Schülern soll weiterhin die Bezirksbehörde zuständig sein. Ein allgemeinverbindliches Muster für Hausordnungen an Schulen wird nicht für zweckmäßig gehalten.

Werner Grüb Meyer, MdL, einstimmig zum Landtagskandidaten nominiert

Seit Sonnabend hat der neugeschnittene Landtagswahlkreis Seesen einen CDU-Landtagskandidaten. Auf einer Delegiertenkonferenz unter Leitung des CDU-Kreisvorsitzenden Dr. Rudolf Sprung (MdB) wurde der CDU-Landtagsabgeordnete und Bürgermeister von St. Andreasberg, Werner Grüb Meyer, einstimmig zum Kandidaten für die Landtagswahl 1982 nominiert.

Der neue Landtagswahlkreis Seesen umfaßt die Städte Langelsheim, Seesen und Samtgemeinden Lutter und Oberharz.

Die CDU in Seesen hatte sich schon früher für Werner Grüb Meyer „stark“ gemacht.

Grüb Meyer gilt in Unionskreisen als „Kämpfer mit großem Sachverstand“. Ihm war es nicht nur gelungen, bei den Ratswahlen in St. Andreasberg eine schon traditionelle SPD-Mehrheit zu brechen, sondern auch seinen bisherigen Wahlkreis, der inzwischen auch einen anderen Zuschnitt erhielt, zu erobern.

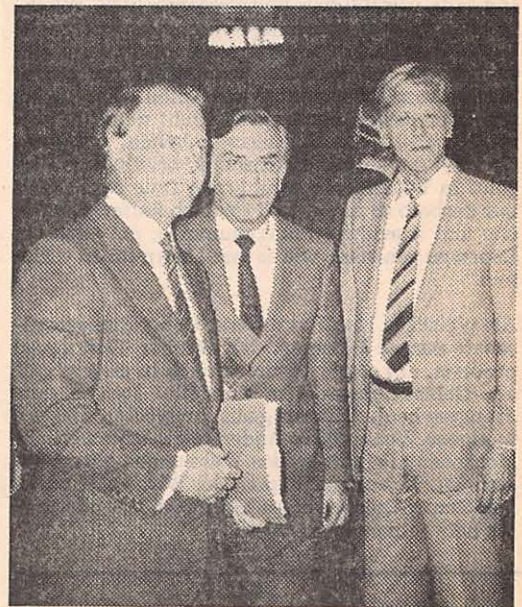
So stellte sich Grüb Meyer dem Wahlkreis

Seesen denn auch unter der Voraussetzung zur Verfügung, daß alle beteiligten Stadt-, Samtgemeinde- und Ortsverbände mit dem Ziel antreten, den neuen Wahlkreis, der nach den bisherigen Ergebnissen eine SPD-Mehrheit haben würde, für die CDU zu gewinnen.

„Wir wollen uns nicht darauf verlassen, daß dieser Wahlkreis auf der Landesliste abgesichert werden soll“, erklärte Grüb Meyer, „wir wollen dafür kämpfen, diesen Wahlkreis direkt zu erobern.“

Die Delegierten-Konferenz, die im Seesener Hotel „Wilhelmsbad“ tagte, schloß sich der Auffassung des Bewerbers voll an und nominierte Werner Grüb Meyer in geheimer Abstimmung einstimmig zu ihrem Kandidaten. Die Landtagswahlen sollen im Mai des nächsten Jahres stattfinden, und der Kandidat verspricht, sofort seine Arbeit aufzunehmen. Schon am kommenden Sonntag wird Werner Grüb Meyer zu einem Frühschoppen-Gespräch nach Seesen kommen.

Die Lupe
Nr. 4 / August
1981



Niedersachsens Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht bei seiner letzten Harzreise. Unser Bild zeigt ihn zusammen mit dem Goslarer Ratsherrn und Kreistagsabgeordneten, Wolfgang Berger (CDU, rechts) und dem Oberharzer Landtagsabgeordneten Werner Grüb Meyer (CDU, Mitte).

1971-2-21

London Sp.

Geoffrey Taylor and Michael...
London...
1971-2-21



Mr. T

Geoffrey Taylor

Dr. Erd. Maurer
London

P r e s s e - I n f o r m a t i o n

C D U - Frührschoppen
mit MdL Grübmejer

Seesen(ho) Die Seesener Union erwartet zu ihrem morgigen CDU-Führschoppen um 11 Uhr im "Schützenhaus", zu dem herzlich eingeladen wird, einen interessanten Gast. Der am letzten Sonnabend einstimmig nominierte Landtagskandidat der CDU für den Landtagswahlkreis Seesen, Werner Grübmejer, hat sein Erscheinen zugesagt. Grübmejer ist schon seit einer Legislaturperiode Landtagsabgeordneter und kandidiert jetzt nach dem Neuzuschnitt der Wahlkreise für den Landtagswahlkreis Seesen mit Langelsheim, Lutter und Clausthal-Zellerfeld.

Werner Grübmejer ist zugleich Bürgermeister von St. Andreasberg. In einem kurzen Referat wird Grübmejer daher zu den bevorstehenden Kommunalwahlen sprechen, und zwar unter dem Thema "9 Jahre SPD/FDP-Mehrheit im Seesener Rathaus sind genug !"

Ich danke Ihnen für eine Veröffentlichung im Lokalteil Ihrer Zeitung. Gleichzeitig wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn ein Herr der Redaktion zugegen wäre. Grübmejer als neuer Landtagskandidat der CDU für den hiesigen Wahlkreis würde auch zu Ihren Fragen gern Rede und Antwort stehen.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Werner Ohlsen

Seesener Beobachter 15. 6. 81 :

CDU nominierte einstimmig Grübmejer zum CDU-Landtagskandidaten

Seesen. (ho) Seit Sonnabend hat Seesen einen CDU-Landtagskandidaten. Auf einer Delegierten-Konferenz unter der Leitung des CDU-Kreisvorsitzenden Dr. Rudolf Sprung (MdB) wurde der Landtagsabgeordnete Werner Grübmejer einstimmig zum CDU-Kandidaten für den neugeschnittenen Landtagswahlkreis Seesen nominiert.

Der neue Landtagswahlkreis Seesen umfaßt die Städte und Gemeinden Seesen, Langelsheim, Lutter und die Samtgemeinde Oberharz mit Clausthal-Zellerfeld. Die Seesener Union hatte sich - wie berichtet - schon von vornherein für den St. Andreasberger Bürgermeister und Landtagsabgeordneten

Werner Grübmejer »stark« gemacht. Grübmejer gilt in Unionskreisen als »Kämpfer mit großem Sachverstand«. Ihm war es nicht nur gelungen, bei den Ratswahlen in St. Andreasberg eine schon traditionelle SPD-Mehrheit zu brechen, sondern auch seinen bisherigen Wahlkreis, der inzwischen auch einen anderen Zuschnitt erhielt, zu erobern. So stellte sich Grübmejer dem Wahlkreis Seesen denn auch unter der Voraussetzung zur Verfügung, daß alle beteiligten Stadt- und Gemeindeverbände mit dem Ziel antreten, den neuen Wahlkreis, der nach den bisherigen Ergebnissen eine SPD-Mehrheit haben würde, für die CDU zu gewinnen. »Wir wollen uns nicht dar-

auf verlassen, daß dieser Wahlkreis auf der Landesliste abgesichert werden soll«, erklärte Grübmejer, »wir wollen dafür kämpfen, diesen Wahlkreis direkt zu erobern!«

Die Delegierten-Konferenz, die im Seesener Hotel »Wilhelmsbad« tagte, schloß sich der Auffassung des Bewerbers voll an und nominierte Werner Grübmejer in geheimer Abstimmung einstimmig zu ihrem Kandidaten. Die Landtagswahlen sollen im Mai des nächsten Jahres stattfinden, und der Kandidat versprach, sofort seine Arbeit aufzunehmen. Schon am kommenden Sonntag wird Grübmejer zu einem Frühschoppen-Gespräch nach Seesen kommen.

Herrn Landtagsabgeordneten
Werner Grübmeier
Quellenweg 9

3424 St. Andreasberg

WAHLKREIS 15 - SEESEN -

Lieber Werner,

nachdem einige Wochen vergangen sind, und wir ein wenig Abstand von den Nominierungskonferenzen am 12./13. Juni 1981 gefunden haben, möchte ich Dir nachstehende Zeilen schreiben :

Mir war es außerordentlich unangenehm mit einem Kollegen um die Nominierung in einem Wahlkreis zu streiten. Nicht, weil ich solch einen Wettstreit scheue, sondern weil dadurch oft - ob gewollt oder nicht - Wunden geschlagen werden. Und darum geht es mir !

In Anbetracht dessen, daß wir in ca. 10 Monaten die Landtagswahl zu bestreiten haben, sollten wir möglichst umgehend versuchen, entstandene Enttäuschungen bei unseren Freunden abzubauen. Wir sollten uns schnellstens verständigen, wie ich Dir und Du mir im jeweiligen Wahlkreis helfen kannst, damit die kommende L.-Wahl erfolgreich bestritten werden kann. Durch meine politische aber auch berufliche Arbeit kenn' ich mich im Bereich Seesen, Lutter, Langelsheim gut aus und könnte Dir für die Wahlvorbereitungen sicherlich wertvolle Hilfen vermitteln, die ich Dir hiermit anbiete. Ich weiß nicht, inwieweit Du schon das letzte Landtagswahlergebnis im Bereich Deines neuen Wahlkreises analysiert hast. Fest steht, daß bei engagiertem Einsatz der Partei Dein Wahlkreis nicht hoffnungslos ist. Hierfür sind 550 Stimmen zusätzlich erforderlich.

Auf der Basis der Landtagswahlergebnisse 1978 errechnet sich die Differenz im Wahlkreis 15 (Seesen) wie folgt :

| | |
|-------------------------|----------------|
| Wahlberechtigte : | 45.568 |
| abgegebene gültige St.: | 36.555 |
| SPD : | 17.418 (47,6%) |
| CDU : | 16.321 (44,6%) |
| FDP : | 1.540 (4,2%) |
| Sonstige : | 1.276 (3,6%) |

Die Differenz zwischen SPD und CDU (17.418 - 16.321) beträgt danach 1.097 Stimmen. Um diese Mehrheit zu brechen, sind danach rd. 550 Stimmen zusätzlich erforderlich.

Ich meine, daß dieses mit der erforderlichen Unterstützung der einzelnen Ortsverbände möglich sein muß.

Ich hoffe von Dir bald zu hören und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Dein





NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG
Abgeordneter

3 HANNOVER, den
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
Postfach 4407
Fernruf (05 11) 1 93 01

4. Juli 1981

Fremdenverkehrsexperten der CDU-Fraktion vor Ort!

In einem Gespräch zwischen der Arbeitsgemeinschaft Harz des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA) mit dem Vorsitzenden des Arbeitskreises Fremdenverkehr, August Kneemeyer, und anderen Mitgliedern der CDU-Landtagsfraktion wurden Probleme des Harzer Fremdenverkehrs besprochen.

Dieses Gespräch erfolgte durch Vermittlung des hiesigen Landtagsabgeordneten und Bürgermeisters W. Grüb Meyer und fand im Hotel „Tannhäuser“ in erfreulicher Offenheit und Aufgeschlossenheit für die besonderen Probleme des Harzes statt.

August Kneemeyer erklärte, daß viele Fremdenverkehrsgemeinden in Niedersachsen „voller Neid“ auf die gewachsene Fremdenverkehrsregion Harz und ihre überdurchschnittlich gelungene Darstellung in der Öffentlichkeit schauten.

Einig waren sich die Vertreter des DEHOGA

und der CDU-Landtagsfraktion darin, daß der Harzer Fremdenverkehr von der Organisation eines einheitlichen Harzer Verkehrsverbundes, einer allgemeinen Anerkennung der Kurgäste in allen Harzer Fremdenverkehrsgemeinden sowie einem individuelleren, regionsspezifischen, gastronomischen Angebot und einem wettbewerbsfähigen Preisniveau profitieren könnten.

Die CDU-Vertreter beurteilten anschließend die Zukunftschancen des Harzer Fremdenverkehrs angesichts des überzeugenden Angebotes und der beispielhaften Anstrengungen des gesamten Gewerbes ausgesprochen optimistisch.

W. Grüb Meyer: „Es erfüllt uns mit Zufriedenheit, daß unsere Leistungen im Fremdenverkehrsbereich in Urteilen der Experten diese Anerkennung finden. Dies ist uns Ansporn zu weiteren gemeinsamen Bemühungen aller am Fremdenverkehr beteiligten Kreise aus allen Bevölkerungsschichten.“



Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Harz im DEHOGA und Mitglieder der CDU Landtagsfraktion sprachen über Probleme des Harzer Fremdenverkehrs. Foto: Privat

„... denn wo ist wohl ein Ort, der sich an der Schönheit der Lage mit unserer Stadt messen könnte!“

Als sich der „Zufluß an Fremden“ in den Höhenkurort St. Andreasberg von 2 500 Sommerfrischlern im Jahr 1891 auf 5 500 im Jahr 1898 steigerte, sah sich die damalige Kurkommission, vertreten durch die Herren Bürgermeister Pasie, Senator Bergmann, Dr. med. Jacubasch und Fabrikant Kruse veranlaßt, einen Führer durch die Bergstadt zu entwerfen, weil damit zu rechnen war, daß noch mehr „Fremde“ sie aufsuchen würden, „denn wo ist wohl ein Ort, der sich an Schönheit der Lage mit unserer Stadt messen könnte!“ — Es dürfte auch heute — ein langes Menschenalter später — für viele Andreasberger recht reizvoll sein, sich einem Fremdenführer von anno dazumal anzuschließen und ihm auf dem Gang durch die Stadt zu folgen. Hören wir ihm also aufmerksam zu:

Meine sehr verehrten Herrschaften!

Ich begrüße Sie mit einem herzlichen Glückauf in unserer beliebten Sommerfrische. Willkommen auf unseren Höhen, willkommen in unserer Stadt! Schön ist's bei uns hier oben und gesund für Leib und Seele. Wer Bilder sehen will, die unser Herrgott mit eigener Hand gemalt hat, nämlich Berge und Täler, Wälder und Schluchten, wer Freude hat an dem Konzert, das Tannenrauschen, Waldbachmurmeln und Finkenschlag miteinander veranstalten, wer einmal in reinem Himmelsblau baden will, der ist am rechten Ort.

Damit Sie sich aber auch in unserer weitläufigen Bergstadt zurechtfinden, möchte ich Sie nun einmal durch sie hindurchführen. Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit.

Wir befinden uns hier auf der von Braunlage kommenden Chaussee, beachten Sie bitte den schönen Fernblick, rechter Hand die Königliche Oberförsterei und zur Linken ein weiteres Forstamt. Folgen Sie mir bitte weiter zur Hauptstraße, die Der Schützenhof genannt wird und werfen Sie einen Blick hinüber zum Hotel Tannhäuser auf dem höchsten und schönsten

1. Ranges, mit altdeutscher Trinkstube und modernem Billardsalon, mit eigenem Omnibus am Bahnhof, ein- und zweispännigen Equipagen für Spazierfahrten und einer Handlung mit saisongemäßen Delikatessen gleich nebenan.

Die Gasse hinter dem Hotel führt zur Schulstraße und dem Stadtpark mit dem Restaurant des Herrn Woge, in dessen Garten oder Gartensaal täglich die Kurkapelle unter der Stabführung des Direktors Tiepelmann konzertiert. Wer von Ihnen, meine Damen und Herren, ein Erinnerungsfoto mit nach Hause nehmen möchte, kann das in dem ebenfalls im Garten befindlichen photographischen Atelier des Herrn Petz besorgen lassen.

Wenn Sie sich nun gefälligst umwenden wollen, bemerken Sie drüben die abwärts verlaufende Danielstraße, über die Sie auch das Haus des Stabsarztes a. D. Dr. Jacubasch erreichen können, das leicht an seinem dichten Bewuchs mit wildem Wein (Haus Werger) zu erkennen ist. In seinem Badehaus verabfolgt er auch russische, Fichtennadel- und medizinische Bäder, warme und kalte Duschen, dazu unterhält er ein pneumatisches Kabinett mit Dampftrieb.

Lassen Sie uns über die Straßen zum Amtsgarten hinübergehen, damit Sie das gewaltige Amtshaus besser betrachten können. Es enthält die Comptoirräume der Grubenverwaltung und die Wohnung des Herrn Bergassessors Eh-ring. Versäumen Sie bitte nicht, einen Blick hinter die unteren Fenster zu werfen, Sie werden dann die sehenswerten Steinpyramiden erblicken, die aus den hier gewonnenen Gesteinsarten zusammengestellt wurden.

Folgen Sie mir nun hundert Schritte weiter bis zur Anzweigung der steilsten Straße Andreasbergs, der Herrenstraße, die in jähem Fall dem Markt zustrebt. Das hochragende graue Gebäude links unten (Dr. Völz) beherbergt die Wohnung des Dr. Ladendorf, Sprechstunden morgens von 7 bis 10, nachmittags von 2 bis 3 Uhr, am Sonntagnachmittag keine Sprechstunde.

Waldhaus, Waldhaus mit Restauration und Kegelbahn, einer Waschblaufabrik und der Silberhütte vorbei zum Bahnhof.

Gleich hinter der Post biegt die Silberstraße rechts ab. In ihrem größten Gebäude (Wernerhaus) ist die Höhere Töchterschule untergebracht, Leitung Pastor Hinkel, weiter abwärts erkennen Sie den Schwalbenherd und ganz hinten auf dem Galgenberg die Gastwirtschaft zur schönen Aussicht des Herrn Pape, von der sie die unten im Tal einlaufenden Züge, im Sommer täglich 12, bequem beobachten können.

Ich aber möchte nun mit Ihnen die steile Breite Straße hinuntersteigen, gehen Sie bitte vorsichtig, damit Sie nicht ausrutschen, die Herren fassen die Damen am besten unter. Links das große Gebäude ist das städtische Brauhaus, ihm gegenüber steht das Amtsgericht. Gleich sind wir nun auf dem Marktplatz, dem Zentrum der Stadt. Seine gesamte Ostseite wird von dem Rathaus eingenommen mit den Amtsräumen des Herrn Bürgermeisters und der Senatoren Bergmann und Rosenbusch. Es beherbergt auch das Etablissement des Hoteliers Braune, das zugleich Vereinshotel des deutschen Offizier- und medizinischen Vereins ist.

An der Südseite befindet sich u. a. die Bergapotheke des Herrn Höffmann-Pinther, verbunden mit einer Mineralwasser-Anstalt und Fichtennadel-Präparaten als Spezialität. Beachten Sie bitte auch die große Zahl von Geschäften, das bereits 1795 gegründete von Herrn Mügge. Kon-

fektions- und Modewaren, Regen-, Sonnen- und Touristenschirme, Niederlage der Stollwerk-Schokoladen, das Manufakturwarengeschäft Louis Umlandt mit elegantesten und modernsten Saison-Artikeln, Photographien und Postkarten von St. Andreasberg und die Kurz-, Woll- und Weißwarenhandlung Alfred Umlandt Nachfolger Bruno Schlösser, mit Patent-Gesundheits-Korsetts, Schlipsen und Krawatten und der Annahmestelle der Schönfärberei von A & G. Dreyer in Hannover. Herr Adolf Bähr hält Material- und Kolonialwaren feil und selbstgekochten Himbeersaft, der Fleischer Hopstock gutgewürzte Würste und der Konditor Rosenberger Windbeutel und Mohrenköpfe.

Ich könnte Sie noch weiterführen, die Mühlenstraße abwärts, vorbei an Bäckerhügel, Ziegenhügel, einer Möbelfabrik bis zur großen Teichmüllerschen Weberei, in der Nessel und kariertes und gestreiftes Baumwollstoff fabriziert werden. Ich könnte Ihnen auf der anderen Seite der Straße noch eine Försterei zeigen, die Köhlersche Kistenfabrik, die Fabrik von Kruse & Ernst und im Sperrluttal das größte Privat-Etablissement der Stadt, die Holzstoff- und Kistenfabrik von Vogt & Werner (Eckold).

Weil ich aber längst bemerkt habe, daß Ihre Füße von den nicht gangebenen Wegen müde geworden sind und Ihr Magen von der frischen Bergluft hungrig, will ich meine Führung hier beenden. Damit Sie wieder frisch werden und weil gerade Mittagszeit ist, schlage ich vor, im Hotel Rathaus einzukehren. Sollten Sie mich zur Teilnahme auffordern, würde ich das aus Gründen der Höflichkeit nicht abschlagen. Die Preise bei Braune sind sehr zivil, Einbecker Exportbier 20 Pfennige das halbe Liter, Braunschweiger Lagerbier nur 8 Pfennige das Viertel, Lagerbier der hiesigen Brauerei nur 7 Pfennige, Mittagstisch ab 2 Mark, für Dienstboten 75 Pfennige.

Punkt der Stadt gelegen, mit Garten und Veranda, Ausgangspunkt für Wanderungen zum Rehberger Graben und zum Sonnenberg.

Sie bemerken links vor uns bereits das Schützenhaus der Gebrüder Schunke, ein Haus 1. Ranges, größtes Hotel am Platze mit 50 komfortabel eingerichteten Zimmern, alle gut heizbar (on parle francais, english spoken), gleich dahinter die Villa mit der Privatwohnung unseres Herrn Bürgermeisters.

Folgen Sie mir bitte weiter bis zum Feuerwehrhaus vor dem Friedhof, an dem — wie sie sehen — die Schulstraße abzweigt, die zum Kirchplatz führt, zu den Pfarrhäusern und der Knabenschule. Die Hauptstraße heißt von hier an Der Schlagbaum, in dem Eckhaus zur Linken, dem Herrn Senator Bergmann gehörig, ist das Auskunftsbüro des Harzklubs untergebracht, das Ihnen für diesbezügliche Fragen zur Verfügung steht. Wenn Sie rechts hinüberschauen, sehen Sie ein Stückchen weiter eine schmale Seitengasse, die Sie an der Turnhalle des Männerturnvereins vorbei, zu den Anlagen der Promenade führt, an denen sich auch die Wohnung des Herrn Stabsarztes a. D. Dr. Hartung (Haus Westrum) befindet.

Wir folgen indessen der Hauptstraße und kommen auf den Platz, auf dem der Wochenmarkt abgehalten wird und die Hinterstraße abzweigt. Übrigens wechselt die Hauptstraße hier noch einmal ihren Namen und heißt nun Goslarsche Straße. Sie hat uns inzwischen zum Hotel Bergmann gebracht, auch ein Hotel

Der Rasier- und Haarschneidesalon auf der rechten Seite gehört dem Herrn August Halbroth, der Ihnen mit seinem Kollegen Wodtke am Markt für Hilfeleistungen auf dem Gebiet der niederen Chirurgie zur Verfügung steht.

Die kurze Straße hinter Ihrem Rücken bringt Sie zum Kirchplatz mit den Wohnungen der beiden Geistlichen, Pastor prim. Ebeling und Pastor Mülhan. Der Herr Aedituus Linde wohnt in der Danielstraße, der Organist Nolte in der Brauhausstraße und der Kantor Lindemann in der Schulstraße. Hauptgottesdienst an jedem Sonn- und Feiertag um 10 Uhr nachmittags 1 Uhr Kinderlehre.

Wenn Sie mir nochmals hundert Schritte folgen wollen, wird Ihnen das imposante Kriegerdenkmal ins Auge springen, die gewaltige Germania mit dem gen Westen ragenden Schwert und dahinter das Kaiserliche Postamt, Vorsteher der Herr Postmeister Klissing, der Postschalter ist geöffnet von 7 Uhr früh bis 1 Uhr mittags und 2 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends, der Briefkasten am Posthaus wird 15 Minuten vor Abgang jeder Post geleert.

Links hinauf führt Sie die kurze Straße zum Hotel Busch, Inhaber Herr Eickhoff, Hotel und Pension 1. Ranges mit schönstem Garten und größtem Saal am Platze, Table h'ote 1 Uhr, à la carte zu jeder Tageszeit. Geradeaus geht die Straße weiter zum Säumarkt und zum Glockenberg, in dem der Kapellmeister Tiepelmann eine Schankwirtschaft betreibt. Nach links biegt die Chaussee nach dem Wäschegrund ab, an Ze-

Ein Politiker, der kämpfen kann

Wenn von Bürgermeistern die Rede ist, dann denkt alle Welt zunächst an die Oberbürgermeister der großen Städte. Rommel und Wallmann etwa, die sind bekannt. Jochen Vogel war es, als er noch München regierte. In Niedersachsen im besonderen dürfte dies noch für den hannoverschen Oberbürgermeister Schmalstieg gelten. Daß jedoch auch in kleinen und kleineren Städten und Gemeinden Bürgermeister genauso gute und genauso wichtige Arbeit leisten, das zeigt unser Porträt von Werner Grübmeier.

St. Andreasberg ist eine kleine Stadt. Sie hat nur – wer hätte das bei dem Ruf und dem Namen der Stadt erwartet? – 3000 Einwohner; kann freilich als Fremdenverkehrsgemeinde auf 550 000 Übernachtungen im Jahr hinweisen; was zeigt, wie bekannt St. Andreasberg über die Grenzen des Harzes hinaus ist. Bürgermeister dieser alten Stadt, die ihre Gründung auf den Silbererzbergbau zurückführt, ist Werner Grübmeier. Er ist es seit 1961, und er will bei den Kommunalwahlen am 27. September noch einmal für dieses Amt kandidieren. Freilich, so betont er im Gespräch mit aller Entschiedenheit und Überzeugung, zum letzten Mal.

Grübmeier hat, so erzählt er, vorgesorgt. Jüngere Kräfte wurden in St. Andreasberg systematisch an die Kommunalpolitik herangeführt. Sie bekommen, sagte er, Themen gestellt, die sie in Partei und Fraktion diskutieren müssen. Sie sollen Niederlagen erfahren, um sicherer zu werden, und mit Schwerpunktthemen umgehen lernen. Ziel ist, in der kommenden Legislaturperiode zwei bis drei jüngere Fraktionsmitglieder auf das Amt eines Bürgermeisterkandidaten vorzubereiten. Grübmeier läßt durchblicken, daß das in einer Stadt wie St. Andreasberg gar nicht so leicht ist, denn jüngere Bürger ziehen oft weg.

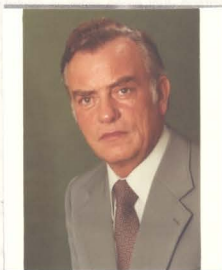
Der Bevölkerungsschwund ist ein ständiges Menetekel der Stadt. So ist es denn auch eines der Hauptziele von Grübmeier, diesem Bevölkerungsschwund entgegenzuwirken, attraktive Arbeitsplätze zu schaffen. Bislang hat die Stadt nur wenige Möglichkeiten, aufstrebende Bürger zu halten. Grübmeier würde dem Bevölkerungsschwund z. B. gerne dadurch entgegenwirken, daß kinderreiche Spätaussiedlerfamilien angesiedelt werden. Darum bemüht er sich, vor allem braucht er da die Hilfe der Landesregierung. Freilich, das bekräftigt er sofort, geht es auch nicht ohne die Privatinitiative, die weiter forciert werden muß.

Grübmeier, Jahrgang 1926, ist kein geborener Harzer. Er stammt aus Wesermünde, ist allerdings aus Überzeugung nach St. Andreasberg gekommen, dessen Qualitäten und gute Luft er sehr deutlich und glaubhaft zu machen weiß.

Zu 80 Prozent schwerbeschädigt aus dem Kriege zurückgekommen, ist er ausgebildeter Päd-

agoge, war Schulrat, Schulleiter, aktiv im Behindertensport und im Reichsbund. Zur Kommunalpolitik kam er durch eigenes und anderer Leute Mißvergnügen an der Kommunalpolitik, wie sie in St. Andreasberg praktiziert wurde. Er kniete sich hinein unter dem Motto, es habe keinen Sinn, sich über bestimmte Unzulänglichkeiten zu ärgern; wurde aktiv, hatte mit seiner Gruppe Erfolg und wurde gleich auf Anhieb Bürgermeister. Daß er es heute immer noch ist, zeigt, daß die damalige Entscheidung richtig war und daß auch die Bürger über ihren Bürgermeister offenbar ähnlich denken.

Grübmeier blieb allerdings nicht nur bei der Kommunalpolitik. Er suchte die Ergänzung als Landespolitiker, strebte in den Landtag nach Hannover. Dieser Weg, meint er, war eigentlich



nicht programmiert. Es ergab sich, als der spätere SPD-Ministerpräsident Kubel sein Tätigkeitsfeld von Springe in den Harz verlagert habe. Da hieß Grübmeier (Bild) dagegen, bewarb sich um die Kandidatur im Wahlkreis von Kubel, setzte sich durch, wurde für die CDU aufgestellt, verlor gegen den übermächtigen Gegner, knöpfte ihm dennoch gut fünf Prozent ab. Das war 1970. 1974 trat Grübmeier wieder an, ohne auf der Landesliste abgesichert zu sein. Er scheiterte erneut. Erst beim dritten Versuch, 1978 – Grübmeier sagt lächelnd, hätte es nicht geklappt, wäre es der Bevölkerung wegen der letzte Anlauf gewesen –, kam er auf 47 Prozent und errang den Wahlkreis direkt.

Was will der Kommunalpolitiker Grübmeier in der Landespolitik? Seine Zielrichtung habe sich geändert, meint er. Er habe sehr viel lernen

müssen. Seine Anfangsvorstellung, er könne „als eine Art Edelmetalleure“ in die Landespolitik eintreten, um für eine vernachlässigte Region etwas zu bewegen, Mittler zu sein zwischen der Politik in Hannover und dem Geschehen vor Ort, habe er korrigieren müssen. Ein Amateur, das habe er sehr schnell begriffen, könne nichts bewegen. Er habe sich deshalb sehr intensiv eingearbeitet, Archiv- und Aktenstudien betrieben – zwei Jahre lang, und nach einigen Übergangsschwierigkeiten die Arbeit in Hannover als „einen neuen Beruf“ begriffen, eine zweifache Aufgabe: einerseits Abgeordneter des Landes, andererseits „Rückkoppler“ zwischen der Politik im Lande zu der im Ort – „hin- und rückwärts“. Er habe mit seiner Einstellung gute Erfahrungen gemacht, weiß Grübmeier, und betont, daß die parallele kommunalpolitische Arbeit „fast eine notwendige Ergänzung“ sei für die Arbeit in Hannover. Eine rundherum positive Sache, auch wenn er Lehrgeld habe zahlen müssen und Negativergebnisse gehabt habe. Bereuen tut er nichts.

Grübmeier hat sich neben der allgemeinen Arbeit noch dem besonderen Feld der Medienpolitik gewidmet und sich intensiv, auch praktisch, in dieses weite Feld eingearbeitet. Dazu kam er von einem kommunalpolitischen Ansatz. Ihn ärgerte, daß die Region Harz insgesamt in der Medienberichterstattung zu kurz kam – im NDR vor allem –, und daß die Empfangsqualität miserabel war. Aus einem Hobby, sagt er, sei nun viel mehr geworden. Er wolle sich bemühen, das Schlagwort Regionalisierung mit Leben zu erfüllen, er wolle drängen, mahnen, fordern, auch die Fraktion ansprechen, weil es zwingend notwendig sei, sich etwa über die elektronischen Medien Gedanken zu machen. Auch das bezieht Grübmeier wieder sehr intensiv auf seine Stadt. In der nächsten Ratsitzung wird ein Antrag eingebracht werden, der auf die Verkabellung der Stadt abzielt, was nach Grübmeiers Auffassung „ein Stück Chancengerechtigkeit“ bedeutet für eine Gemeinde an der Peripherie des Landes. Denn das grämt ihn immer noch: „Ich habe den Eindruck, daß eine Umsetzung der angestrebten Ziele der Regionalisierung des NDR nicht mal in den Anfängen erfolgreich gewesen ist.“ Der Kommunal- und Landespolitiker Grübmeier ist unbeteiligt, auch wenn er bisweilen an mehreren Fronten kämpfen muß.

Volker Benke

Neumarkt i. d. Opf. (30 000 Einwohner), 425 Meter Meereshöhe, im Herzen Bayerns an der Autobahn Nürnberg–Regensburg (Ausfahrt 3 km), Hauptbahnlinie Nürnberg–Regensburg–Passau (D- und Elzugastr.) und den Bundesstraßen 8 und 299, Kreisstadt des gleichnamigen Juralandkreises zwischen Nürnberg und Regensburg, 1160 urkundlich erstmals erwähnt, bis 1331 freie Reichsstadt, von 1410 bis 1543 Pfalzgrafenstadt. Guterhaltenes, neu restauriertes Schloß am Hofplan, 550jährige spätgotische Stadtpfarrkirche St. Johannes, historische Hofkirche mit Tumba des Pfalzgrafen Otto II., des letzten der Mosbacher Linie des Hauses Wittelsbach. In über 580 Meter Meereshöhe Burgruine Wolfstein, gegenüber der Mariahilfberg mit historischer, neu restaurierter Wallfahrtskirche.

CDU-Mannschaft für die Wahl zum St. Andreasberger „Stadtparlament“ nominiert

CDU-Stadtverband bewies Einigkeit und Geschlossenheit

„Trotz der Urlaubszeit ein volles Haus“, so begrüßte der Vorsitzende des hiesigen CDU-Stadtverbandes, Werner Grübmer, seine Mitglieder. In einem wie immer informativen und engagiert vorgetragenen Referat hielt der Bürgermeister Rückschau über die ablaufende Legislaturperiode. Dabei hob er auch die überwiegend sachliche Zusammenarbeit mit der SPD-Ratsfraktion hervor.

„In den meisten Bereichen wurde das Wohl der Bergstadt und seiner Bürger über parteipolitische Unterschiede hinweg in den Vordergrund gestellt“, betonte Bürgermeister Grübmer dabei. Nicht zuletzt, darüber waren sich alle einig, sind die Erfolge für die Bergstadt auf die Integrationskraft der Mehrheitsfraktion zurückzuführen. Dabei halfen vor allem auch die guten Verbindungen des Ratsvorsitzenden zu Landkreis sowie zu Bezirks- und Landesregierung.

Nach diesem Rückblick wurden die Kandidaten für die Kommunalwahl am 27. September vorgestellt (die Namenliste wird in einer unserer nächsten Ausgaben veröffentlicht. Die Red.)

Der Mitgliederversammlung wurde noch einmal das Verfahren zur Findung und Nominie-

rung der Kandidaten erläutert. Den satzungsgemäßen Auftrag hatten die Mitglieder in der April-Sitzung festgelegt. Damals waren auch die sieben Delegierten gewählt und das Wahlverfahren bestimmt worden.

Aus diesem Grund hatten sich alle Kandidaten bereits in der vergangenen Woche zusammen gesetzt, um sich nach intensiver Diskussion mit alternativen Anregungen auf einen von der Mehrheit getragenen Vorschlag zu einigen.

„Das faire Miteinandergehen“, so stellte der Vorsitzende Werner Grübmer dankbar zusammenfassend fest, „ist deutlich Ausdruck unserer Solidargemeinschaft. Persönliche Wünsche und Auffassungen wurden dabei im Hinblick auf das zu erreichende Wahlziel der Gemeinschaft untergeordnet.“

Bereits einen Tag später befaßte sich das unabhängige Delegiertengremium mit den erarbeiteten Vorschlägen. In einer ausführlichen Beratung wurden weitere Aspekte eingebracht und intensiv erörtert. Schließlich konnte der diesem Gremium nicht angehörende Bürgermeister einen in geheimer Wahl einstimmig gefaßten Beschluß verlesen: Spitzenkandidat soll, wie bisher, Werner Grübmer sein. Als sein Vertreter in Rat und Partei wurde aufgrund seiner besonderen Verdienste in diesen Gremien Willi Ullrich auf Platz zwei gewählt.

Alle anderen Kandidaten, unabhängig, ob bereits im Rat vertreten oder erstmals kandidierend, wurden in alphabetischer Reihenfolge nominiert. Der Sprecher der Delegierten machte in diesem Zusammenhang deutlich, daß folgende Überlegungen zu dieser Entscheidung geführt haben:

1. Im Gegensatz zu früheren Wahlen ginge es diesmal um eine reine Persönlichkeitswahl.

2. Alle Bewerber seien ein gleichwertiges Angebot für den Wähler.

3. Den Wählern könne diesmal ein ausgesprochen qualifiziertes Angebot gemacht werden. Die Mischung aus jung und alt (drei Frauen!) repräsentiere fast alle Bevölkerungsschichten mit einer breiten Berufsfächerung. Erfahrene Ratsherren und weitere engagierte Bürger seien bereit, die Interessen der Mitbürger im Rat zu vertreten.

4. Die Kandidaten, das hätte der von ihnen selbst geäußerte Vorschlag ergeben, fühlten sich als geschlossene Mannschaft und wollten das den Mitbürgern auf diese Weise beweisen.

Die Mitgliederversammlung nahm diese Entscheidung nicht nur mit lebhaftem Beifall zur Kenntnis. Sie bestätigte das Verfahren und die Entscheidung mit nur einer Gegenstimme nach lebhafter Aussprache, also nahezu einstimmig.

Im letzten Teil des Abends wurden noch die Wahlvorbereitungen besprochen. In diesem Zusammenhang hoben mehrere Mitglieder hervor, daß aufgrund der Initiative des Bürgermeisters

die Darstellung der Bergstadt in Hörfunk und Fernsehen stärker zugenommen habe.

In seiner Erwiderung konnte Werner Grübmer darauf hinweisen, daß wahrscheinlich im September der Hörfunk eine Live-Sendung direkt aus Andreasberg auszustrahlen beabsichtige. Außerdem will die „Aktuelle Schaubude“ im Rahmen einer Außenübertragung in die Bergstadt kommen. Darüber hinaus habe er die Sendereihe „Abend für junge Hörer“ für Andreasberg interessieren können, die Vorbesprechungen seien für Anfang August festgesetzt.

Zum Abschluß kündigte Bürgermeister Grübmer den Besuch prominenter Politiker an. Am 20. August wird sich der Niedersächsische Wirtschaftsminister, Frau Birgit Breuel, im Rahmen einer Harzbereitung mit den dringenden Wirtschaftsfragen unserer Gemeinde persönlich vertraut machen.

Am 26. August kommt Walter Leisler Kiep, und am 13. September wird der stellvertretende Ministerpräsident Wilfried Hasselmann Gast des Harzklubs und der Bergstadt sein.

Die Versammlung dankte Werner Grübmer für seine unermüdete Initiative und seine Einsatzbereitschaft für Stadt und Einwohnerschaft. Mit einem herzlichen Glückauf und dem Versprechen, weiter für die Bergstadt wirken zu wollen, konnte die interessante und harmonisch verlaufene Veranstaltung beschlossen werden. Übrigens sollen Nachgespräche in gemüthlicher Runde bis weit nach Mitternacht fortgesetzt worden sein.

Wird St. Andreasberg vom Kabelfernsehen überrumpelt?

Zu dieser aktuellen Frage gibt der SPD-Ortsverein St. Andreasberg folgende Presseerklärung ab:

Ein nachträglich eingebrachter, zusätzlicher Tagesordnungspunkt bescherte dem Rat der Bergstadt St. Andreasberg zu seiner letzten öffentlichen Sitzung am 16. Juli (über welche die Presse leider nicht berichtet hat) einen „Antrag der CDU-Fraktion zur Verbesserung der Fernseh- und Rundfunkversorgung“.

Obwohl der Antrag vom 5. Juli datiert ist, wurde er für die Ratsmitglieder der SPD-Fraktion erst acht Tage später, am 13. Juli, freigegeben, und zunächst am folgenden Tag, dem 14. Juli, im Verwaltungsausschuß zur Beratung vorgelegt. Die beiden SPD-Beigeordneten die-

erwarten, daß die CDU ihren Antrag zunächst zurückziehen würde. Die CDU zog ihren Antrag nicht zurück.

Zwar bewog sie die Erklärungen der SPD-Sprecher (auch die FDP war mit der Vorgehensweise der CDU nicht einverstanden), die Sitzung für eine kurze Fraktionsberatung zu unterbrechen, entschied sich aber trotz allem für eine Kampfabstimmung, in der mit CDU-Mehrheit der Antrag angenommen wurde. Die SPD konnte wegen fehlender Information dem Antrag weder zustimmen, noch ihn ablehnen, sie enthält sich geschlossener der Stimme.

des Ausschusses erklärten sich abverstanden, zum Antrag Stellung zu nehmen, weil keine Gelegenheit gegeben war, sich umfassend zu informieren.

Erste Möglichkeiten, den Antrag zu diskutieren, hatten die SPD-Ratsherren dann in ihrer Fraktionsbesprechung am 15. Juli, d. h. 24 Stunden vor der entscheidenden Ratssitzung. Hier wurde allen sofort klar, daß zur Beurteilung des Antrags die Zeit nicht mehr ausreichen konnte, weil es sich nämlich nicht bloß um eine Verbesserung des Fernsehempfangs für einzelne, jetzt noch benachteiligte Bürger der Bergstadt handeln würde, sondern um die Einführung des Kabelfernsehens in ganz St. Andreasberg. Der CDU-Antrag enthält die Aufforderung an die Stadtverwaltung, ihrerseits bei der Bundespost die Verkabelung St. Andreasbergs Baubeginn Frühjahr 1982 (!), zu beantragen. Da dieses problemüberladene Vorhaben längerer, sorgfältiger Überlegungen bedarf, und zwar unter direkter Beteiligung aller Mitbürger (für jeden Anschluß ist immerhin mit einer Gebühr von 400 bis 500 DM zu rechnen), und nicht der geringste Grund für eine hektische Eilentscheidung zu erkennen war, konnte die SPD-Fraktion

Kostendämpfung

Auch das ist ein Stückchen Realität bei der Diskussion um Kostenexplosion und Kostendämpfung im Gesundheitswesen. Wenn ein Angestellter oder Arbeiter Sicherheitsbestimmungen im Betrieb grob-fahrlässig verletzt und dabei zu Schaden kommt, ist der Arbeitgeber von der Lohnfortzahlung frei. Aber die Krankenkasse muß zahlen, notiert die Barmer Ersatzkasse (BEK) in ihrer „barmer brücke“. So auch bei einem Fall, der jetzt vom Arbeitsgericht Bielefeld verhandelt wurde (4 Ca 1123/80): Ein Arbeiter hatte die betrieblich vorgeschriebenen und vom Betrieb gestellten Sicherheitshandschuhe nicht angezogen und sich prompt verletzt. Der Arbeitgeber verweigerte die Lohnfortzahlung. Das Arbeitsgericht Bielefeld gab ihm Recht, schreibt Dr. jur. Otto Gritschneider in der Barmer Zeitschrift. Nur, statt dessen mußte die Krankenkasse Krankengeld bezahlen. Die Pressestelle der kasse Krankengeld bezahlen: Ob Arbeit, Freizeit oder Sport, die Solidargemeinschaft Krankenkasse ist immer dran.

ND R

N O R D D E U T S C H E R R U N D F U N K
Gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts

Herrn
Werner Grübmeier MdL
Wiehbergstr. 18

FUNKHAUS HANNOVER

Der Direktor

3000 H a n n o v e r 81

17. 8. 1981

Lieber Herr Grübmeier,

hier die Kopie eines epd-Artikels, der sich auf die Ratschläge bezieht, die Frau Breuel den niedersächsischen Bürgermeistern gab, - wenn ich mich recht erinnere, auf Ihre Anfrage hin.

Eine Hörfunk-Sendung zum Thema "Die Wasserversorgung und der Harz" ist bei meinen Zeitfunk-Kollegen in Arbeit, d. h. sie wollen auf dieses Thema einsteigen.

Die anderen Tips hat Frau Nolte mir weitergegeben. Über das komplizierte Verfahren bei den bevorstehenden Kommunalwahlen werden wir selbstverständlich und wiederholt informieren.

Ich hoffe auf bald!

Herzlichen Gruß

Ihr



Kiep: Die Leistung muß sich wieder lohnen

CDU-Kreisverband Goslar eröffnet in St. Andreasberg „heiße Phase“ des Kommunalwahlkampfes

Für Walther Leisler Kiep ist die „sozial verpflichtete Leistungsgesellschaft“ ein Leitbild, dem wieder Geltung verschafft werden müsse. Leistung zu fördern, sei nicht inhuman, sagte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf einer sehr gut besuchten Kreismitgliederversammlung des CDU-Kreisverbandes Goslar im Kurhaus von St. Andreasberg. Die auf Hilfe angewiesenen Schwachen seien schlecht dran, wenn die Leistungsfähigen die Leistung verweigern. Auf die Weltlage übertragen stellte der CDU-Politiker die Frage: „Was würde aus der Dritten Welt werden, wenn die Industriestaaten auf Leistung verzichten und das Nullwachstum zur Regel machen würden?“.

Kiep versicherte, daß die Opposition in Bonn aus staatspolitischer Verantwortung die Sparmaßnahmen der Regierung soweit sie annehmbar seien, mittragen würde. Wenn das Sparziel nicht erreicht werde, werde die CDU/CSU eigene Vorschläge unterbreiten. Die Regierung müsse jetzt das Schäu fenster, das jahrelang in Verkennung der Möglichkeiten eingerichtet wurde, ausräumen. Generell sei ein Kurswechsel geboten. Die SPD befindet sich in einem „hoffnungslosen Richtungsstreit“. Die FDP mache immer mehr den Eindruck, als gehe es ihr nur noch um die Machterhaltung. Sie stelle sich zwar als die Partei hin, die die soziale Marktwirtschaft garantiere, doch müsse sie sich fragen lassen, weshalb sie sich in einer Koalition mit einer Partei befinde, die gegen diese Wirtschaftsordnung sei.

Als besonders dringlich bezeichnete es Kiep, daß die Bundesrepublik ihr infolge der Ölpreisexposition und hausgemachter Fehler verursachtes Leistungsbilanzdefizit abbaut und ihre Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnt. Dazu bedürfe es einer Wirtschaftspolitik, „die die Gewißheit gibt, daß zusätzliche Leistung belohnt wird“. Als weitere Notwendigkeiten nannte der Redner den Abbau bürokratischer Hemmnisse und staatlicher Aufgaben, den Abschied von „perfektionistischen Denken“ und die Durchforstung bestehender Gesetze und Verordnungen.



Während einer Pressekonferenz: Werner Grüb Meyer, Bürgermeister von St. Andreasberg, Dr. Rudolf Sprung (MdB) und Walter Leisler Kiep.

Auch müßten Einnahmen und Ausgaben des Staates allmählich wieder in Einklang gebracht werden. Unsere Misere in der Finanzpolitik sei entstanden, weil in den letzten zehn Jahren das Sozialprodukt um 120 Prozent, die Staatseinnahmen um 150 Prozent und die Staatsausgaben um 175 Prozent gesteigert worden seien. Noch gebe es keinen Anlaß, von Staatsbankrott und Währungsreform zu reden, aber beim Festhalten an dieser Fehlentwicklung könne es dazu kommen.

Kiep wies darauf hin, daß die CDU zur Durchsetzung eines Kurswechsels Mehrheiten brauche, auch in den Kommunen. Den Teilneh-

mern der Veranstaltung, mit der die CDU des Kreises Goslar die „heiße Phase“ des Kommunalwahlkampfes eröffnete, gab der Politiker drei „Regeln“ auf den Weg. Einmal müsse Abschied genommen werden vom Glauben, daß die junge Generation mit Hinweisen auf Leistungen in der Vergangenheit zu gewinnen sei; überzeugen würden nur die Aussagen über das Morgen. Zum zweiten müsse man den Mut haben, frühere Fehler einzugestehen, so zum Beispiel die von allen Parteien vertretene falsche bildungspolitische Parole, daß es ohne Abitur kein menschenwürdiges Dasein gebe; diesem Aufruf seien Tausende gefolgt, die jetzt anklagend fragen, wo denn das versprochene Paradies sei; man müsse erkennen, daß dem Meisterbrief dieselbe Geltung gebühre, wie einem akademischen Abschluß. Drittens sei den Politikern im Umgang mit den Bürgern ein Stil zu empfehlen, der zum Zuhören einlade. Der



politische Gegner dürfe nicht unrahmen werden; wo möglich, sollte die Gemeinsamkeit der deutschen Demokratie respektiert werden.
Einleitend und in Schlußworten wünschten der CDU-Kreisvorsitzende Dr. Rudolf Sprung (MdB) und der Bürgermeister von St. Andreasberg, Werner Grübmeier (MdL), dem Redner im Hinblick auf dessen Kandidatur für das Hamburger Bürgermeisteramt Erfolg. Vor der öffentlichen Veranstaltung hatte sich Kiep auf einer Pressekonferenz geäußert.
A.M.





GZ, 29. 8. 81

~~107~~

SPD legte ihr Wahlprogramm fest

Sozialdemokraten in St. Andreasberg gegen eine Fremdenverkehrsabgabe

Anlässlich ihrer Mitgliederversammlung konnte der SPD-Oortverein St. Andreasberg auch den Bundestagsabgeordneten und SPD-Unterbezirksvorsitzenden von Goslar-Gandersheim, Dr. Jürgen Linde, in ihrer Mitte begrüßen.

Sehr ausführlich referierte er zur wirtschaftlichen Lage: „Gegenüber anderen Staaten stehen wir noch gut da. Dies zu halten ist unsere Aufgabe. Doch wir brauchen Spielraum bei den öffentlichen Finanzen. So werden wir versuchen, den Ausgabenzuwachs zu beschränken. Wir Sozialdemokraten wollen nicht blindwütig sparen, sondern wir wollen beschäftigungspolitischen Spielraum gewinnen. Die FDP will an die 68 Prozent bei Arbeitslosengeld sowie an die Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall heran. Dies kommt für uns nicht infrage, denn dies ist sozialer Besitzstand.“ Jürgen Linde übernahm die Ehrung zur 25jährigen Mitgliedschaft von Gustav Schulze, der leider nicht anwesend sein konnte, und Gisela Neuse vor. Er erinnerte bei ihrer Ehrung auch an ihren Vater, Karl Neuse und gab seiner Freude Ausdruck, daß sie die Tradition ihres Vaters weiterführe.

Vor Überreichung der Urkunde an Gisela Neuse erinnerte er noch einmal an die wichtigsten Daten der Geschichte der SPD und äußerte abschließend, die Stärke dieser Partei sei immer die Solidarität gewesen.

SPD-Ortsvereinsvorsitzender Albert Kehr leitete den Punkt „Wahlkampf“ mit der Vorstellung des Wahlprogramms ein. Demnach werden sich die SPD-Kandidaten des Ortsvereins St. Andreasberg einsetzen für die ... „stete Weiterentwicklung und den Ausbau des Fremdenverkehrs in St. Andreasberg mit Blick auf die Grundbedürfnisse des Gastes und finanziellen Möglichkeiten der Bergstadt.“ Die SPD setze sich ... „für den Landschaftsschutz als wichtigen Beitrag zur Erhaltung unserer Umwelt sowie für ein starkes Engagement bei den übergeordneten Stellen für die Verbesserung und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrsnetzes ein. Ein entschei-

denes Nein zur Fremdenverkehrsabgabe gehöre ebenso für die Schaffung von Voraussetzungen, die der Erhaltung und dem Ausbau von Arbeitsplätzen innerhalb und außerhalb des Fremdenverkehrs dienen. Eine bürgernahe Politik zum besseren Erkennen von Problemen der verschiedenen Gruppen der Bevölkerung wurde als notwendig bezeichnet.“ Dieses Wahlprogramm wurde von den SPD-Mitgliedern einstimmig angenommen.

Nach den Zahlen aus dem Kassenbericht, die Rudolf Keck gab, könne der Wahlkampf in der vorliegenden Form, ausgearbeitet durch den SPD-Wahlkampfausschuß unter Vorsitz von Carlos Kerl, optimal geführt werden. So wird ein Wahlprospekt — inhaltlich mit der Vorstellung der SPD-Kandidaten — verteilt werden. Natürlich Plakate zur Vorstellung von Albert Kehr als SPD-Kreistagskandidaten. Informationsstände wird es auch wieder geben. Für einen Jugendstammtisch hat sich Dieter Büntge eingesetzt, welcher zum ersten Mal am Sonntag, 13. September, im Kurhaus veranstaltet werden soll. Hierzu wird als Gast der Bundestagsabgeordnete Dr. Jürgen Linde anwesend sein. Bereits am 5. September, 15 Uhr, veranstalten die Mitglieder des SPD-Ortsvereins ein großes Familienfest. Da das Harzer Wetter bekanntlich unberechenbar ist, wird dieses Familienfest gleich im Kurhaus stattfinden.

Der Präsident der Klosterkammer Hannover

Prof. Dr. A. Frhr. von Campenhausen

3000 Hannover 1, 14.09.81

Eichstraße 4

Ruf: (0511) 34 38 38

Herrn
Werner Grübmeier
Quellenweg 9

3424 St. Andreasberg

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, lieber Herr Grübmeier,
auf Ihr Schreiben vom 27. August teile ich Ihnen mit, daß ich der St. Andreas-
berger Blaskapelle eine Beihilfe in Höhe von DM 5.000,-- bewillige zur An-
schaffung einer Tuba.

Leider sind die Mittel des Jahres 1981 erschöpft. Deshalb kann die Beihilfe
erst im neuen Kalenderjahr ausgezahlt werden.

Ich stelle anheim, ob Sie den Kauf schon jetzt in die Wege leiten wollen.

Mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr

A. Campenhausen



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG
Abgeordneter

3 HANNOVER, den
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
Postfach 4407
Fernruf (05 11) 1 93 01



Bruno Schmidt im Kreise seiner Fraktionskollegen bei der Verleihung des Niedersächsischen Verdienstordens 1. Klasse durch Innenminister Dr. Egbert Möcklinghoff.

Herbst 1981

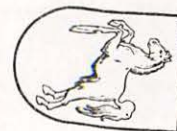












Der Deutsche Skiverband tagt in St. Andreasberg



St. Andreasbergs Gastgeber mit einem Teil des DSV-Präsidiums

ST. ANDREASBERG cher. — Zu seiner Herbsttagung traf sich der Hauptausschuß des Deutschen Skiverbandes am vergangenen Wochenende in St. Andreasberg. Der Vizepräsident des Verbandes Fritz Wagnerberger — der Präsident des Deutschen Skiverbandes, Landwirtschaftsminister Josef Ertel hatte aus Termingründen seine Teilnahme absagen müssen — leitete die Sitzung des Hauptausschusses, der sich aus dem Präsidium und den Fachwarten zusammensetzt.

Aus Anlaß dieses Ereignisses hatte die Bergstadt St. Andreasberg die Mitglieder des DSV-Hauptausschusses am Freitagabend zu einem kleinen Empfang in das Hotel Glockenberg eingeladen. Hier begrüßte Bürgermeister Werner Grübmeier die Spitze des Deutschen Skiverbandes und stellte fest, daß seit dem letzten Besuch dieses Gremiums in St. Andreasberg inzwischen genau 10 Jahre vergangen seien. Damals nämlich war der Deutsche Skiverband im Oberharz präsent, als der damalige Harzer Skiverband (heute Niedersächsische Skiverband) sein 75-jähriges Jubiläum in St. Andreasberg feierte.

Der Vorsitzende des Niedersächsischen Skiverbandes, St. Andreasbergs Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten, freute sich ebenfalls über den Besuch der DSV-Spitze und begrüßte zu diesem Empfang auch den Vorsitzenden des Kreissportbundes Goslar Rosenberg.

DSV-Vizepräsident Fritz Wagnerberger betonte, daß man gern in den Harz gekommen sei, zumal hier einiges an Skigeschichte zu bieten habe.



F.D.P.
Die Liberalen

Ortsverband St. Andreasberg

Diesen **Z** Aufrechten



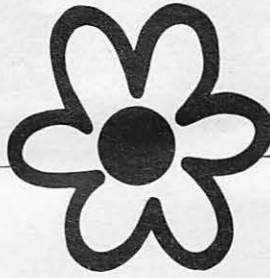
dürfen Sie vertrauen!

Mit Ihrer Unterstützung werden die **Z**
den 'neuen' Rat bürgernäher und weitsichtiger
machen. Die **Z** werden zu verhindern versuchen,

daß der leistungswillige Bürger für Fehler anderer

bezahlen muß. Deshalb: Mindestens **1** Stimme,
besser **2**, am besten alle **3** Stimmen für die **Z**!

Diesmal liberal...



WARUM?

WARUM?

DIE "7" LIBERALEN WOLLEN EINE VERNÜNFTIGE SACHPOLITIK MACHEN:

Die Bürokratie einschränken - so wenig Verwaltung wie nötig und so viel Privatinitiative wie möglich! -

die Verwaltung menschlicher, leistungsfähiger und durchschaubarer machen

die Verschuldung unserer Bergstadt abbauen

die verfügbaren Steuergelder sinnvoll nutzen und künftig nicht nur für Zinsen und Schuldentilgungen ausgeben

die Fremdenverkehrsabgabe als neue Steuer verhindern

den Fremdenverkehr, den Handel, das Handwerk und die Industrie wettbewerbsfähig halten

die Arbeitsplätze sicherer machen

sinnvolle Energiesparmaßnahmen zur Entlastung des Stadthaushaltes nutzen.

DIE "7" LIBERALEN SETZEN SICH EIN:

Für eine vernünftige Gestaltung und Pflege der Landschaft und eine Verbesserung der Wanderwege

für die Erhaltung und Verschönerung der Häuser unserer Stadt durch Blumen und Farbgestaltung

für die weitere Verbesserung des Ortsbildes

für die Einschränkung des Baues von Zweitwohnungen

für die Förderung des Erwerbs von Eigentum für Einheimische

für eine Verkehrsberuhigung im innerstädtischen Bereich

für weniger Salz im Winter auf den Straßen unserer Stadt

für eine Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs

für eine Jugendpolitik, die die Eigeninitiative und die Eigenverantwortung der Jugendlichen ermöglicht

für eine bessere Nutzung des Kurhauses und des Hallenbades

für mehr Gastlichkeit und Miteinander im Fremdenverkehr

für eine optimale Bürgermitwirkung und -mitverantwortung .

FÜR EINEN GUTEN KURS EMPFEHLEN SICH DIE "7" AUFRECHTEN

Ihre 3 Stimmen für unsere Kandidaten

setzt werden. Die Folgekosten wurden mit "nur ca. DM 50.000,-- jährlich" angegeben.

Geld spielt demnach in St. Andreasberg bei einem jährlichen Defizit von rund DM 1.500.000,-- überhaupt keine Rolle mehr. Auch DM 4.000,-- Pacht jährlich, für ein paar Benutzungsstunden des Tennisplatzes zu unattraktiven Zeiten, sind sicher nicht der Weisheit letzter Schluß, um auch den Tennissport für St. Andreasbergs Fremdenverkehr zu erschließen.



Durch die unmißverständlichen Argumente unseres Kreistagsabgeordneten, Hans Bahn, konnte zumindest die erste Fehlplanung am Knöchel verhindert werden. Die zweite und die dritte Planung lassen inzwischen geringfügige Verbesserungen erkennen. Unser Hallenbad wird nicht dadurch attraktiver, daß man DM 731.000,-- zusätzlich für weitere Umkleideräume, Duschen und Toiletten verwendet, obwohl schon die vorhandenen Einrichtungen nicht ausreichend genutzt werden. Ein Planschbecken, das Wind und Wetter ausgesetzt sein wird und maximal zwei Monate im Jahr genutzt werden kann, stellt somit die einzige Neuerung dar. Das ist nicht genug!

Wer aber ist bereit, für die Gesamtmaßnahme am Knöchel jährlich ca. DM 50.000,-- Folgelasten aufzubringen und damit gleichzeitig die Einführung der Fremdenverkehrsabgabe wahrscheinlich zu machen?

Man ließ uns in den vergangenen fünf Jahren in keinem Ausschuß mitberaten. Lediglich im Rat selbst konnte Herr Bahn, nachdem schon alles in den Ausschüssen abgesprochen war, zu den einzelnen Sachverhalten Stellung nehmen. In der Presse wurden die Argumente der F.D.P. gar nicht oder nur teilweise wiedergegeben.

die Folgekosten in Größenordnungen, die jeden Bürger nachdenklich stimmen müßten. Für das Hallenbad waren DM 85.000,-- jährliche Folgekosten veranschlagt. Inzwischen betragen diese mehr als DM 250.000,--. Unser F.D.P.-Ratsherr Bahn hatte rechtzeitig auf einen Betrag von etwa DM 200.000,-- hingewiesen, wofür er in der Zeitung nur Hohn und Spott erntete. Nicht viel anders war es mit dem Kurhaus. Warum übrigens wirkt hier mittlerweile bereits der dritte Pächter?

Mit der steigenden Verschuldung nahm der Druck von der kommunalen Aufsichtsbehörde zu. Der Rat mußte Ausgaben kürzen. Aber wo? Um ca. DM 100.000,-- einzusparen, wurde das Krankenhaus geschlossen. Das war ein Schock, vor allem für unsere älteren Bürger.

Um DM 15.000,-- bis DM 20.000,-- einzusparen, nahm man unseren Kindern das Freibad. Unsere Vorschläge zu Alternativen zum Erhalt dieser Einrichtungen wurden vom Rat mit 14 : 1 Stimmen in den Wind geschlagen.



Dafür entschloß man sich, eine weitere Einnahmequelle zu erschließen: Die Straßenreinigungsgebühr! Seitdem weiß der Bürger endlich, was ihm seine Straße vor dem Haus wert ist: Zur Zeit sind das DM 4,90 je Meter - bald gewiß aber noch einiges mehr! Während bei anderen Gemeinden durch die Abschaffung der Lohnsummensteuer die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe gestärkt - und damit etwas für die Erhaltung und für die Sicherung der Arbeitsplätze getan wurde - blieb unsere Stadt kreisweit bei den höchsten Gewerbe- und Grundsteuersätzen. Wer nun gedacht hatte, man würde dieses Geld zur Entschuldung unseres Ortes verwenden, sah sich getäuscht.

Das Knöchelprojekt mit dem Bau einer Skiservicestation, mit landschaftspflegerischen Maßnahmen, mit der Gestaltung der Außenflächen am Hallenbad und dem Bau eines DM 200.000,-- teuren, fantasielosen Kinderspielplatzes sollte durchge-

Im Dienste aller Bürger

Das wollen wir für unsere Stadt

Wir werden dafür sorgen, daß...

- * St. Andreasberg eine Sozialstation bekommt,
- * Bauplätze für St. Andreasberger Bürger bereitgestellt werden,
- * die kommunalen Einrichtungen weiter verbessert werden,
- * das Sport- und Kurzentrum ausgebaut wird,
- * die Entschuldung der Bergstadt weiter fortgesetzt wird,
- * das kulturelle Angebot verbreitert wird,
- * das Brauchtum erhalten bleibt,
- * die Vereine unterstützt und neue Entwicklungen gefördert werden,
- * die bürgernahe Kommunalpolitik fortgesetzt wird.

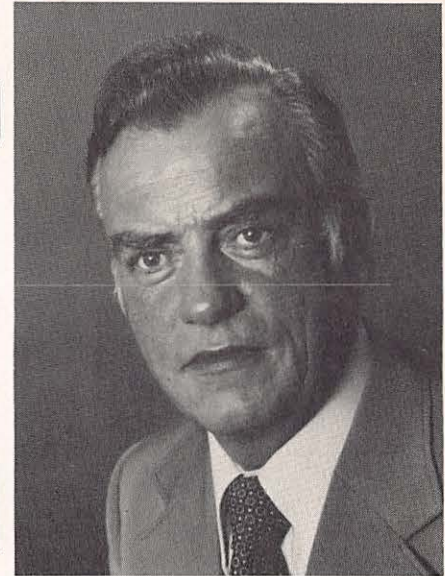
Aus Liebe zu unserer Bergstadt:

Än Hartz vor Annarschbarrig

St. Andreasberg wählt am 27. September

1981

WERNER GRÜBMAYER UND SEINE MANNSCHAFT



~~XXX~~
3x ja zur
CDU



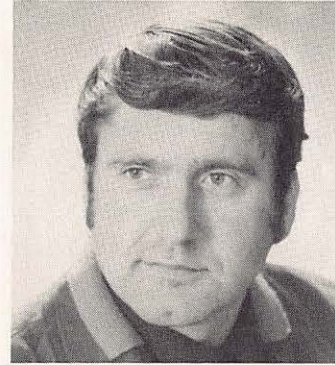
Grübmeier, Werner
Landtagsabgeordneter, 55 Jahre
Quellenweg 9



Ullrich, Wilhelm
Ingenieur, 55 Jahre
Erzwäsche 2



Banse, Brunhilde
Gastwirtin
An der Skiwiese 1



Bock, August
Malermeister, 42 Jahre
Schützenstr. 15

Mit freundl. Grüß



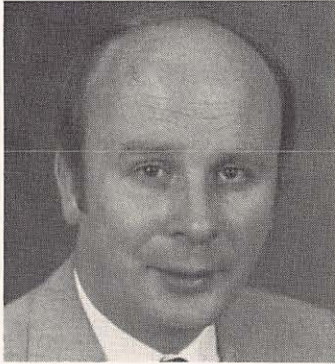
Foster, Gabriele
Privatlehrerin, 33 Jahre
Kath. Neufangstr. 1



Franz, Eugen
Fleischermeister, 60 Jahre
Schützenstr. 43



Gätcke, Walter
Grabenwärter, 38 Jahre
Kath-Neufangstr.



Hoffmann, Karl-Heinz
Hotelkaufmann, 39 Jahre
Clausthalerstr. 1



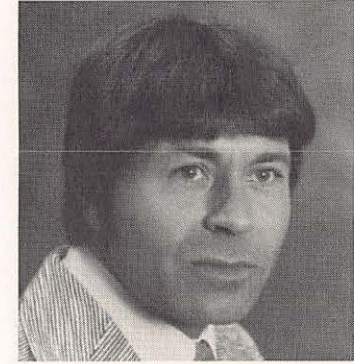
Lotz, Hans-Jürgen
Bauingenieur (grad), 41 Jahre
Clausthalerstr. 8



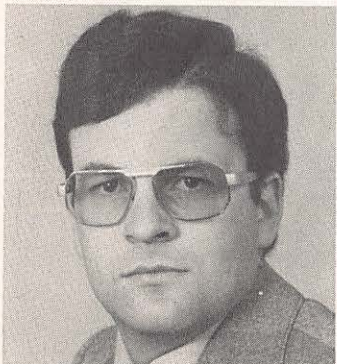
Lücken, Christiana
Kaufm. Angestellte, 25 Jahre
Schützenstr. 11



Paul, G. Siegfried
Rentner, 66 Jahre
Kath-Neufangstr. 30



Pünter, Wolfgang
med. Bademeister, 38 Jahre
Silberstr. 9



Rath, Bernd
Einzelhandelskaufmann, 32 Jahre
Schützenstr. 36



Rauh, Berthold
Friseurmeister, 61 Jahre
Dr. Willi Bergmannstr. 4



Schmidt, Klaus
Versicherungskaufmann, 43 Jahre
Breitstraße 17



Thale, Volker
Gastwirt, 28 Jahre
Rehbergergrabenhaus



Dr. Tiefenau, Helmut
Geschäftsführer, 38 Jahre
Halde 2



Trübel, Eberhard
Schaufenstergestalter, 39 Jahre
Untere Grundstr. 15

Werner Grübmeier
Bürgermeister

3424 St. Andreasberg
Quellenweg 9

Meine lieben St. Andreasberger,
die besondere Stellung des Bürgermeisters in einer Gemeinde hat mich zögern lassen, unmittelbar in den Wahlkampf einzugreifen!

Der bösertige "Amoklauf" jedoch, zu dem die "sieben Kandidaten" der FDP gegen Rat und Verwaltung drohend den Spieß erhoben haben, geht zu weit.

Nun könnte man lächelnd sagen: Die sieben Spießträger haben sich das richtige Motiv ausgesucht! - Die sieben Schwaben - Wir alle wissen, das Motiv steht für Schwabenstreiche!

Im Bertelsmann-Lexikon ist dazu zu lesen:

"Schwabenstreiche ist die Bezeichnung für unüberlegte Schildbürgereien."

Der Schaden, der von den Schildbürgern in ihrem Gemeinwesen angerichtet wurde, ist uns allen bekannt.

Damit könnte man es bewenden lassen!

Hier aber, liebe Mitbürger, wurden die Grenzen des Anstandes überschritten! Unwahrheiten, unglaublichen Verdrehungen von Tatsachen und Halbwahrheiten kann man nicht nur humorvoll begegnen.

Mein Telefon stand in den vergangenen Tagen nicht still. Empörte Frauen und Männer fragten mich, ob ich mir das, was Ihnen zum Lesen angeboten und in Gesprächen aufgetischt wurde,

gefallen lassen wolle!

"Man fühle sich mit mir beleidigt!"

Nun gut, ich füge mich der Bitte unserer Mitbürger und reagiere mit diesem persönlichen Brief an alle Bergstädter. Es wird kein kurzes Schreiben sein. Um aber die Heuchelei und Verlogenheit in allen Einzelheiten zu beschreiben, müßte er noch viel länger sein!

Ich greife daher nur einige Dinge auf, an denen besonders deutlich wird, wie unsachlich, nein, ich muß es noch schärfer sagen, wie verlogen man polemisiert.

Liebe St. Andreasberger,

20 Jahre haben wir gemeinsam in und für unsere Heimatstadt Aufbauarbeit geleistet. 20 Jahre sind wir in guten und in schlechten Tagen durch dick und dünn gegangen.

St. Andreasberg hat als Wohnplatz und als Kurort inzwischen einen Ruf, um den uns viele beneiden! Wir haben Anerkennung gefunden: bei Behörden, bei Gästen und bei Menschen, die hier bei uns ihren Lebensabend verbringen.

Fleiß, Arbeitsamkeit und Engagement der Einwohner haben St. Andreasberg lebenswerter und lebenswerter gemacht !

Ein wenig habe ich daran mitwirken dürfen; das hat Freude bereitet !

Gemeinsam können wir stolz sein auf das, was wir erreicht haben. Wir lassen uns unsere Erfolge nicht mies machen, wir lassen sie nicht in den Dreck ziehen.

Nun ein paar Fakten:

| | | | |
|-------------------------|------|---|--------------------|
| <u>Gästezahlen:</u> | 1960 | - | 220 000 |
| | 1980 | - | 530 000 |
| <u>Stromverbrauch:</u> | 1960 | - | 1 680 000 KW-Std. |
| | 1980 | - | 10 433 000 KW-Std. |
| <u>Wasserverbrauch:</u> | 1960 | - | 163 000 cbm |
| | 1980 | - | 388 000 cbm |

Ist das etwa keine Aufwärtsentwicklung; kann man da von Fehlentwicklungen sprechen ?

-
- Warum wohl hat uns das Land Niedersachsen in die 1. Förderungs-priorität aufgenommen ?
 - Warum wohl ist in einem Fremdenverkehrsentwicklungsplan Harz St. Andreasberg als Sportkurort herausgestellt worden (Hallenbad, Eisbahn und Kurhaus sind dabei ausdrücklich ge-nannt worden) ?
 - Warum bescheinigen die Aufsichtsbehörden Rat und Verwaltung solide Haushaltsführung und sparsame Finanzwirtschaft ?

Doch wohl nur darum, weil hier vorausschauend geplant und vernünftig Schritt für Schritt vorgegangen wurde. Ist das keine Leistung ? Ist das Schilda ?

Sportkurzentrum Knöchel

Die FDP spricht von "Verschwendung öffentlicher Gelder".

D a s i s t f a l s c h !

Die Bezirksregierung Braunschweig schrieb vor wenigen Tagen:

"Die überarbeitete Planung führt zu einer
zweckdienlichen, funktionsgerechten und wirtschaftlichen
Lösung !"

Verschuldung der Gemeinde

Ohne die Schulden der Stadt verniedlichen zu wollen (allein ca. 50 % aller Schulden gehen allerdings auf den Bau der Kanalisation zurück !), die Aussage der FDP ist falsch!

Das wir trotz enormer Investitionen unsere Schuldenlast in den letzten 15 Jahren um 3,3 Millionen DM senken konnten, verschweigt die FDP.

Gerade in diesem Zeitraum aber wuchsen die Schulden bei den Anderen höher und höher !

Keine Leistung ? Schilda ?

Ebenso falsch ist auch die Behauptung, St. Andreasberg erhebt die höchsten Steuern !

Die Grundsteuern betragen, wie in anderen Gemeinden 330 % (sie betragen vor Jahren 400 %). Für Gewerbesteuer erheben wir 310 %. Es gibt im Landkreis Goslar auch einen Hebesatz von 340 %.

Und nun zum Krankenhaus ! Hier von Schilda zu sprechen, verletzt uns Andreasberger zutiefst !
Konnte, dank großer ärztlicher Kunst, nicht hunderten von Skisportlern geholfen werden? Sprechen nicht heute noch Frauen und Männer voller Dankbarkeit von der Hilfe, die ihnen in unserem Krankenhaus geboten wurde. Haben nicht 95 % der Andreasberger mit ihrem Bürgermeister um das Krankenhaus gekämpft ? Waren nicht a l l e Andreasberger unglücklich, als veränderte gesetzliche Bestimmungen

- die in Bonn, meine Herren von der FDP, und nicht in St. Andreasberg gemacht wurden -

uns zum Schließen dieses Krankenhauses zwangen ?

Alles wird in den Dreck gezogen, alles wird mies gemacht !
Positives ! Erfolge ! passen "den 7" nicht! Darum sprechen sie auch nicht darüber.

Je länger ich beide Pamphlete (die LZ und die Schrift der "7 Schwaben") lese, um so enttäuschter werde ich. Eine Zusammenarbeit mit den Bürgern dieser Stadt scheint von dieser Gruppe nicht angestrebt zu werden ! Man könnte nach dem genauen Lesen dieser Schriften zu der Überzeugung kommen:

Eine Stimme für die FDP ist eine Stimme gegen
St. Andreasberg !

Denn die FDP fordert den Stillstand aller Aktivitäten! Stillstand aber bedeutet Rückschritt !

Rückschritt aber bedeutet:

Gefährdung vieler Arbeitsplätze,

Abzug von Familien; bedeutet Hoffnungslosigkeit !

D a s w e r d e i c h m i t I h r e r H i l f e
n i c h t z u l a s s e n !

Lassen Sie mich zum Schluß kommen:

20 Jahre habe ich, ohne Rücksicht auf Parteipolitik, getragen durch Ihr Vertrauen, für Sie und St. Andreasberg tätig sein dürfen.

Wichtig war für mich immer nur eins:

Mit einer guten Mannschaft dem einzelnen Bürger und der ganzen Stadt helfen zu können.

Das ist auch ein Versprechen für die Zukunft !

Wenn wir auch weiter gemeinsam die gewiß nicht leichten Aufgaben für diese schöne Bergstadt bewältigen wollen, benötige ich Ihre Hilfe.

FDP und SPD wollen einen anderen Bürgermeister!

Wenn Sie das nicht wollen, dann unterstützen Sie meine "Mannschaft" und mich !

Geben Sie uns Ihre drei Stimmen!

Verschenken Sie keine !

Vielen Dank für Ihre Geduld! Ein herzliches Glück auf von Haus zu Haus !

Auf Wiedersehen bis zum kommenden Sonntag.

Ihr

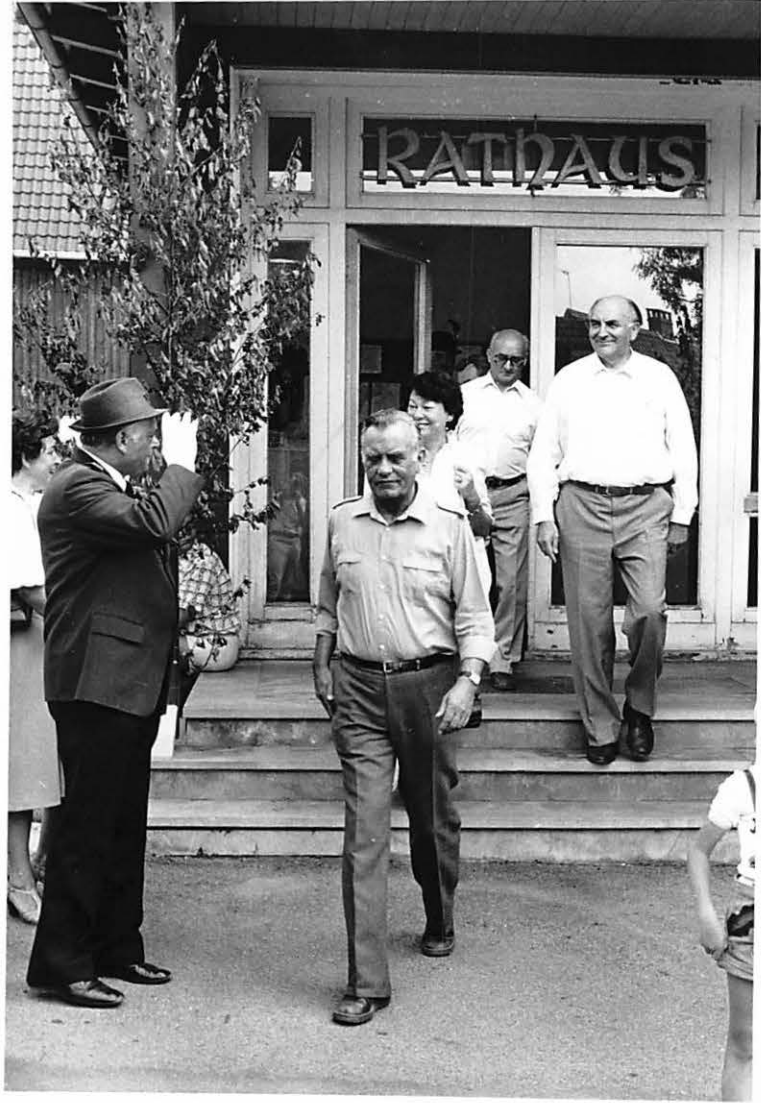
Werner Grübner

PS: Am Sonntag wird auch der neue Kreistag gewählt!

Die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, daß FDP und SPD nicht für die Interessen unserer Bergstadt eintreten. !

Darum: 3 x j a für unsere Bergstadt !

3 x j a für Ihren Bürgermeister !





St.-Andreasberg, 30.9.81

Sehr geehrter Herr Grübner!

Zu Ihrem Wahltag möchte ich
Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche,
auch im Namen meiner Tochter, aus-
sprechen. Für die kommende Zeit
begleite Sie Gottes Segen bei allen Ihren
Entscheidungen zum Wohl für diese
Stadt und ihre Bürger.

b.v.

413

NDR, Rothenbaumchaussee 132-134, 2000 Hamburg 13

Herrn
Bürgermeister
Werner Grübmeier
Stadtverwaltung St. Andreasberg
Postfach 40

3424 St. Andreasberg

Telefon: Sammelnummer (040) 41 31
Tel.-Durchwahlnummer: 413-
Telex: 021 9891
Telegramm-Adresse: Nordfunk
Deutsche Bank BLZ 200 700 00
Konto-Nr. 508911
Postscheck Hamb. BLZ 200 100 20
Konto-Nr. 2002 00 - 201

Hauptabteilung/~~Abteilung~~
Unterhaltung

(Bitte in der Antwort angeben)

Ihre Nachricht vom

Ihr Zeichen

Unsere Nachricht vom

Unser Zeichen
rg/sch

Datum

16. Oktober 1981

Sehr geehrter Herr Grübmeier,

der Nebel lichtet sich. Die Lage wird übersichtlicher. Wir werden Ende dieses Monats, spätestens Anfang November unsere Veranstaltungs-Termine für '82 machen. Was wir da festlegen, wird halbwegs verbindlich sein. Natürlich steht St. Andreasberg an einer der obersten Stellen auf unserer Liste. Jetzt aber bitte noch eine Frage: muß es ein Abend mit lebendigen Musikern in Form unseres Tanzorchesters mit Solisten sein oder dürfte es notfalls auch eine NDR-Tanzparty als Discothek mit nur wenigen Solisten und dem sehr beliebten und guten Allround-Star Peter Petrell sein? Dann wäre es ein Tanzabend mit solistischen Einlagen und einigen kleinen Quiz-Runden und ähnlichen Spielchen für das Publikum im Saal. Nach unserer bisherigen Erfahrung eine fast todsichere Sache, was den Erfolg beim anwesenden Publikum und auch bei den Zuhörern am Radio betrifft. Durch den relativ kurzfristig notwendig gewordenen sehr gründlichen Sparboom bei allen ARD-Anstalten können wir uns so gut wie ab sofort aufwendige öffentliche Veranstaltungen mit erheblichen Reisekosten etc. nur noch in ganz dringenden Ausnahmefällen leisten. Darum müssen wir auf die wirtschaftlichere, beim Publikum aber mindestens ebenso beliebte Form der NDR-Tanz-Discotheken ausweichen.

Für Ihre Stadt würden wir uns selbstverständlich ganz besonders anstrengen und in die tiefsten Tiefen unserer Taschen greifen, um den Bürgern Ihrer Stadt das bestmögliche zu bieten.

.....2

Der langen Frage kurzer Sinn: muß es eine große Sache mit lebendigem Tanzorchester und allem Drum und Dran sein oder genügt auch die etwas reduzierte Form?

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Henri Regnier
(Henri Regnier)

Birgit Breuel

NIEDERSÄCHSISCHER MINISTER FÜR WIRTSCHAFT UND VERKEHR

FRIEDRICHSWALL 1
(WANGENHEIM-PALAIS)
3000 HANNOVER 1
TEL. (0511) 190-6401

18/10/81

Liebe Hen. Gulsberg,

herzlichen Dank, daß Sie
wenn auch so freund-
schaflich in den Herz-
lichwiesener haben.

Herz

Freundlich

Nov. 1981

KONSTITUIERUNG DES KREISTAGS

Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Erlauben Sie mir, daß ich als Vorsitzender der stärksten Fraktion dieses Kreistages das Wort ergreife, um zu Beginn dieser neuen Sitzungsperiode einige Worte an Sie zu richten.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, bevor wir uns wieder den Sachfragen und Problemen zuwenden, um anknüpfend an die Worte meines Vorredners noch einmal deutlich zu machen, daß wir uns hier im Kreistag nicht als Berufspolitiker verstehen sollten.

Der Landrat hat durch seinen Hinweis auf die Niedersächsische Landkreisordnung deutlich gemacht, daß die kommunalen Vertretungen nicht wie Bundes- oder Landtag ausgestaltet worden sind, sondern daß hier Bürger neben ihrer beruflichen Tätigkeit zum Wohle und im Interesse ihrer Mitbürger tätig sind.

Ich meine, daß wir unter Berücksichtigung dieser uns vom Gesetz eingeräumten Stellung, mehr, als das im Bundestag und in den Landtagen der Fall ist, auf die politische Konfrontation allein um der politischen Meinungsunterschiede willen verzichten sollten.

Wir verabschieden keine Gesetze, sondern gestalten mit unseren Entscheidungen unsere nähere Umgebung, unsere Heimat, in der wir leben, mit.

Diese Aufgabe gilt es zu erfüllen. Bei den von uns zu treffenden Entscheidungen geht es im Regelfall nicht um grundsätzliche politische Fragen. Wenn wir vor die Frage gestellt sind, ob z. B. eine Sporthalle zunächst in Braunlage oder in Bad Harzburg gebaut werden soll, so meine ich, dürfte dies nicht der geeignete Anlaß sein, politische Grundsatzserklärungen abzugeben, sondern es gilt gemeinsam zu überlegen, wo diese

in der Sache einen Anlaß

Sporthalle dringender gebraucht wird.

Und ich glaube, meine Damen und Herren,
dies auch aus meiner Erfahrung aus dem
Landtag sagen zu dürfen; solche Probleme,
die zunächst klein sein mögen, deren
Bedeutung für den Bürger jedoch nicht
groß genug eingeschätzt werden kann,
zu lösen, ist oftmals schwieriger, als
eine politische Grundsatzklärung
abzugeben.

Natürlich ist es richtig, die politischen
Unterschiede nicht gänzlich zu verwischen.
Jedoch sollten wir im Interesse der Sache
auch weiterhin bemüht sein, vorrangig gemeinsam die
Probleme einer sachgerechten Lösung zuzuführen.

Der Bürger, meine Damen und Herren, hat sicher
kein Verständnis dafür, wenn statt einer
sachbezogenen Diskussion politische Absichts-
erklärungen ausgetauscht werden, ohne daß sich
in der Sache etwas ändert.

Obwohl ich meine, daß wir mit der Gemeinsamkeit, die in der abgelaufenen Sitzungsperiode zutage getreten ist, zufrieden sein dürfen, darf ich vor Eintritt in die Arbeit des neuen Kreistages noch einmal bitten, bei allen politischen Meinungsunterschieden soviel Gemeinsamkeit wie möglich in die Entscheidungen einzubringen.

Gerade in den vor uns liegenden Jahren, in denen die Sparsamkeit oberstes Gebot zu sein hat, sollten die Entscheidungen von einer möglichst breiten Mehrheit getragen werden.

Ich darf Ihnen namens der CDU-Fraktion unsere Bereitschaft zu gemeinschaftlichem Handeln versichern.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Werner Grübmeier bleibt Bürgermeister von St. Andreasberg

Nur drei Gegenstimmen – Willi Ullrich sein Stellvertreter – Rat der Bergstadt hatte konstituierende Sitzung

Kandidaten für den Rat zur Verfügung gestellte hatten, weil sie damit bewiesen hätten, daß auch sie bereit gewesen wären, Verantwortung für diese Bergstadt zu übernehmen. Grübmeier stellte dabei ausdrücklich fest, daß die Zahl der bei der Wahl erreichten Stimmen, keinesfalls als Kriterium für Tüchtigkeit oder Beliebtheit gewertet werden könne. Alle Kandidaten hätten mit den von ihnen erreichten Stimmen vielmehr dazu beigetragen, daß dieser Rat in seiner jetzigen Zusammensetzung gebildet worden sei. Der Ratsvorsitzende nahm anschließend die nach der Niedersächsischen Gemeindeordnung vorgeschriebene Pflichtenbelehrung der Ratsmitglieder vor und nahm diese durch Handschlag vor.

Herbert Schlieff (SPD) führte dann als ältestes Ratsmitglied die Wahl des Ratsvorsitzenden und Bürgermeisters durch. Es gab für dieses Amt nur einen Vorschlag, nämlich den der CDU: Werner Grübmeier. Auf Antrag des Ratsherren Manfred Büntge (SPD) wurde die Wahl geheim durchgeführt. Das Ergebnis: 7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen. Die ersten Gratulanten bei Werner Grübmeier waren die Fraktionsvorsitzenden Thale (CDU), Kehr (SPD) und Hörseljau (F.D.P.).

Zu Mitgliedern im Verwaltungsausschuß benannte die CDU: Werner Grübmeier (Vertreter: Brunhilde Banse), Willi Ullrich (Vertreter: Volker Thale); die SPD: Albert Kehr (1. Vertreter: Herbert Schlieff, 2. Vertreter: Manfred Büntge); das Grundmandat für die F.D.P. ging an Horst Hörseljau (Vertreter: Hans Bahn).

Für das Amt des Stellvertreters des Ratsvorsitzenden gab es nur einen Vorschlag: Willi Ullrich (CDU). Wieder wurde geheime Wahl beantragt mit dem Ergebnis: 7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, eine Enthaltung. Damit war Willi Ullrich zum stellvertretenden Bürgermeister gewählt.

So sehen die Ausschüsse aus

Die Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD, Volker Thale und Albert Kehr beantragten Ausschüsse wie bisher zu bilden, also einen Wirtschaftsausschuß und Finanzausschuß, einen Bau- und Planungsausschuß und den Jugend- und Kulturausschuß. Während aber Thale diese Ausschüsse auf 5

ten: von der CDU: Thale (Vertreter: Ullrich), Bock (Lotz) und Hoffmann (Banse; von der SPD: Schlieff (Manfred Büntge); von der F.D.P.: Hörseljau (Bahn) - Vorsitzender: Hörseljau;

im Bau- und Planungsausschuß: von der CDU: Thale (Ullrich), Lotz (Banse), Bock (Hoffmann); von der SPD: Manfred Büntge (Dieter Büntge); von der F.D.P.: Hörseljau (Bahn) - Vorsitzender: Lotz;

im Jugend- und Kulturausschuß für die CDU: Ullrich (Thale), Banse (Lotz), Hoffmann (Bock); von der SPD: Dieter Büntge (Kehr); von der F.D.P.: Hörseljau (Bahn) - Vorsitzender: Hoffmann.

Hoffmann (Bock) und Dieter Büntge (Kehr).

Zum Vertreter bei der Wohnungsbau- und Kleinsiedlungs GmbH, Bad Gandersheim und beim Unterhaltungsverband Rhume wählte der Rat Stadtdirektor Karl-Heinz Baumgarten. Über eine neue Geschäftsordnung faßt man diesmal noch keinen Beschluß, höchstens den, daß dieses Thema später einmal wieder auf die Tagesordnung kommen soll. Noch ein Hinweis des Stadtdirektors: am Donnerstag, dem 12. November wird die Deutsche Bundespost eine Bürgerversammlung durchführen, um über das Kabelfernsehen zu informieren.



Sollte eine ganz große Überraschung werden, über die sich alle freuen sollten: die erste Bürgermeisterkette, gestiftet von Brunhilde Banse und Siegfried Paul - leider aber gab es einige Mißtöne bei dieser Überraschung.

ST. ANDREASBERG - Die Überraschungen blieben aus - falls sie überhaupt erwartet oder gar erhofft wurden. Werner Grübmeier wurde in der konstituierenden Sitzung des Rates der Bergstadt St. Andreasberg am vergangenen Donnerstag für weitere fünf Jahre zum Bürgermeister und Ratsvorsitzenden gewählt. Und die Wahl fiel deutlicher aus, als man vielleicht erwarten konnte, weil in geheimer Wahl lediglich drei Ratsmitglieder gegen ihn stimmten, während sich drei weiteren der Stimme enthielten. Zum stellvertretenden Bürgermeister wählte der Rat wiederum Willi Ullrich von der CDU. Im übrigen wurde diese erste Sitzung des am 27. September dieses Jahres neu gewählten Rat von dem Willen aller zu sachlicher gemeinsamer Arbeit geprägt - wie sonst hätte diese von einer umfangreichen Tagesordnung bestimmte Sitzung in gut einer Stunde abgehakt werden können.



Die beiden F.D.P.-Vertreter

Dem Kuratorium werden künftig angehören: CDU: Grübmeier (Ullrich), Banse (Bock), Hoffmann (Thale); SPD: Kehr (Schlieff); F.D.P.: Bahn (Hörseljau) - Vorsitzender: Grübmeier.

Dem Stadtwirtschaftsausschuß: CDU: Ullrich (Grübmeier), Lotz (Thale), Bock (Banse); SPD: Manfred Büntge (Kehr); F.D.P.: Hörseljau (Bahn) - Vorsitzender: M. Büntge, und dem Schulausschuß: CDU: Thale (Ullrich), Banse (Lotz), Bock (Hoffmann); SPD: Schlieff (Büntge, Dieter); F.D.P.: Bahn (Hör-

Der Verwaltungschef sprach schließlich allen neu in den Rat Gewählten seine herzlichen Glückwünsche aus und wünschte sich für die kommenden 5 Jahre erneut ein harmonisches Miteinander zwischen Rat und Verwaltung. Und schließlich drückten auch die drei Fraktionsvorsitzenden den gemeinsamen Wunsch nach fairer, sachlicher Zusammenarbeit aus.

Die Bürger wollten dem neuen Rat offenbar noch eine Schonfrist zubilligen, denn aus ihrem Kreis

Zu Beginn der Sitzung hatte der alte und neue Ratsvorsitzende Werner Grübmeier Rat und eine erfreulich zahlreiche Bürgerschar herzlich begrüßt und noch einmal Dankesworte an alle ehemaligen Ratsmitglieder gerichtet. Dank sagte er aber auch allen, die sich, ganz gleich auf welcher Liste, als

Ratsmitglieder begrenzt sehen wollte, plädierte für 7. Die F.D.P. schloß sich dem CDU-Vorschlag an. Damit entfallen auf die CDU drei Ausschußsitze sowie auf die SPD und die F.D.P. je einer. Im Wirtschafts- und Finanzausschuß sind vertre-

SPD: Schmel (Dünge, Dietel), F.D.P.: Damm (Horseljau) - Vorsitzender: Schlieff. In den Kindergartenausschuß der ev. Martini-Gemeinde entsendet der Rat die Herren Thale (Vertreter: Brunhilde Banse) und Schlieff (D. Büntge), in den Jugendheimausschuß der Martini-Gemeinde folgende Ratsmitglieder: Banse (Lotz),

eine Schmitt zu bringen, denn aus ihrem Kreis kamen keinerlei Fragen. Auf denn, bleibt nur noch zu sagen, auch wir wollen unseren Teil dazu beitragen, daß gedeihliche 5 Jahre Ratsarbeit beginnen können und denken damit auch einen besonderen Wunsch der F.D.P.-Fraktion zu erfüllen ...cher



Die CDU-Seite des neuen Rates



Die vier SPD-Ratsherren

1. Nach der Wahl der Mitglieder für den Verwaltungsausschuß

1.1 Verabschiedung Willi Ulrich

Nach der Nieders. Gemeindeordnung kann nur stellvertretender Bürgermeister sein, wer Beigeordneter und damit Mitglied des Verwaltungsausschusses ist.

Sie, meine Damen und Herren wissen, daß die CDU-Fraktion ihre ihr durch den Wähler am 23. Sept. 1981 gegebene Mehrheit verloren hat, weil 2 Ratsherren die Fraktion verlassen haben.

Aufgrund des gesetzlich zwar korrekten - wie Sie aber auch bei überschlägigem Rechnen schnell feststellen können - in diesem Fall ungerechten Teilungsverfahrens nach Niemeyer/Harre-steht der CDU-Fraktion nur 1 Sitz im Verwaltungsausschuß zu. Dieser Sitz wird durch mich eingenommen.

Herr Ulrich hat dadurch - ohne daß die Wähler Einfluß darauf gehabt hätten - seinen Sitz in diesem Qremium aufgeben müssen.

Damit ist automatisch seine Tätigkeit als der Stellvertreter des Bürgermeister beendet.

So weit die Erklärung des offiziellen Verfahrens.

Sehr geehrter Herr Ulrich, lieber Willi!

Ich hatte die Freude, seit nunmehr fast 12 Jahren im Rat der Bergstadt St. Andreasberg mit Die für die Gemeinschaft der Andreasberger tätig sein zu dürfen.

Die meiste Zeit warst Du und bist Du auch heute noch, Vorsitzender der Fraktion, die durch das Vertrauen des Wählers die Mehrheit erhielt.

In diesem Jahr wären es nun 7 Jahre geworden, daß Du die Funktion des 1. Stellvertreters des Bürgermeisters innehattest. *(fast 12 Jahre stellv. Bgm.)*

In dieser langen Zeit warst Du mir mein engster Mitarbeiter, ein zuverlässiger und selbstloser Mitstreiter, der sich für die Sache unermüdlich eingesetzt hat.

Weder die Fraktion, noch der Wähler haben Dir das Mandat entzogen. Es wurde Dir von Männern genommen, die einmal von Dir angeleitet und mit Dir gemeinsam angetreten waren, um die Mehrheit im Rat zu erreichen.

Also - von ehemals politischen Freunden ----

Lassen Sie es mich, meine Damen und Herren, einmal so sagen - und damit kann und will ich nichts Negatives über den noch zu wählenden neuen Stellvertreter sagen:

Mir tut es menschlich leid, daß Du durch eine zwar legale, letztlich aber kaum verständliche Situation aus dieser Funktion herausgedrängt worden bist.

Für Deine bisherige Tätigkeit möchte ich Dir Dank und Anerkennung aussprechen. Ich kann nur hoffen, daß Du Dir Deine Motivation, für unsere Heimatstadt und seine Einwohner zu arbeiten, trotzdem erhältst.

Für die künftige, nicht gerade leichter gewordene Arbeit im Rat dieser Stadt - und dazu gehört auch das Faktum, daß der Vorsitzende der stärksten Fraktion nicht mehr Mitglied im Verwaltungsausschuß ist, eine beinahe unvorstellbare Ungerechtigkeit, wenn man an die Stärke-Verhältnisse in diesem Rat denkt - wünsche ich Dir weiterhin Tatkraft, Energie und Ausdauer - im Interesse der Bergstadt!

2. Zur Wahl des neuen Stellvertreters

Nach dem Verfassungs-Verständnis unterscheidet sich die parlamentarische Arbeit im kommunalen Bereich erheblich von der Arbeit im Landtag bzw. Bundestag.

Während sich in den Parlamenten des Landes und des Bundes Legislative und Exekutive gegenüberstehen und der Gesetzgeber gleichzeitig das Kontrollorgan für die jeweilige Regierung ist, gibt es diese krasse Unterscheidung auf der kommunalen Ebene nicht.

Die kommunalen Gebietskörperschaften wie in diesem Fall die Bergstadt St. Andreasberg sind als Einheit zu verstehen. Ihren Organen Rat, Verwaltungsausschuß und Stadtdirektor sind zwar vom Gesetzgeber unterschiedliche Aufgaben zugeordnet worden, die letztlich aber als gemeinsame Selbstverwaltungs-Institution der Bürger zu verstehen ist.

Und das heißt: Formen der Regierungspartei und der Opposition kennt die kommunale Verfassung nicht! Der Rat ist quasi ein Kollegial-Organ, das durch die Einheit aller 13 gewählten Vertreter zwischen den Wahlen auftritt.

Aus diesem Selbstverständnis heraus leitet sich auch die besondere Stellung des Bürgermeisters ab.

Als Vorsitzender dieses von den Bürgern als ihre Vertretung gewählten Rates ist der Bürgermeister im Sinne dieses Wortes Repräsentant aller Bürger.

So gesehen ist die Zusammenarbeit des Repräsentanten unserer Heimatstadt mit seinem Stellvertreter für die Atmosphäre im Rat von entscheidender Bedeutung.

Darum ist es wichtig, daß das Miteinander dieser beiden Menschen von Vertrauen geprägt ist. Das verlangt schon -allein die Verantwortung für die Gemeinschaft der Mitbürger

Das sollte, ja, muß möglich sein, trotz parteipolitischer Unterschiedlichkeiten.



Städtische
Kurverwaltung
Bergstadt St. Andreasberg



der heilklimatische Kurort im Oberharz
(600 - 894 m), wo man KUREN - ERHOLEN -
FITWERDEN groß schreibt.

Hallenbad mit 25 x 10 m und 12,5 x 6 m Becken.
Wasser 27° - Aufbereitung mit Ozon!

Besuchen Sie unser neues Kurhaus im Kurpark
- Vielfältiges Sonder-Veranstaltungsprogramm -
Gemeinschafts-Hobby-Wandern, Minigolf -
Gras-Skilauf - Sesselbahn und kurvenreiche
SUPER-RUTSCH-BAHN, über 500 m lang -
einmalig im norddeutschen Raum!

Und ... und ... und ...



kommen Sie in Ihren Ferien nach St. Andreasberg,
weil da die Ferien noch Ferien sind!

Übrigens wissen Sie schon!

Nette Menschen waren - sind - und kommen
nach St. Andreasberg

Ausführliche Informationen erhalten Sie durch
die Städt. Kurverwaltung - 3424 St. Andreasberg
Telefon: 05582 - 1012



Organisation

Veranstalter:

TSC St. Andreasberg von 1861 e. V.

Startzeit:

Der Start zur Wanderung über 12 und 18 km erfolgt laufend in der Zeit von 8.30 bis 9.30 Uhr auf dem Sportplatz "Samson" in St. Andreasberg.

Ziel und Ende der Wanderung:

Das Ziel befindet sich ebenfalls auf dem Sportplatz "Samson" und muß bis 14.00 Uhr erreicht sein; gehbehinderte Teilnehmer können diesen Zeitpunkt überschreiten.

Teilnahmeberechtigt:

Jeder kann an der Wanderung teilnehmen. Damen, Herren und Jugendliche können wahlweise die 12 oder 18 km lange Strecke durchwandern. Die Zugehörigkeit zu einem Sportverein ist nicht erforderlich.

Streckenführung:

Jeder Teilnehmer erhält am Start eine Wanderkarte mit eingezeichnete(r) Streckenführung.

18 km: Sportplatz Samson - Sperrentaler Wiesen - Treibholz - Siebertal - Fischbach - Sportplatz Samson

12 km: Sportplatz Samson - Sperrentaler Wiesen - Treibholz - Dreibrodetal - Sportplatz Samson

Ausgabe der Wanderkarten:

Am 18. Oktober 1981 ab 8.00 Uhr in der Glückauf-Schule am Sportplatz Samson gegen Vorlage einer Quittung über eingezahltes Startgeld per Überweisung oder Bareinzahlung bei der Kasse am Start.

Kontrollen:

Die am Start ausgegebenen Wanderkarten werden von den Kontrollposten abgestempelt. Die erste Eintragung erfolgt am Start.

Meldungen:

sind mit Namen, Anschrift und Streckenlänge (12 oder 18 km) abzugeben:
Karl-August Schlamselcher, Am Glockenberg 16, 3424 St. Andreasberg
Telefon: 05582-1087 (7.00 - 16.30 Uhr) 05582-1552 (nach 17.30 Uhr)

Einzahlungen sind auf das Konto 101014645 bei der Kreissparkasse Cl.-Zellerfeld (BLZ 268 514 10) unter dem Stichwort "Volkswandertag" bei allen Sparkassen und Banken bis 02.10.81 möglich.

Startgeld: mit Medaille ohne Medaille

| | | |
|---------------|---------|---------|
| Jugendliche | 6,00 DM | 1,00 DM |
| Erwachsene | 8,00 DM | 3,00 DM |
| Nachmeldungen | 2,00 DM | |

Verpflegung:

Teeausgabe auf der Strecke und am Ziel

Parkplätze:

Ausreichende Parkmöglichkeiten sind vorhanden (am Sportplatz)

Haftung:

Für Unfälle und Diebstahl übernimmt der Veranstalter keine Haftung

Sonstiges:

Die Veranstaltung findet bei jeder Witterung statt! Sie haben die Möglichkeit, in der Glückauf-Schule ein Duschbad zu nehmen.

Nehmen Sie sich Zeit, genießen Sie die Schönheiten unserer Bergwelt und achten Sie vor allem auf Ihre Gesundheit. Wählen Sie die richtige Streckenlänge, überschätzen Sie nicht Ihre Kräfte.

Wir wünschen Ihnen einen angenehmen, erholsamen Wandertag, der Ihnen noch lange in guter Erinnerung bleiben soll.

Mit Oberharzer Glückauf

Werner Grübemeyer TSC St. Andreasberg
(Schirmherr und Bürgermeister) Klaus Geresser
1. Vorsitzender

Auszeichnungen:

Jeder anspruchsberechtigte Teilnehmer erhält die unten abgebildete Medaille mit dem Motiv "Fahrkunst Grube Samson":



Die Grube Samson

St. Andreasberg hat sich in der "Grube Samson" ein einzigartiges kulturhistorisches Denkmal aus der Zeit des berühmten Silbererzbergbaus erhalten. Die Grube war von 1921 bis 1910 in Betrieb. Es erging ihr - Gott sei Dank - nicht wie den anderen Gruben des Oberharzes, die bei ihrer Stilllegung zugeschüttet und deren Gebäude abgerissen wurden. Der Samson hat seit 1847 eine durch Wasserkraft angetriebene Fahrkunst, die ihr Wasser aus dem 1721 fertiggestellten Obersteich, einer der ältesten Talsperrren der Welt, über den Rehberger Graben bezog und heute noch bezieht. Das Wasser wird heute zur Gewinnung von elektrischer Energie benutzt. Im Schacht befinden sich in 130 m und 190 m Tiefe Turbinen, die St. Andreasberg und einen Teil des Oberharzes mit Strom versorgen. Die alte Fahrkunst wird noch heute täglich von den Maschinisten der Turbinen befahren. Der frühere Wasserantrieb der Pörschranlage des Schachtes und der Fahrkunst erfolgte über Wasserräder, die gleichfalls noch erhalten sind. Der Durchmesser dieser Räder beträgt 9 bzw. 11 Meter. Ursache für die Stilllegung der Grube war der auf dem Weltmarkt absinkende Silberpreis. An Ausbeute hatte der Samson bei der Stilllegung nicht weniger als in den Jahrzehnten vorher. Die Ergiebigkeit war im 17. und 18. Jahrhundert so groß, daß in St. Andreasberg eigenes Geld - der Andreastaler - geprägt wurde.

| | | | |
|--------------------|----------------------|--------------------------------|---------------------|
| Goslarsche Zeitung | Öffentliche Anzeigen | Harzburger Zeitung 23.11.81 | Seesener Beobachter |
| Braunschw. Zeitung | Harzkurier | Osteröder Zeitung | |

Hochschulstreit zwischen Linde und CDU

CDU meint: Dr. Linde, SPD-MdB, wieder einmal schlecht informiert

Wieso oft zeigte sich der SPD-Bundestagsabgeordnete schlecht informiert, stellte der geschäftsführende CDU-Kreisvorstand zum Thema Realschullehrerausbildung an der TU Clausthal fest. Die von ihm angeprangerte angeblich beabsichtigte Einstellung der Realschullehrerausbildung an der TU-Clausthal werde von ihm dargestellt als unverantwortlicher Schritt der CDU-Landtagsfraktion. Dem sei aber nicht so.

traurige Weg, den der Bundeshaushalt '82 nehme, sei für Dr. Linde kein Gesprächsthema - bis zum nächsten Loch.

Der CDU-Kreisvorstand meint: Wenn die Dinge spruchreif seien, werden sicherlich die Politiker gemeinsam mit der Hochschule tätig werden. Eine entsprechende Reaktion werde dann erfolgen. Hier sei Gemeinsamkeit notwendig und nicht politisches Agieren um der Agitation willen. Dieses Thema eigne sich nicht für einen Wahlkampf, dazu ist der Problemkomplex der Hochschule zu wichtig für diese Region.

Wie Werner Grüb Meyer, MdL, nach einem Gespräch mit dem Ministerium mitteilte, bleibe festzustellen, daß alle notwendigen Überlegungen der Landesregierung, die Lehrerausbildung neu zu konzipieren, bisher an der TU-Clausthal vorbeigegangen sind. Zudem seien in Clausthal zur Zeit für das Lehramt an Realschulen insgesamt nur 8 Studenten eingeschrieben: 1 Student im 2. Semester, 1 Student im 4. Semester, 2 Studenten im 8. Semester und 4 Studenten über das 8. Semester hinaus.

Das sage nichts über die Wertigkeit der Ausbildung. Es bleibe aber festzuhalten, daß dieser Teilbereich der naturwissenschaftlichen Studiengänge nicht gerade angenommen worden ist.

Für alle, die im Oberharz leben und arbeiten, bedeute, nach Ansicht der CDU, jeder Abbau von Studiengängen Infrastrukturverlust. Nur die Relationen sollten dabei nicht aus den Augen verloren werden. Es entsteht eher der Eindruck, daß Dr. Linde mit seiner Überreaktion von einem anderen Schauplatz ablenken wolle, für den er mitverantwortlich sei. Der

| | | | |
|--------------------------------|----------------------|--------------------|---------------------|
| Goslarsche Zeitung 24.11.81 | Öffentliche Anzeigen | Harzburger Zeitung | Seesener Beobachter |
| Braunschw. Zeitung | Harzkurier | Osteröder Zeitung | |

CDU: Dr. Jürgen Linde schlecht informiert

GOSLAR / CLAUSTHAL-ZELLERFELD.
In der neuesten CDU-Presseinformation vom Kreisverband Goslar heißt es: „Dr. Linde, SPD-MdB, wieder einmal schlecht informiert.“ Damit bezieht sich der geschäftsführende CDU-Vorstand auf eine von Linde „angeprangerte angeblich beabsichtigte Einstellung der Realschullehrerbildung an der TU Clausthal“, die von Linde als „unverantwortlicher Schritt der CDU-Landtagsfraktion“ dargestellt werde.

Nunmehr sei der CDU-Landtagsabgeordnete Werner Grübmeier der Angelegenheit nachgegangen und habe beim zuständigen Ministerium in Erfahrung gebracht, daß alle notwendigen Überlegungen der Landesregierung, die Lehrerbildung neu zu konzipieren, bisher an der TU Clausthal vorbeigegangen seien. In Clausthal-Zellerfeld sind zur Zeit für das Lehramt an Realschulen insgesamt nur acht Studenten eingeschrieben: ein Student im 2. Semester, ein Student im 4. Semester, zwei Studenten im 8. Semester und vier Studenten über das 8. Semester hinaus. Das sage nichts über die Wertigkeit der Ausbildung. Es bleibe aber festzuhalten, daß dieser Teilbereich der naturwissenschaftlichen Studiengänge „nicht gerade angenommen worden ist“, heißt es in der CDU-Information.

Es entstehe der Eindruck, daß der SPD-Bundestagsabgeordnete Linde mit seiner Überreaktion von einem anderen Schauplatz ablenken will, für den er mitverantwortlich sei. „Der traurige Weg, den der Bundeshaushalt 1982 nimmt, ist für Dr. Linde kein Gesprächsthema — bis zum nächsten Loch.“

Der CDU-Kreisvorstand ist der Meinung, wenn die Dinge spruchreif seien, könne eine entsprechende Reaktion erfolgen. „Hier ist Gemeinsamkeit notwendig und nicht politisches Agieren um der Agitation willen“, schreibt die CDU weiter und meint, dieses Thema eigne sich nicht für einen Wahlkampf, dazu sei der Problemkomplex Hochschule zu wichtig für diese Region.

Rhüden Sozialdemokraten zogen Bilanz:

Mit 48,56 Prozent als Sieger aus der Wahl hervorgegangen

Harte Kritik an den Liberalen – Landtagskandidat Peter Kopischke zu Gast

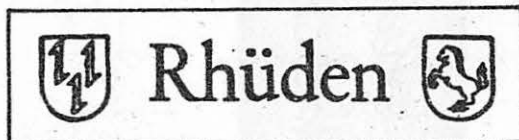
R h ü d e n . (dom) Die Rhüden Sozialdemokraten traten jetzt zu einer gut besuchten Mitgliederversammlung im Gasthaus »Zur Börse« zusammen. Es ging letztlich um die Analyse bezüglich der Wahl zum Ortsrat im Rahmen der Kommunalwahlen im September dieses Jahres. Spitzenkandidat Wilhelm Oetling konnte über 25 Prozent der gültigen Stimmen auf sich vereinigen, von den insgesamt 2991 Stimmen für die SPD erhielt er allein 1556, mithin 52 Prozent.

Nachdem die einleitenden Regularien abgewickelt waren, befaßte sich der 2. Vorsitzende der Abteilung, Heiner Domröse, mit einem Rückblick auf die Kommunalwahlen. Sein Hauptaugenmerk legte er besonders auf die Wahl zum Ortsrat. Insgesamt gingen 81,64 Prozent der Wahlberechtigten an die Wahlurne; von den 6537 abgegebenen Stimmen konnten 6160 (94,23 Prozent) als gültig registriert werden. Die Fehlerquote von 377 Stimmen führte der 2. Vorsitzende auf das neue Wahlrecht zurück. Mit einem deutlichen Vorsprung von 5,54 Prozent sei die SPD als Sieger vor der CDU aus dieser Ortsratswahl hervorgegangen. Die Liberalen hätten lediglich 8,42 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigen können. Die Entscheidung des Wählers habe zu einer Patt-Situation im Rhüden Ortsplenum geführt.

Mit diesem dargelegten Zahlenspiel beschäftigte sich die Versammlung intensiv. Insgesamt fehlten den Sozialdemokraten 269 Stimmen, um die absolute Mehrheit im Ortsrat zu erreichen.

Nach mehreren Zusammenkünften zwischen dem Vorstand und den gewählten Mandatsträgern ging man mit Spannung in die konstituierende Sitzung. Für die Sozialdemokraten stand fest: Die von Gerhard Tangemann (FDP) vorgeschlagene Teilung der Amtszeit des Ortsbürgermeisters würde man nicht unterstützen. Dieses »Gentlemen's-Agreement« besagte, daß bei Realisierung dieses Modells dem FDP-Ratsherrn das Amt des stellvertretenden Ortsbürger-

meisters, und zwar während der gesamten Legislaturperiode, zustehe. Von diesem »Kuh-Handel« habe sich die SPD Rhüden distanziert, weil sie die Ansicht vertrat, daß sie aufgrund des erzielten Ergebnisses einen Anspruch auf einen Ortsbürgermeister für volle fünf Jahre hat. Der liberale Vertreter könne den Sozialdemokraten



in Rhüden keine Vorschläge unterbreiten beziehungsweise Belehrungen aussprechen.

Domröse erinnerte sich ferner der Wahl zum Ortsbürgermeister und des Stellvertreters. Erst im zweiten Wahldurchgang habe der von der CDU vorgeschlagene Kandidat gegen die Stimmen der SPD die absolute Mehrheit erreichen können. Ein »Hohn« in den Augen der Rhüden Sozialdemokraten, und dies wurde während dieser Versammlung einmütig bestätigt, sei die Wahl des stellvertretenden Ortsbürgermeisters gewesen. Zur Wahl standen der von der CDU vorgeschlagene Gerhard Tangemann (FDP) und Wilhelm Oetling, der übrigens von dem FDP-Ratsherrn in Vorschlag gebracht wurde. Diesen Tatbestand bezeichneten alle Sozialdemokraten als eine »Farce«, die auf eine Unaufmerksamkeit

oder Unerfahrenheit des liberalen Vertreters zurückzuführen sei. Erst im zweiten Wahlgang habe Tangemann schließlich mit fünf Stimmen die erforderliche absolute Mehrheit erhalten.

Die vom neuen Ortsbürgermeister in einem ersten Statement ausgesprochene Offerte, nach spätestens zweieinhalb Jahren das Amt des Ortsbürgermeisters zugunsten von Wilhelm Oetling zur Verfügung zu stellen, wurde erneut abgewiesen. Wenn man dieses Angebot annehmen würde, entspräche man nicht der Meinung des Wählers; zudem würde man den Vorschlag des liberalen Vertreters akzeptieren, den man ja von vornherein abgelehnt habe. Die Rhüden Sozialdemokraten richten sich jedenfalls auf eine fünfjährige Oppositionsarbeit ein; sie seien für klare Verhältnisse. Von einer Trotzreaktion könne nicht die Rede sein.

Abschließend befaßten sich die Sozialdemokraten mit den bevorstehenden Landtagswahlen am 21. März. Hierzu konnten die Anwesenden auch den Landtagskandidaten der SPD, Peter Kopischke, begrüßen. In einem Kurzreferat ging Kopischke auf seine Vorstellungen bezüglich der zukünftigen Arbeiten im Landtag ein und nahm Stellung zu aktuellen Landesthemmen. Er unterbreitete auf dieser Sitzung eine ganze Palette von Vorstellungen, die, sollte er dem neuen Landtag angehören, von ihm ohne Umschweife in die Diskussion eingebracht werden sollen. Sein Hauptaugenmerk legte er hierbei insbesondere auf die Bemühungen für die Finanzen des Landes und auf die Sicherung und Förderung von Arbeitsplätzen.

Heiner Domröse sprach dem Referenten den Dank für seinen ausführlichen Bericht aus und sicherte ihm die volle Unterstützung aller Sozialdemokraten Rhüdens zu.

| | |
|--------------------|----------------------|
| Braunschw. Zeitung | Goslarsche Zeitung |
| Harzkurier | Öffentliche Anzeigen |
| Osteröder Zeitung | Harzburger Zeitung |
| | Seesener Beobachter |

5.16.12.87



Jepubend zu Holland,
Pastor Radt Hacksbergen



Krankenhausrahmenplan schlägt Neuordnung des Krankenhauswesens im Landkreis Goslar vor

**Gestiegene Kosten und Belegungsrückgang machen Umstrukturierung notwendig -
Clausthal-Zellerfeld für „primär-ärztliche Versorgung“ vorgesehen**

6 Millionen DM Defizit in einem Jahr, erhebliche Belegungsrückgänge in allen Kreiskrankenhäusern des Landkreises Goslar lassen sich nicht wegdiskutieren und vor allem nicht mehr verkraften. So stellt die Verwaltung des Landkreises Goslar in einem Rahmenplan vor, wie eine Neuordnung des Krankenhauswesens im Landkreis Goslar aussehen könnte. Man darf annehmen, daß der Rahmenplan in den nächsten Wochen und Monaten wohl das meistdiskutierte Papier in den politischen Gremien wie auch in der Ärzteschaft werden wird. Oberkreisdirektor Müller hatte zu der Vorlage dieses Werkes erklärt, daß die Verwaltung angesichts dieser Entwicklung aufgerufen sei, Vorschläge zu unterbreiten, um die Defizite abzubauen, Entscheidungen müßten nun die Abgeordneten des Kreistages treffen. Mit diesem Rahmenplan soll eine ausreichende medizinische Versorgung im gesamten Landkreis sichergestellt werden, jedoch wird man sich noch Gedanken darüber machen müssen, ob das gewährleistet wird, denn auch die Kosten für den Rettungs- und Krankenwagendienst klettern immens und man erwartet auch hier eine Vorlage zur Neugliederung. Fest steht jedoch, daß sich die gesamtwirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Rahmenbedingungen für das Gesundheitswesen grundlegend gewandelt haben und daß man sich diesen Veränderungen wird anpassen müssen.

Die örtlichen Sozialleistungsträger haben 1981 erstmalig die rechtmäßig ermittelten Pflegesätze für die drei Kreiskrankenhäuser der Grundversorgung — Clausthal-Zellerfeld, Braunlage und Bad Harzburg — abgelehnt. Das Festsetzungsverfahren beim Niedersächsischen Sozialminister ist noch nicht abgeschlossen.

1981 ist — wie überall im Land — in den Krankenhäusern ein deutlicher Belegungsrück-

gang zu registrieren. Die Folgen sind Überkapazitäten, Ertragsausfälle bei steigenden Fixkosten, überproportionale Erhöhung der Pflegesätze und eine zusätzliche Belastung des Krankenhausträgers durch erhöhte Betriebszuschüsse.

Bei einer Fortsetzung der augenblicklichen Entwicklung ist es mit kleinen organisatorischen Eingriffen und Bettenkorrekturen nicht mehr getan, zumal die innerbetrieblichen Rationali-

sierungsmöglichkeiten nahezu vollständig ausgeschöpft worden sind; Wirtschaftlichkeitsprüfungen in allen vier Kreiskrankenhäusern haben dies bestätigt.

Eine nachhaltige Kostensenkung innerhalb des Krankenhausverbundes im Landkreis Goslar, die sowohl den Träger als auch die örtlichen Krankenkassen spürbar entlastet, kann nur durch eine durchgreifende Veränderung der augenblicklichen Krankenhausstruktur erreicht werden. Diesem Zweck soll der Rahmenplan dienen, der mit dem notwendigen Vorbehalt zu verbinden ist, daß es noch keine zuverlässigen Methoden für längerfristige Prognosen im Gesundheitswesen gibt.

Nachhaltige Kosteneinsparungen bei der stationären Krankenversorgung können nur erreicht werden, wenn das vorhandene Bettenangebot an den sich ändernden Bedarf angepaßt wird, und zwar

- durch Umstrukturierung des Krankenhausverbundes und
- Abbau der Überkapazitäten.

Der Abbau von Überkapazitäten ist nur dann medizinisch sinnvoll und kostensenkend, wenn das vorhandene Bettenangebot nicht linear, d. h. bei jedem der vier Kreiskrankenhäuser anteilig verringert, sondern durch eine grundlegende Neuordnung der stationären Krankenversorgung an die veränderten Voraussetzungen angepaßt wird.

Hieraus folgt u. a.:

- eine bestmögliche Nutzung der zur Zeit nicht voll ausgelasteten Kapazitäten des „Schwerpunktkrankenhauses“ in Goslar, weil hier neben optimalen personellen und apparativen Bedingungen auch die baulich-räumlichen Voraussetzungen für eine leistungsfähige Medizin und Pflege vorliegen, die in den drei Krankenhäusern der Grundversorgung erst mit erheblichen Investitionen geschaffen werden müssen — ohne Garantie für eine spätere medizinisch zweckmäßige und wirtschaftlich vertretbare Auslastung;
- Umstrukturierung der Kreiskrankenhäuser in Clausthal-Zellerfeld und Braunlage zu Einrichtungen für primär-ärztliche Versorgung (einschließlich Notfallbehandlung) und damit zu bürgernahen Eingangsstufen) in die Grundversorgung (Fritz-König-Stift Bad Harzburg) und Regelversorgung (Kreiskrankenhäuser Goslar);
- Sicherstellung eines leistungsfähigen Krankentransportes und Rettungsdienstes zur Abdeckung der vergrößerten Einzugsgebiete der Kreiskrankenhäuser in Goslar und Bad Harzburg.

Der Rahmenplan stellt für jedes Krankenhaus in der Trägerschaft des Landkreises zunächst die gegenwärtige Struktur dar und erläutert dann unterteilt nach kurzfristigen (innerhalb eines Jahres), mittelfristigen (zwischen ein bis 5 Jahren) und langfristigen (zwischen 5 und 10 Jahren) Maßnahmen die für jedes Haus zu treffenden Entscheidungen.

Die kurzfristigen Maßnahmen, die möglichst noch vor Beginn des nächsten Jahres zu verwirklichen sind, ergeben sich aus einem gleichzeitig mit dem Rahmenplan vorgelegten Vorschlag des Oberkreisdirektors zu vorübergehenden Bettenstillegungen im Kreiskrankenhäuser Goslar (42 Planbetten), Kreiskrankenhäuser Fritz-König-Stift (12 Planbetten) und Verringerung von Planbetten im Robert-Koch-Krankenhaus Clausthal-Zellerfeld auf künftig nur noch 88 Planbetten.

| | | | |
|-------------------------------|----------------------|--------------------|---------------------|
| Goslarsche Zeitung 9.12.81 | Öffentliche Anzeigen | Harzburger Zeitung | Seesener Beobachter |
| Braunschw. Zeitung | Harzkurier | Osteröder Zeitung | |

CDU-Landtagsabgeordneter Schwenke de Wall:

Kein Kahlschlag bei den Krankenhäusern

Bemühungen des Landkreises um Einsparungen unterstützen - Besondere Beurteilung für Braunlage

BRAUNLAGE. Die Bemühungen der Verwaltung des Landkreises Goslar müssen unterstützt werden, um im gesamten Krankenhausbereich Einsparungen zu erzielen. Um für die Bevölkerung des Harzes und Vorharzes eine optimale Krankenhauskapazität vorhalten zu können, muß gewährleistet sein, daß die erforderlichen Einrichtungen sowohl in finanzieller Hinsicht als auch nach medizinischen Gesichtspunkten den heutigen Anforderungen entsprechen, erklärte der CDU-Landtagsabgeordnete Uwe Schwenke de Wall in einem Gespräch in Braunlage, an dem auch Bürgermeister Wegmann, Stadtdirektor Dr. Benne und Kreistagsabgeordneter Albert Baumann teilnahmen.

Einem einseitigen Kahlschlag im Bereich des derzeitigen Krankenhausbestandes sei allerdings energisch Widerstand zu leisten. Schwenke de Wall sprach sich gegen die Schließung des Krankenhauses Braunlage aus und forderte alle Beteiligten zu einer sachlichen Diskussion auf. Abgesehen davon, daß Verwaltungsvorschläge und Denkmodelle auf dem Tisch liegen würden, sei es Aufgabe des Kreistages und aller für diesen Bereich Verantwortlichen, nach befriedigenden Lösungen zu suchen. Ebenfalls akzeptierte der Abgeordnete die Argumente aus Braunlager Sicht, daß das in Niedersachsen am höchsten gele-

gene Krankenhaus aus seiner besonderen geographischen Lage heraus einer besonderen Beurteilung unterliegt.

Verbindliche Beschlüsse können erst nach einer ausführlichen Beratung aller Beteiligten getroffen werden, wobei Schwenke de Wall auch das Thema „Krankenhaus-Trägerschaft“ berücksichtigt sehen wollte. Er warnte davor, irgendwelche Überlegungen speziell im Zusammenhang mit einem geplanten Krankenhausneubau in Herzberg zu bringen, womöglich mit dem Ergebnis, allein dieses sei ein Grund, das derzeitige Krankenhaus

Braunlage in Frage zu stellen. Wenn heute noch mit einem Krankenhausneubau im Landkreis Osterode begonnen werden soll, so dieses außerordentlich bedenklich angesichts Tausender leerstehender Krankenhausbetten in Niedersachsen, meinte der CDU-Politiker.

Schwenke de Wall räumte ein, daß es anzuerkennen sei, daß die Verwaltung des Landkreises Goslar nunmehr, nach jahrelanger Defiziten im Bereich der Kreiskrankenhäuser zu konkreten Einsparungsvorschlägen gekommen sei. In Anbetracht dessen, daß in diesem Jahr die Kreiskrankenhäuser ein Defizit von 6 Mio. DM erwirtschaften, müssen schnellstens Einsparungsvorschläge erarbeitet und realisiert werden. Diesem Vorhaben wird sich die CDU im Landkreis Goslar auch nicht verschließen. Unerklärlich ist allerdings für die CDU-Abgeordneten, daß ausgerechnet bei dem Braunlager Krankenhaus Stilllegungssichten in Vorschlag gebracht werden, insgesamt finanzielle Verluste „unter dem Strich“ nicht zu verbuchen sind.

CDU gegen Steuererhöhungen

ST. ANDREASBERG. „Bund und Gemeinden haben nicht eine Mark mehr, sie sind finanziell am Ende.“ Auf einer gemeinsamen Mitgliederversammlung des Stadtverbandes St. Andreasberg und des Samtgemeindeverbandes Oberharz zog CDU-Kreisvorsitzender Dr. Rudolf Sprung (MdB) diese Bilanz der wirtschaftlichen Situation des Landes. In Bonn sei deshalb der wichtigste Tagesordnungspunkt die Beratung der Sanierungsgesetze.

Für die Christdemokraten kämen absolut keine Steuererhöhungen in Frage und keine Kindergeldkürzung. Vielmehr müßten bessere Rahmenbedingungen für Investitionen geschaffen werden, und der Geldhahn müsse auf der Ausgabenseite weiter zugekehrt werden, so auch bei den Leistungsgesetzen. „Denn“, so Sprung, „wenn die Sozialhilfe das Nettoeinkommen eines Facharbeiters übersteigt, wenn ein Arbeitsloser besser dasteht als jemand, der sich von morgens und abends im Beruf zu plagen hat, dann ist da etwas nicht in Ordnung.“ Fünf Prozent Kürzung aller Subventionen, Maßnahmen, die alle treffen, das sei die Vorstellung der Opposition zu diesem Thema.

Vor dem Bericht aus Bonn wurden Frau Börker, Dr. Tiefenau und H. Wichers als Delegierte für die Landesvertreterversammlung in Braunschweig gewählt. Als Stellvertreter die Herren Blodau, Ullrich und Geyer.

| | | | |
|--------------------|----------------------|-------------------------------|---------------------|
| Goslarsche Zeitung | Öffentliche Anzeigen | Harzburger Zeitung 9.12.81 | Seesener Beobachter |
| Braunschw. Zeitung | Harzkurier | Osteröder Zeitung | |

HZ-Leser haben das Wort

Außer Verantwortung der Redaktion. Wir behalten uns vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen.

Dr. Jürgen Linde besser informiert

Betr.: Einstellung der Realschullehrer an der TU Clausthal (Pressemitteilung des geschäftsführenden Kreisvorstandes der CDU)

Sicher haben Politiker auch persönliche Angriffe durch den politischen Gegner hinzunehmen und mit ihnen fertig zu werden. Ich selbst bin nicht zimperlich, wenn es gilt, politische Klarheit zu schaffen. Politische Fairneß sollte dabei jedoch nicht außer Acht gelassen werden. So würden sicher auch die Äußerungen von Herrn W. Grüb Meyer (MdL - CDU) anders gelautet haben, wenn er sich nicht nur mit dem Ministerium, sondern auch mit seinem Fraktionskollegen Hedrich in Verbindung gesetzt hätte. Herr Hedrich, kein Hinterbänkler, sondern immerhin der Sprecher der CDU-Landtagsfraktion für den Bereich Wissenschaft und Kunst, hat nämlich in der Sitzung des gleichnamigen Landtagsausschusses vom 24. 9. 1981 empfohlen, die Realschullehrerausbildung an der TU Clausthal einzustellen. Diese Äußerung ist zwar nicht protokolliert, aber so gefallen, wie mir heute erneut bestätigt worden ist. Wenn diese Äußerung noch dazu im Zusammenhang mit der Absicht des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst steht, bis Ende des Jahres 1981 eine Gesamtkonzeption für den Bereich Lehrerausbildung in Niedersachsen (einschließlich der Standorte) vorzulegen, bin jedenfalls ich sensibilisiert. Ich halte es nämlich

für verfehlt, erst Entscheidungen der Ministerialbürokratie abzuwarten und dann zu versuchen, diese abzuändern. Es gilt den Anfängen zu wehren und dabei werde ich mir auch weiterhin keine Vorschriften von dem CDU-Kreis Goslar machen lassen.

Dr. Jürgen Linde, MdB

CDU-Politiker für eine befristete Bestandssicherung der Schwesternausbildung!

Seesener Situation »unter die Lupe genommen« ● Verstärkt im Wahlkreis 15 – Seesen – tätig

Seesen. (poe) Antrittsbesuch im Seesener Rathaus: Der Landtagsabgeordnete der CDU, Werner Grübmeier, Unions-Kandidat im Wahlkreis 15 – Seesen – für die kommende Legislaturperiode im Niedersächsischen Landesparlament, informierte sich gestern Vormittag in einem Gespräch mit Bürgermeister Wilhelm Gerke und Stadtdirektor Hans Torno über die Situation in Harzstadt. Gleichzeitig nahm er aber auch die Gelegenheit wahr, sich vorzustellen und die Schwerpunkte seiner politischen Arbeit zu formulieren. Grübmeier, 55 Jahre alt und erfahren in Kommunal-, Kreis- und Landespolitik, bezog dabei auch auf aktuellen Themen Stellung. So zu den Plänen der Deutschen Bundesbahn, zu dem umstrittenen Termin für die Landtagswahlen und zur Zukunft der Schwesternausbildung in der über 1000jährigen Stadt Seesen.



Antrittsbesuch in Seesen: Werner Grübmeier (rechts); hier mit Bürgermeister Gerke.

Foto: Poerschke

Seesener Beobachter

9.12.81

Zum Themenkomplex »Zonenrandförderung« führte er unter anderem aus, daß hier seitens des Bundes die Bereitstellung erheblicher Mittel vonnöten sei, damit das Land Niedersachsen seinen Anteil dagegen setzen könne. Und zur Arbeitsplatz-Sicherung meinte er, daß nicht Konjunkturprogramme und beschäftigungspolitische Programme »griffen«, sondern zinsverbilligte Mittel-Darlehen, Steuersenkungen und verstärkte Innovationen.

kommenden Wochen und Monaten verstärkt in Wahlkreis 15 anzutreffen sein. Geplant sind regelmäßige Sprechstunden in den Kommunen, geplant sind aber auch Gespräche mit den Vorständen von Vereinen, Verbänden und Organisationen, um so deren Probleme »auszuloten«. Grübmeier: »Dabei muß festgelegt werden, daß mir die Situation in dem neuen Wahlkreis nicht unbekannt ist; in erster Linie eine Frage meiner Kreistagsarbeit.« Grübmeier – das zu Erklärung – ist der Fraktionsvorsitzende der CDU im neuen Kreistag.

Kurz ging der Landtagsabgeordnete auf die Wahlkreise ein. Es seien – wie er betonte – sachliche Gründe gewesen, die zu der Festlegung des Termins geführt hätten. So verfolge man ein zeitlich gesehen deutliches Auseinanderrücken der Wahlen in Niedersachsen und Hamburg, verspreche sich ferner eine kontinuierliche Fortsetzung der Landtagspolitik.

Was Wunder, wenn Grübmeier insbesondere den »so gut wie leeren Kassen« der öffentlichen Hand breiten Raum in seinen Ausführungen widmete. Die Landesregierung unter Dr. Ernst Albrecht habe sich – so unterstrich der Unionskandidat – seit der Übernahme der Regierungverantwortung bemüht, den Haushalt zu konsolidieren. Problematisch hätten sich dabei die immer geringeren Zuweisungen im Zuge des Finanzausgleichs erwiesen; im Klartext: »kam zu wenig Geld aus Bonn«.

Zwar habe man einen Teil der »Mindereinnahmen« aus der Bundeskasse durch den Erdölzuwachs ausgleichen können, doch könne man jetzt ohnehin »drastische Streichungen« auf der Ausgabe Seite nicht mehr auskommen. Mit Einsparungsmaßnahmen, die, wie Grübmeier klagte, auch den »Abgeordneten keine Freude bereiteten. Die aber notwendig seien.

Der Besuch im Seesener Rathaus nun war der Auftakt für eine Reihe von Gesprächen, in denen auch künftig – gemeinsam mit den Vertretern von Rat und Verwaltung – die anstehenden Probleme erörtert werden sollen. Einen Anbeginn gab es bereits; Grübmeier nämlich will sich in den Gesprächen mit dem Sozialministerium für die Bestandssicherung der Schwesternausbildung in der Harzstadt einsetzen. Zumindest für eine vorläufige Bestandssicherung.

Durch die »restriktiven Maßnahmen« der Bundesregierung auf dem Gesundheitssektor falle auch die bisher praktizierte Regelung dem Roten zum Opfer, nach der die Schwesternausbildung über die Pflegesätze finanziert wurde. Die Finanzierung »hänge mithin in der Luft«; Grübmeier will sich nun dafür stark machen, daß die bestehende Einrichtung in Seesen zumindest für weitere zwei Jahre erhalten bleibt.

Zur finanziellen Gesamt-Situation bekannte Werner Grübmeier, daß man »nicht umkommen, überall im nicht investiven Bereich Kürzungen vorzunehmen.« Ausgeklammert würden allenfalls die Bereiche Polizei und »innere Sicherheit«. Und es gelte, diese Kürzungen auch gegen den Willen der zuständigen Ressortleiter in den Ministerien vorzunehmen.

Möglichst erhebliche Mittel dagegen will man für den investiven Bereich zur Verfügung stellen; so unter anderem für den Ausbau der Straßen. Nicht nur aus Sicht der Arbeitsplatzsicherung, sondern auch im Hinblick auf die Verbesserung der Infrastruktur. Aufgestockt werde auch der Fond für die Gewährung von zinsverbilligten Darlehen für die mittelständischen Betriebe (um 20 Millionen Mark).

Scharf kritisierte der Abgeordnete im Rahmen des Gespräches die Pläne der Bundesbahn zur Reduzierung des Angebotes. Man habe »sehr energisch dagegen opponiert«, betonte Grübmeier, und er fuhr fort: »Es ist ein Unding, die Bahn und Bus parallel nebeneinander herlaufen«; und er bezog dies auch auf die nahe gleiche Streckenführung. Grübmeier: »Die Bundesbahn muß sich etwas einfallen lassen und sie muß ihr Angebot attraktiver gestalten. Geplant sind hier weitere Gespräche mit Ministerin Birgit Breuel und den Verantwortlichen

| | | | |
|--------------------------------|----------------------|--------------------|---------------------|
| Goslarsche Zeitung | Öffentliche Anzeigen | Harzburger Zeitung | Seesener Beobachter |
| Braunschw. Zeitung 10.12.81 | Harzkurier | Osteröder Zeitung | |

Über politische Arbeit im Parlament informiert

Gespräch mit dem CDU-Landtagsabgeordneten Werner Grübmeier

Seesen. Zu einem Informationsgespräch war der CDU-Landtagsabgeordnete Werner Grübmeier ins Rathaus gekommen, um sich mit Bürgermeister Wilhelm Gerke und Stadtdirektor Hans Torno über die Sorgen und Nöte in der Harzstadt zu unterhalten. Grübmeier ist CDU-Landtagskandidat im Wahlkreis 15 (Seesen) und nutzte die Gelegenheit, über die Schwerpunkte seiner Arbeit im Niedersächsischen Landesparlament zu informieren sowie über seine Zukunftspläne zu sprechen. Als direkter Gegenkandidat von Grübmeier wird der stellvertretende Seesener Stadtdirektor, Peter Kopischke, für die SPD in den Wahlkampf ziehen.

Werner Grübmeier wohnt in St. Andreasberg, ist 55 Jahre alt und seit einer Legislaturperiode im Niedersächsischen Landtag. Nach seinen Angaben ist er zur Zeit in folgenden Ausschüssen tätig: Fremdenverkehr, öffentliches Dienstrecht, Zonenrandfragen, Landwirtschaft sowie Wissenschaft und Kunst. Als stellvertretendes Mitglied ist der CDU-Kandidat im Ausschuß für Haushalt- und Finanzfragen, wo er anstrebt in der nächsten Legislaturperiode Vollmitglied zu werden. Um sich im Raum Seesen etwas bekannter zu machen, will Grübmeier regelmäßig Kontakte mit den Kommunen unterhalten sowie Sprechstunden in dieser Region durchführen. Besonderer Schwerpunkt bei seinen Besuchen im Wahlkreis sollen auch Gespräche mit den Vorsitzenden der Vereine über Probleme im ehrenamtlichen Bereich sein.

Zur momentanen politischen Lage erklärte der CDU-Landtagsabgeordnete, daß die öffentlichen Kassen leer seien. Zwar habe sich die Regierung Albrecht immer um eine Konsolidierung der Finanzen bemüht, doch wären immer geringere Zuweisungen im Zuge des Finanzausgleichs geflossen. Zwar seien, so räumte Grübmeier ein, die Zuweisungen des Bundes an das Land zu einem geringen Teil durch den Erdölzins ausgeglichen worden, doch seien drastische Einsparungen nötig, wenn man nicht so weiter verfahren wolle. Vor allem sollten nach Grübmeiers Ansicht im nicht investiven Bereich „radikale“ Kürzungen vorgenommen werden. Davon ausgenommen werden solle die Polizei und die „innere Sicherheit“.

In enger Zusammenarbeit mit der Stadt Seesen will Grübmeier auch erfahren, wo „der Schuh drückt“. Er hat zugesagt, sich für die Schwesternausbildung in der Harzstadt bei Sozialminister Schnipkowitz einzusetzen. Zumindest solle die Einrichtung für

weitere zwei Jahre erhalten bleiben. Bisher sei die Krankenpflegeschule durch den Krankenhauspflegesatz mitfinanziert worden. Hier habe der Bund restriktiv eingegriffen und die weitere Finanzierung sei somit zur Zeit unsicher.

Auch um die geplante Streckenstilllegungen der Bundesbahn will sich Grübmeier kümmern. Die CDU verlange zusätzliche Gespräche mit der Bundesbahn in diesem Zusammenhang. Es sei unsinnig, Busse einzusetzen und damit die Schiene „auszuhöhlen“. Die Bundesbahn müsse im Gegenteil ihre Strecken attraktiver machen, um mehr Fahrgäste anzulocken. Grübmeier schlug eine konzertierte Aktion zwischen Bundestags-, Landtagsabgeordneten sowie Verkehrsträgern vor.

Zum Thema „Zonenrandförderung“ bemerkte der CDU-Politiker, daß Bundesmittel fließen müßten, damit das Land Niedersachsen seinen Teil „dagegensetzen“ könne. Als vorrangig bezeichnete Grübmeier in diesem Gebiet die Arbeitsplatzsicherung. — Dü —

CDU-Frauen danken

Seesen. Die CDU-Frauenvereinigung Seesen dankt allen Mitbürgern, die zum Erfolg ihres Weihnachtsbasars durch Spenden und Käufe beigetragen haben.



Zu einem Informationsgespräch kam der CDU-Landtagsabgeordnete und Landtagskandidat der Union für den Wahlkreis 15 (Seesen), Werner Grübmeier (rechts), in das Seesener Rathaus. Bürgermeister Wilhelm Gerke begrüßte ihn herzlich.

Foto: Büscher

| | | | |
|--------------------------------|----------------------|--------------------|---------------------|
| Goslarsche Zeitung 10.12.81 | Öffentliche Anzeigen | Harzburger Zeitung | Seesener Beobachter |
| Braunschw. Zeitung | Harzkurier | Osteröder Zeitung | |

Einigkeit über Ausbau der B 82

Landtagsabgeordneter W. Grübmeier informierte sich in Langelsheim

LANGELSHEIM. Der CDU-Landtagskandidat für den Wahlkreis Langelsheim und Landtagsabgeordneter Werner Grübmeier wurde zu einem Informationsgespräch im Rathaus der Stadt von Bürgermeister Michels, Stadtdirektor Bremer und dem 1. stellvertretenden Bürgermeister Dr. Habel empfangen.

Neben einer ganzen Reihe von Problemen, die die Stadt betreffen, wurden in dem Gespräch drei Schwerpunkte gesetzt, zu denen außer dem Ausbau der B 82 als Südumgehung von Astfeld und Langelsheim, die Frage der Erhöhung des Granestaudammes und die auf die Stadt Langelsheim zukommende finanzielle Belastung durch die künftige Klärschlammabfuhr gehörten.

Über die Dringlichkeit der innerörtlichen Verkehrsentlastung durch die neue Streckenführung der B 82 bestand volle Übereinstimmung. Im Zusammenhang mit der von den Harzwasserwerken beabsichtigten Vergrößerung des Stauvolumens der Granetalsperre gab Grübmeier unmißverständlich zu verstehen, daß er von Beginn der Planungen „Ober-

re Siebertalsperre“ immer die Lösung Siebertalsperre vertreten habe und nicht verstehen könne, wie der technischen Lösung, sprich Erhöhung Granetalsperre, der Vorzug gegeben werden könne. Voraussetzung allerdings für jeden Bereich der zusätzlichen Trinkwassergewinnung bleibe der entsprechende Bedarfsnachweis.

Durch Auflage der Aufsichtsbehörde ist die Stadt im Zusammenhang mit der künftigen Klärschlammabfuhr in eine problematische Situation geraten, die sich insbesondere bei der Investitionsfinanzierung und als Folge bei den Abwassergebühren gravierend auswirkt. Grübmeier sagte seinen Einsatz für mögliche Zuwendungen vom Land für dieses Projekt zu. In einem ersten konkreten Schritt werden von ihm noch vor Weihnachten die zuständigen Dezernenten von Landes- und Bezirksregierung für Mitte Januar zu einem Gespräch mit Vertretern des Rates und der Verwaltung eingeladen. Hierbei soll die ganze Komplexität der Klärschlammabfuhr unter sachlichen und finanziellen Gesichtspunkten auch unter Einschluß der Frage der Kahnsteinbewässerung dargelegt und diskutiert werden.

bh.

Langelshheim - B 82



Besichtigung der Berg- und Hüttenschau
in Langelsheim / Lautenthal
-Wolfgang Borges-



Stadtbesichtigung : Wolfstragen



Harzclub Wolfshagen



| | | | |
|--------------------|----------------------------------|--------------------|---------------------|
| Goslarsche Zeitung | Öffentliche Anzeigen 11.12.81 | Harzburger Zeitung | Seesener Beobachter |
| Braunschw. Zeitung | Harzkurier | Osteröder Zeitung | |

Graneseer nicht erhöhen

Landtagskandidat Kopischke nahm Stellung

Langelsheim. (-e) Der neue SPD-Landtagskandidat für den Wahlkreis Seesen, zu dem auch die Stadt Langelsheim gehört, Peter Kopischke, wurde am Mittwoch im Rathaus der Stadt Langelsheim von Bürgermeister Rudolf Michels und Stadtdirektor Hans Bremer zu einem Meinungsaustausch empfangen. In dem mehrstündigen Gespräch wurden die Probleme der Stadt Langelsheim besprochen, wobei sich Peter Kopischke über den neuesten Stand der angestrebten Umgehungsstraße und über die neuesten Aussagen zur Erhöhung der Granetal-sperre unterrichten ließ.

Der SPD-Landtagskandidat aus der Nachbarstadt Seesen hatte bereits an der Stellungnahme des Landkreises Goslar mitgearbeitet. Er sprach sich am Mittwoch eindeutig für die geplante Ortsumgehung der Bundesstraße 82 aus.

Gegen die Erhöhung der Granetal-sperre spreche, so Kopischke, nicht nur, daß ein entsprechender Bedarf noch nicht nachgewiesen sei, sondern für ihn seien die Frage der Sicherheit der Bevölkerung und die Vernichtung von forstwirtschaftlich zu nutzendem Gelände die Hauptgründe, die Aufstok-kung dieses Stausees abzulehnen.

Weitere Themen des Meinungsaus-tausches waren die wirtschaftliche Entwicklung im Raum Langelsheim und die damit verbundene Arbeits-platzsituation. Erörtert wurden die Lage des Fremdenverkehrs in den

Stadtteilen Lautenthal im Oberharz und Wolfshagen im Harz. Gesprächs-stoff boten auch steuerrechtliche Fra-gen, der Flächennutzungsplan sowie die Vielzahl der im Entwicklungsstadi-um befindlichen Bebauungspläne so-wie letztlich die Umweltsituation.

Peter Kopischke unterstrich ab-schließend sein besonderes Interesse, an der Lösung der schadlosen Beseiti-gung des Klärschlammes mitzuwirken. Die hier aufgetretenen Schwierigkei-ten dürften nicht allein der Stadt Langelsheim aufgebürdet werden, son-dern hier müsse auch das Land Niedersachsen seinen Anteil zur Lö-sung des Problems beitragen.

| | | | |
|---------------------------|-----------------------------|---------------------------|--|
| <u>Goslarsche Zeitung</u> | <u>Öffentliche Anzeigen</u> | <u>Harzburger Zeitung</u> | <u>Seesener Beobachter</u> 11.12.87 |
| <u>Braunschw. Zeitung</u> | <u>Harzkurier</u> | <u>Osteröder Zeitung</u> | |

Antrittsbesuch in der Samtgemeinde Lutter



Lutter. Antrittsbesuch in der Samtgemeinde Lutter: Der SPD-Landtagskandidat Peter Kopischke informierte sich gestern Vormittag im Rahmen eines Gespräches mit Samtgemeindebürgermeister Paul Markus (Mitte) und Samtgemeindedirektor Sturm (links) über aktuelle Themen aus dem Bereich der Samtgemeinde Lutter. Gleichzeitig nahm er die Gelegenheit wahr, die Schwerpunkte seiner künftigen Arbeit herauszustellen, sollte er bei den Wahlen den Sprung in das Niedersächsische Landesparlament schaffen.

Foto: Poerschke



| | | | |
|--------------------|------------------------------------|--------------------|---------------------|
| Goslarsche Zeitung | Öffentliche Anzeigen 11. 12. 81 | Harzburger Zeitung | Seesener Beobachter |
| Braunschw. Zeitung | Harzkurier | Osteröder Zeitung | |

Umgehungsstraße, Erhöhung Granestaudamm, Klärschlamm-beseitigung eingehend erörtert

CDU-Landtagsabgeordneter Grüb Meyer war zu einem Informationsgespräch im Rathaus der Stadt Langelsheim

Der CDU-Landtagskandidat und für den hiesigen Wahlkreis wieder amtierende Landtagsabgeordnete Werner Grüb Meyer (St. Andreasberg) wurde zu einem Informationsgespräch im Rathaus der Stadt Langelsheim von Bürgermeister Rudolf Michels, Stadtdirektor Hans Bremer und dem 1. stellv. Bürgermeister Dr. Dietrich Habel empfangen. Neben einer ganzen Reihe von Problemen, die die Stadt Langelsheim betreffen, wurden in dem Gespräch vor wenigen Tagen drei Schwerpunkte gesetzt, zu denen außer dem Ausbau der B 82 als Südumgehung von Astfeld und Langelsheim die Frage der Erhöhung des Granestaudammes und die auf die Stadt Langelsheim zukommende finanzielle Belastung durch die künftige Klärschlamm-beseitigung gehörten.

Volle Übereinstimmung bestand über die Dringlichkeit der innerörtlichen Verkehrs-entlastung durch die neue Streckenführung der B 82. Im Zusammenhang mit der von den Harzwasserwerken beabsichtigten Vergrößerung des Stauvolumens der Granetalsperre gab MdL Grüb Meyer unmißverständlich zu verstehen, daß er von Beginn der Planungen „Obere Siebertalsperre“ immer die bessere, weil sachgerechtere Lösung „Siebertalsperre“ vertreten habe und

nicht verstehen könne, wie der schlechteren technischen Lösung, nämlich der Erhöhung der Granetalsperre, der Vorzug gegeben werden könne. Voraussetzung allerdings für jeden Bereich der zusätzlichen Trinkwassergewinnung bleibe der entsprechende Bedarfsnachweis.

Die Stadt Langelsheim ist durch Auflage der Aufsichtsbehörde im Zusammenhang mit der künftigen Klärschlamm-beseitigung in eine Situation gezwungen worden, die sich insbesondere bei der Investitionsfinanzierung und als Folge bei den Abwassergebühren gravierend und problematisch auswirken kann. Werner Grüb Meyer sagte seinen Einsatz für mögliche Zuwendungen vom Land Niedersachsen für dieses Projekt zu.

In einem ersten konkreten Schritt würden von ihm noch vor Weihnachten die zuständigen Dezernenten der Landes- und der Bezirksregierung für Mitte Januar nach Langelsheim zu einem Gespräch mit Vertretern des Rates und der Verwaltung der Stadt Langelsheim eingeladen. Hierbei soll der ganze „Komplex Klärschlamm-beseitigung“ unter sachlichen und finanziellen Gesichtspunkten, auch unter Einschluß der Frage der Kansteinbewässerung, dargelegt und diskutiert werden, wurde mitgeteilt.

| | | | |
|-----------------------------------|----------------------|--------------------|---------------------|
| Goslarsche Zeitung 12/13.12.81 | Öffentliche Anzeigen | Harzburger Zeitung | Seesener Beobachter |
| Braunsch. Zeitung | Harzkurier | Osteröder Zeitung | |

Keine Argumente?

Mit den Stimmen von CDU und FDP hat es der Kreisausschuß in seiner Sitzung am Montag abgelehnt, wie in den vergangenen Jahren auch für 1981 Mittel für die Verbraucherberatung Goslar bereitzustellen. Ohne diese 10 000 DM, das zeichnet sich ab, aber wird es die Verbraucherberatung nicht mehr lange geben.

Als letzten Versuch, die Politiker umzustimmen, hatte die Verbraucherberatung gestern zu einem Gespräch eingeladen. Wer nicht daran teilnahm, waren die Kreistagsabgeordneten der Christdemokraten und der Liberalen. So bleibt auch weiterhin im dunkeln, was sie bewogen hat, diese 10 000 DM zu streichen. Lediglich ein Grund wurde in der Gesprächsrunde genannt: In der Nebenstelle Clausthal-Zellerfeld, die außerhalb in der Berufsschule untergebracht ist, würden zu wenig Verbraucher angesprochen.

Sollte das allerdings das einzige Argument dafür sein, das „Sternmodell Westharz“, als das es vor drei Jahren seine Arbeit aufnahm, sterben zu lassen, ist das mehr als dürftig.

Vielleicht war es gerade diese schwache Argumentation, die sowohl CDU als auch FDP davon abgehalten hat, an dem Gespräch teilzunehmen.

Sicherlich, daß gespart werden muß, darüber bestehen keine Zweifel. Und unpopuläre Maßnahmen sind dabei nun einmal nicht auszuschließen. Aber zumindest begründen sollte man diese Streichungen schon.

Hier liegt jedoch der Gedanke nahe, daß eine Einrichtung geschlossen werden soll, die vielen, aus welchen Gründen auch immer, nicht genehm ist. Daß die Verbraucherberatung indes ihr Publikum gefunden hat, beweisen diese Zahlen: Bis Ende November 1981 suchten hier 5956 Verbraucher Rat, das sind 2000 mehr als 1980.

Für 1981 ist der Zug abgefahren, für dieses Jahr wird die Verbraucherberatung vom Landkreis kein Geld mehr erhalten. Insofern fand auch das Gespräch zu spät statt, um noch eine Änderung zu erreichen. Für nächstes Jahr allerdings sollte man sich bei CDU und FDP doch einige Gedanken machen, ob es wirklich sinnvoll ist, die Verbraucherberatung zum Schließen zu verurteilen, indem man die Mittel streicht. Diese Maßnahme dürfte kaum auf Verständnis stoßen. Friedrich Metge

Information vor Ort gesucht

SPD-Landtagskandidat Peter Kopischke besuchte Samtgemeinde

Lutter. Der im Wahlkreis 15 (Seesen) für die Landtagswahl am 21. März 1982 gewählte Kandidat der SPD, der städtische Rat Peter Kopischke aus Seesen, wurde im Rathaus vom Bürgermeister der Samtgemeinde Lutter, Paul Markus (CDU), und Samtgemeindedirektor Hans-Dieter Sturm zu einem Antrittsbesuch empfangen. Der SPD-Kandidat für den Niedersächsischen Landtag informierte sich in Lutter über die aktuellen gemeindlichen Probleme, mit denen die Samtgemeinde Lutter in den nächsten Jahren vordringlich zu tun haben wird.

Nach einer Besichtigung der Arbeitsräume im Rathaus der Samtgemeinde — das Gebäude und die Nebengebäude sind von der Gemeinde Flecken Lutter beim gemeindlichen Zusammenschluß als Verwaltungsstelle der Samtgemeinde überlassen worden — fand im Rathaussaal ein Informationsgespräch statt, in dem die Vertreter der Samtgemeinde dem SPD-Landtagskandidaten Auskunft über die besondere kommunale Situation der Samtgemeinde und die besonders schwierigen kommunalen Probleme gaben.

Bei diesem Gespräch wurde der auch zukünftig „schwere Brocken“ — die Gesamtkanalisation, die Beseitigung der Abwässer, die Schaffung von Ortsleitungen, Transportleitungen und Klärwerken oder Klärteichen — eingehend vorgestellt, der die Samtgemeinde in den nächsten Jahren besonders große Investitionen und eine sorgfältige Prüfung und Planung von weiteren praktischen Schritten abverlangt.

Im Zusammenhang mit dieser, von der Samtgemeinde für alle drei Mitgliedsgemeinden zu lösenden Pro-

blemstellung wird es auch Sache der Samtgemeinde Lutter sein, die Wasserversorgung und die Einrichtungen dazu gegenüber dem derzeitigen Stand noch zu verbessern. In dieser Angelegenheit sind bereits Vorschläge des Wirtschaftsprüfers gemacht, die eine durchgreifende Sanierung in den nächsten Jahren erwarten lassen.

Dem SPD-Landtagskandidaten wurden auch die Schwierigkeiten vorgetragen, die sich bislang bei der Genehmigung des Flächennutzungsplanes ergeben haben. Eine Kenntnis dieser Sachlage — dies wird als Ergebnis des Gesprächs in Lutter erwartet — dürfte dem SPD-Politiker auch hilfreich bei Stellungnahmen und Lösungsvorschlägen in der zukünftigen Landtagsarbeit sein.

Einzelprobleme, die im Verlaufe des Informationsgesprächs in Lutter auch für den Flecken Lutter angedeutet wurden, bezogen sich auf die Domäne Lutter, die Einrichtung des Heimatmuseums in Lutter und den Bau einer Umgehungsstraße um den Flecken Lutter. Auch diese Probleme wurden dem Gast aus Seesen vorgestellt, obgleich sie die Samtgemeinde nur indirekt angehen, gleichwohl auch für die Samtgemeinde Auswirkungen und Folgebelastrungen mit sich bringen können.

P. Kopischke sagte zu, daß er sich in weiteren Gesprächen mit den Vertretern der SPD-Ratsfraktionen und mit der Gemeinde Lutter auch über die besonderen gemeindlichen Probleme dieser Mitgliedsgemeinde informieren und darüberhinaus auch mit örtlichen Vereinen und Verbänden Kontakte aufnehmen wird.



Peter Kopischke, Landtagskandidat der SPD im Wahlkreis 15 (rechts), im Gespräch mit Samtgemeindedirektor Sturm und Samtgemeindebürgermeister Markus (Mitte).

| | | | |
|--------------------------------|----------------------|--------------------|---------------------|
| Goslarsche Zeitung 16.12.81 | Öffentliche Anzeigen | Harzburger Zeitung | Seesener Beobachter |
| Braunschw. Zeitung | Harzkurier | Osteröder Zeitung | |

Gemeinde will die Einrichtungen der Wasserversorgung sanieren

SPD-Landtagskandidat Peter Kopischke informierte sich in Lutter

LUTTER. Der im Wahlkreis 15 (Seesen) für die Landtagswahl am 21. März 1982 gewählte Kandidat der SPD, Stadtrat Peter Kopischke aus Seesen, wurde im Rathaus vom Bürgermeister der Samtgemeinde, Paul Markus, und Samtgemeindedirektor Hans-Dieter Sturm zu einem Antrittsbesuch empfangen.

Der SPD-Kandidat für den niedersächsischen Landtag informierte sich in Lutter über die aktuellen gemeindlichen Probleme, mit denen die Samtgemeinde in den nächsten Jahren vordringlich zu tun haben wird.

Nach einer Besichtigung der Arbeitsräume im Rathaus der Samtgemeinde — das Gebäude und die Nebengebäude sind von der Gemeinde beim gemeindlichen Zusammenschluß als Verwaltungsstelle der Samtgemeinde überlassen — fand im Rathaussaal ein Informationsgespräch statt, in dem die Vertreter der Samtgemeinde dem SPD-Landtagskandidaten Auskunft über die besondere kommunale Situation der Samtgemeinde und die besonders schwierigen kommunalen Probleme gaben.

Bei diesem Gespräch wurde der auch zukünftig „schwere Brocken“ — die Gesamtkanalisation, die Beseitigung der Abwässer, die Schaffung von Ortsleitungen, Transportleitungen und Klärwerken oder Klärteichen — eingehend vorgestellt, der die Samtgemeinde in den nächsten Jahren besonders große Investitionen und eine sorgfältige Prüfung und Planung von weiteren praktischen Schritten abverlangt.

Im Zusammenhang mit dieser, von der Samtgemeinde für alle drei Mitgliedsgemeinden zu lösenden Problemstellung wird es auch Sache der Samtgemeinde sein, die Wasserversorgung und die Einrichtung dazu gegenüber dem derzeitigen Stand noch zu verbessern. In dieser Angelegenheit sind bereits Vorschläge des Wirtschaftsprüfers gemacht, die eine durchgreifende Sanierung in den nächsten Jahren erwarten lassen.

Dem SPD-Landtagskandidaten wurden auch die Schwierigkeiten vorgetragen, die sich bislang bei der Genehmigung des Flächennutzungsplanes ergeben haben. Eine Kenntnis dieser Sachlage — dies wird als Ergebnis des Gesprächs in Lutter erwartet — dürfte dem SPD-Politiker auch hilfreich bei Stellungnahmen und Lösungsvorschlägen in der zukünftigen Landtagsarbeit sein.

Einzelprobleme, die im Verlauf des Informationsgesprächs angedeutet wurden, bezogen sich auf die Domäne Lutter, die Einrichtung des Heimatmuseums und den Bau einer Umgehungsstraße um den Ort. Auch diese Probleme wurden dem Gast aus Seesen vorgestellt, obgleich sie die Samtgemeinde nur indirekt angehen, gleichwohl auch für die Samtgemeinde Auswirkungen und Folgebelastungen mit sich bringen können.

P. Kopischke sagte zu, daß er sich in weiteren Gesprächen mit den Vertretern der SPD-Ratsfraktionen und mit der Gemeinde auch über die besonderen gemeindlichen Probleme dieser Mitgliedsgemeinde informieren wird und darüber hinatus auch mit örtlichen Vereinen und Verbänden Kontakte aufnehmen wird.

T. K.

Harzer Panorama

über
75 200
Exemplare

**ANZEIGEN UND INFORMATIONEN · BLATT
FÜR DEN GROSSRAUM GOSLAR + UMGEBUNG**

Das Harzer Panorama erscheint wöchentlich mit einer Auflage von 75 200 Exemplaren und wird in folgenden Orten gratis zugestellt: Goslar, Oker, Hahnenklee, Clausthal-Zellerfeld, Lautenthal, Hahndorf, Mechtshausen, Bildertal, Engelage, Herrhausen, Münchhof, Kirchberg, Ildehausen, Liebenburg, Othfresen, Heimerode, Posthof, Upen, Ostharlingen, Dörnten, Gr. Döhren, Kl. Döhren, Heissum, Neuenkirch, Hornburg, Isingerode, Wehre, Beuchte, Vienenburg, Wiedelah, Immenrode, Weddingen, Lengde, Lochlum, Bad Harzburg, Bündheim, Schlewecke, Westerode, Bettingerode, Harlingerode, Göttingerode.

4. Jahrgang

Telefon (0 53 21) 28 31

22. Dezember 1981

**Das Land der Bibel
Herrscht hier etwa Frieden?**

**Das Land
der Bibel!
Wie steht's mit
dem Frieden im
heiligen Land?
Ein Reisebericht auf Seite 3**

Bethlehem...
Geburtskirche, Geburtsgrötte, nach Wissen und Glauben vieler Religionen Geburtsstätte des Jesus von Nazareth. Die Mohammedaner sehen in ihm einen der größten Seher, auch die Juden verehren Jesus als Propheten.

Wir Christen erkennen in ihm den Sohn Gottes, der hier an dieser Stelle, an der ich mich in diesem Augenblick befinde, Mensch geworden ist. Damals ein ärmlicher Stall, heute reichverzierte Stätte der Andacht, über die gleichsam schützend ein Gotteshaus gebaut wurde.

Wenige Meter von der Geburtsgrötte entfernt: das Feld der Hirten. Es ist Winter in Israel, die Sonne scheint, es ist



Jerusalem: Der Felsendom, Anziehungspunkt für Juden, Christen und Moslems auf dem Tempelberg.



Bethlehem: In dieser Grötte wurde Jesus geboren. Der silberne Stern kennzeichnet den Geburtsplatz.

warm, 22 Grad. Meine Gedanken wandern nach Hause, in den Harz. Wie hoch mag der Schnee dort liegen? Welche Gegensätze, welche Parallelen! Es wird fast Übergangslos dunkel, mich fröstelt ...

»Friede auf Erden«, das wurde vor fast 2000 Jahren den Menschen an diesem Ort verkündet.

Das Land der Bibel - ist hier Frieden? Krieg an den Grenzen zum Libanon, Streit um die Golan-Höhen, Patrouillen im ganzen Land. Was wird aus dem Gaza-Streifen, wie geht's auf der Sinai-Halbinsel weiter?

Frieden - wie sehr wünsche ich ihn den Menschen, die hier leben!

Wie steht es mit dem Frieden in Europa, mit dem Frieden bei uns? Warum z.B. gehen junge Menschen auf die Strassen, demonstrieren im Namen des Friedens? Für welchen Frieden?

Hier, in Bethlehem, wo die Friedensbotschaft der Welt nahegelegt wurde, empfinde ich besonders bedrückend den Gegensatz zwischen der »Frohen Botschaft« und der offensichtlichen Ohnmacht der Menschen, einander wirklich froh und glücklich zu machen, einander zu verstehen, miteinander in Frieden zu leben.

Presse, Hörfunk und Fernsehen verkünden nahezu täglich den »Unfrieden«, berichten von Grausamkeiten und Gewalttaten. Versammlungen, Aufrufe. Demonstrationen

Weihnachten - die Zeit des Schenkens. Wir seufzen heute manchmal schon, wenn wir an das Schenken, das Schenken-Müssen denken, das ja eigentlich von geben, von Gabe herzuleiten ist.

Haben wir inzwischen ein kostbares, wenn auch keinesfalls kostspieliges Geschenk vergessen? Mir fällt ein Satz ein, von dem ich nicht mehr weiß, wo ich ihn gehört oder gelesen habe, aber er hat sich mir eingepägt: »Was ich am schwersten geben kann, muß ich als erstes geben: Vergeben.«

Wenn wir aufhören zu vergeben, steht sofort eine Mauer da, eine Mauer aber ist der Anfang von einem Gefängnis, einem sehr persönlichen, das das Blickfeld erheblich einengt.



Werner Grüb Meyer vor der Menora. Der siebenarmige Leuchter befindet sich in Jerusalem vor der Knesset, dem Parlamentsgebäude Israels.

und Protestaktionen, das Lehren uns Vergangenheit und Gegenwart, scheinen kein geeignetes Mittel zur Verständigung zu sein. Die Praxis sieht zumeist so aus:

Jeder will auf seine Weise an einer besseren Welt und am Frieden herumkurieren, keiner scheint bereit, Frieden zu stiften, es fehlt die Bereitschaft zur Versöhnung, niemand scheint willens, seine Haltung zu verändern. Jeder will beim anderen anfangen, jeder will anklagen, beschuldigen, zur Verantwortung ziehen!

Könnten wir nicht versuchen, uns gerade in der Zeit des Advents, dieses Wort, das ja nicht nur Erwartung heißt, sondern auch Zukunft bedeutet, könnten wir uns nicht gerade jetzt neu besinnen, Stille schaffen, Frieden suchen, wichtige Voraussetzungen für die Zufriedenheit im Menschen?

Man sollte in seinem Leben zweierlei vor allem tun: versuchen zu verstehen und versuchen zu vergeben. Nicht nur gedanklich, sondern durch tätige Hilfe. Es gibt genug Gelegenheiten, Streit auszuräumen, Frieden zu schließen. Wir haben so oft die Möglichkeit, ein kleines Geschenk zu machen, ein Kärtchen zu schicken, einen einsamen Menschen einzuladen, ihm ein Lächeln zu schenken, ein gutes Wort.

Wir sollten uns alle miteinander bemühen, die zwischen uns aufgebauten Mauern und Grenzen niederzureißen. Das gilt für die Menschen, für die Völker, für einen jeden von uns.

»Friede auf Erden?« Ich wünsche ihn mir, uns allen!

Werner Grüb Meyer
Quellenweg 9
3424 St. Andreasberg

Werner Grübmeier, MdL
Niedersächsischer Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
3000 Hannover

27.12.1981

Herrn
Henning Röhl
Funkhaus Hamburg
Rothenbaumchaussee
2000 Hamburg

Betr.: Plattenkiste

hier: Verein zur Förderung des Heimatmuseums in Langelsheim

Sehr geehrter Herr Röhl,

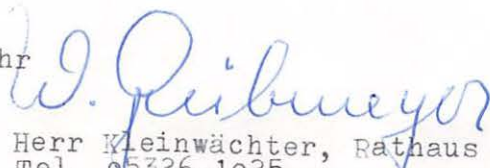
bezugnehmend auf unser Gespräch möchte ich Ihnen für die "Teilnahme an der Plattenkiste" den Museumsverein aus Langelsheim vorschlagen.

Eine Anzahl Bürger hat in ehrenamtlicher Tätigkeit aus einer ehemaligen Realschule ein Heimatmuseum aufgebaut. Bei meinem Besuch war ich überrascht, mit wieviel Liebe zum Detail und Engagement diese Menschen über eine lange Reihe von Jahren ihre Kraft und Zeit für dieses heimatkundliche Werk eingesetzt haben.


Es wäre sicher eine Auszeichnung, wenn man den Frauen und Männern auf diese Weise auch zu einer Art Selbstdarstellung verhelfen könnte.

Ihnen schon jetzt recht herzlich dankend, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

Ihr



Ansprechpartner ist: Herr Kleinwächter, Rathaus Langelsheim
Tel. 05326-1025



Liebe Gäste, liebe St. Andreasberger Mitbürger!

Wie immer, so gehen auch in der Weihnachtszeit dieses Jahres unsere Gedanken zurück. Freud' und Leid hat das zu Ende gehende Jahr gebracht, und gewertet wird es von uns nach den ganz persönlichen Erfahrungen.

Viele, die noch den Lichterglanz der Weihnachtskerzen vor einem Jahr erlebt haben, sind nicht mehr unter uns.

Unser Mitgefühl gilt daher in diesen Tagen den Angehörigen.

Politische und wirtschaftliche Unsicherheiten bestimmen zur Zeit das Geschehen. In Europa und in der übrigen Welt sind Krisenherde, die sich hoffentlich nicht zu Katastrophen entwickeln.

Wir wissen, daß es für uns persönlich schwerer wird, schwerer aber auch für die öffentliche Verwaltung. Vielleicht müssen wir auf diese oder jene liebgewonnene Gewohnheit verzichten; ganz bestimmt aber müssen wir unsere Ansprüche reduzieren.

Schwierige Situationen stärken allerdings auch das Bewußtsein zur Gemeinsamkeit, zum Zusammengehörigkeitsgefühl, zu der Erkenntnis, daß wir alle „die Stadt“ sind und wir nur gemeinsam die Aufgaben lösen können, die dem Wohle aller dienen.

Mit unserem Gruß zum Weihnachtsfest verbinden wir unseren Dank an Gäste und Einwohner und die Hoffnung auf ein gutes, gesundes und friedvolles Jahr 1982.

Grübmeyer
Bürgermeister

Glück Auf

Baumgarten
Stadtdirektor

